

UB Braunschweig 84



2228-841-5

Denkschrift

über

die prioritätischen Ansprüche Preussens

an

das Herzogthum

Braunschweig-Wolfenbüttel.

Nach den Quellen bearbeitet

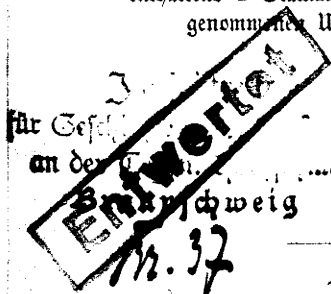
von

Otto Bohlmann,

Doctor der Philosophie und beider Rechte.

Nebst einem Anhang,

enthaltend 4 Stammtafeln und die wichtigsten, in Bezug
genommener Urkunden in correctem Abdruck.

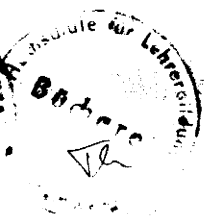


EBL



Berlin, 1861.

Druck und Verlag von C. E. Wilmers und Sohn.
Zimmerstraße 84/85.



As 30

Handwritten text and markings, including what appears to be a signature or date.

Er. Hochwohlgeboren

dem königlichen Regierungs-Präsidenten

Herrn freiherrn von Schleinitz

zu Bromberg

in größter Ehrerbietung und Dankbarkeit zugeeignet

vom Verfasser.

V o r w o r t.

Nachdem ich in meiner akademischen Dissertation: „de spe succedendi Borussiae in terras Brunsvico-Luneburgenses ex privilegio Maximiliani II. a. 1574 repetenda“ diejenigen Rechtsbeziehungen erörtert habe, in denen die Lande Braunschweig und Hannover zu Preußen auf Grund einer kaiserlichen Expectanz von 1574 stehen, veröffentliche ich gegenwärtig als Material für den in Braunschweig mit Sorgen gefürchteten und mit Rücksicht auf die segensreiche Regierung des Herzogs Wilhelm gewiß auch in Preußen in eine möglichst ferne Zeit gewünschten Successionsfall die vorliegende Abhandlung, die das Resultat einjähriger privater Studien geworden ist.

Meine Schrift steht mit den im Laufe dieses Jahres erschienenen Broschüren über dieselbe Successionsfrage in keinem Zusammenhang und verhält sich gegen die in jenen zu Gunsten einer Nachfolge Preußens in Braunschweig aufgestellten Gründe negativ. Sollte der König von Hannover vermöge seines Verwandtschaftsverhältnisses zu Braunschweig als Nachfolger des letzten braunschweigischen Herzogs betrachtet werden können, so läßt sich seine Erbfolgefähigkeit nicht, wie in einer jener Flugschriften geschehen, durch Be-

rufung auf eine angebliche Mißheirath eines Vorfahren des hannöverschen Königshauses von der Hand weisen. Denn die als unebenbürtig bezeichnete Verbindung der Eleonore d'Olbreuse mit dem Herzog Georg Wilhelm von Celle, dem Schwiegervater König Georg's I., ist vom Kaiser in aller Form zur ebenbürtigen erhoben worden; die d'Olbreuse und ihre an Georg I. verheirathete Tochter haben herzoglichen Rang gehabt, den ihnen der Kaiser zu einer Zeit verliehen, als seine diesfällige Competenz noch unstreitig und uneingeschränkt war. Uebrigens gehört die d'Olbreuse durch ihre mit König Friedrich Wilhelm I. vermählte Enkelin Sophie Dorothea auch unter die Ahnen unseres eignen preussischen Königshauses!

Eine andere Schrift stützt sich auf die Eroberung Braunschweigs durch Napoleon im Jahre 1806 und will, da Preußen, Oesterreich und Rußland, nicht aber der Herzog von Braunschweig selbst, im Jahre 1813 sein Land wiedererobert, das *jus postliminii* hier ausgeschlossen wissen. Sie sieht deshalb die seit 1813 in Braunschweig regierenden Fürsten quasi als neue Dynastie an, welche durch die Familienbände und durch die etwaigen Familienpacten mit Hannover aus früherer Zeit nicht mehr beeinflusst und deshalb auch auf ein derartiges Fundament hin nicht beerbt werde. Dieser Ausführung gegenüber ist festzuhalten, daß die Wiederanerkennung der alten welfischen Dynastie in Braunschweig für Preußen einmal eine Vertragspflicht, England gegenüber, gewesen ist, und daß andrerseits damals das Princip der Herstellung des *status quo ante* gegenüber dem ephemeren Königreich Westfalen für jene Restitution des Landes Braunschweig maßgebend war. Mögen die Voraussetzungen

des *jus postliminii* hier in ihrer Strenge auch nicht ganz zutreffen: de facto ist das gute alte Recht der früheren Dynastie durchgedrungen, und es handelte sich nicht um eine Art Novation, sondern einfach um eine Rückberufung.

Wenn endlich in den erwähnten Schriften die Unzulässigkeit einer Vereinigung Braunschweigs mit Hannover, gegenüber der braunschweigischen Sonderverfassung, und die eventuelle Nothwendigkeit einer bloßen Personalunion hervorgehoben wird, so ist dagegen einzuwenden, daß das Recht nach Nützlichkeitsgründen nicht fragt, und daß der bloße *modus* der Vereinigung und seine etwaige Mangelhaftigkeit die historischen Gründe nicht beseitigt, auf welche sich Hannover mit seinen Ansprüchen vielleicht stützen könnte. —

Der geäußerte Wunsch einer Vereinigung mit Preußen stützt sich bisher nur auf Zweckmäßigkeitsgründe; man schlägt Preußen vor, eine gemeindeweise Abstimmung der braunschweigischen Bevölkerung als Basis einer Einverleibung anzunehmen, und vergißt, daß eine rechtlose Annexion dem deutschen Nationalgeiste durchaus widerspricht, und daß eine Verletzung des öffentlichen Gewissens in Deutschland das Bedenklichste ist, was immer preußische Staatsmänner unternehmen könnten. —

Unter diesen Umständen erschien es geboten, vor Allem nach dem historischen Rechte Preußens auf eine Erwerbung Braunschweigs zu fragen und diejenigen Fundamente ans Licht zu ziehen, welche in diesem Sinne die Erhebung von preußischen Successionsansprüchen als rechtlich begründet erscheinen lassen. Ebenso ist es nothwendig, die Fundamente der hannöverschen Ansprüche an Braunschweig festzustellen und diese gegen jene in wissenschaftlicher Weise sorgfältig

abzuwägen. Vielleicht kommt zwar die Zeit, wo der Geist, der vor einem für die Güter der Nation opfermuthigen Volkshære einherschreitet, Aenderungen der jetzigen deutschen Zustände im größten Maasstabe dictiren wird: dann wirken aber zu dieser Neugestaltung Mächte mit, die wir nicht mehr in unserer Gewalt haben. Bei einer ruhigen Abmessung von Gründen und Gegengründen innerhalb der einmal hergebrachten Ordnung müssen alle nach dieser Richtung hin gehenden Wünsche zurücktreten.

Der so eben vorgezeichneten, ihrer Natur nach rein geschichtlichen Erörterung der Successionsrechte Preußens und Hannovers an Braunschweig habe ich in gegenwärtiger Abhandlung mich zu unterziehen versucht, mit der ausgesprochenen Absicht, dadurch der wissenschaftlichen Debatte über die Successionsfrage vorzuarbeiten. Ich bin dabei überall den ersten Quellen gefolgt, soweit solche mir zugänglich waren. In dieser Beziehung habe ich dem Herrn Professor Dr. Drohsen und dem Herrn Geheimen Archivrath Professor Dr. Riedel hieselbst meinen aufrichtigsten und wärmsten Dank für einzelne werthvolle Materialien abzustatten, welche dieselben zu meinem Zwecke aus ihrem Privatbesitz mir zur Disposition zu stellen die Gerechtigkeit gehabt. Ferner danke ich hiermit ganz ergebenst dem Herrn Assessor Dr. v. Möller in Oppeln für die gefällige Zusendung einer Ausführung über die Geltung kaiserlicher Expectanzen, welche — obwohl ich im Resultat dissentire — mich doch bei Erörterung jenes Capitels wesentlich gefördert hat.

Berlin, 1. August 1861.

Der Verfasser.

Inhalts- Uebersicht.

	Seite
I. Capitel. Genealogische Entwicklung des welfischen Hauses, und Darstellung der Alodialerbfolge der Töchter desselben vor 1235. Entstehung der heutigen braunschweig = lüneburgischen Lande.	1
II. Capitel. Das Verhältniß der Unterlinie Braunschweig = Grubenhagen zu den übrigen Linien der Welfen; die Grubenhagenschen Besitzungen; Umriss der Modificationen derselben. Erlöschen dieses Stamms 1596. Verbleib des Landes. . .	7
III. Capitel. Die brandenburgischen Ansprüche an Braunschweig = Grubenhagen, ihre Geschichte; die Expectanz von 1564. . .	14
IV. Capitel. Die Machinationen der Welfen gegen die brandenburgische Expectanz; der Lehnbrief von 1570. Gegenmaaßregeln Brandenburgs. Die Expectanz von 1574; ihr Verhältniß zu der von 1564. Brandenburgs Protest beim Aussterben des Grubenhagenschen Geschlechts. Heranziehung der Rechte aus der Expectanz von 1564 auf den jetzt bevorstehenden Successionsfall.	19
V. Capitel. Die Competenz des Kaisers zur Verleihung der beiden Expectanzen und deren spätere Corroborationen. . . .	23
VI. Capitel. Verhältniß der heutigen Herzegslinie Braunschweig = Wolfenbüttel zu dem welfischen Gesamtthause, und die alten und neuen Erbfolgebestimmungen innerhalb dieses Hauses. Kritik dieser Verträge, mit Beziehung auf das etwaige Erlöschen der Herrscherlinie von Braunschweig = Wolfenbüttel.	32
VII. Capitel. Die Stellung der welfischen Prinzessinnen in vierfacher Rücksicht: vor 1235; beim Beginn des Lehnserbes; . . .	

	ihre Ausschließung während der Fortdauer des letzteren; Gestaltung ihrer Anrechte nach 1806	45
VIII.	Capitel. Nachwirkungen des alten Lehnbandes und das Wiedererwachen der alten Medialerbsfolge nach aufgelöstem Reichsverbande. Sind die Expectanzen nach 1806 in Kraft geblieben? Wie modificirt sich jetzt die gesammte Hand der Welfen? Verhältniß der jetzigen braunschweigischen Ver- fassung zu den cognatischen Rechten. Die Verträge von 1815	52
IX.	Capitel. Cognation Preussens mit Braunschweig = Welfen- büttel. Die alten Erbvereinigungen, nicht Erbverbrüderungen; die neuere Waffengemeinschaft beider Länder. Ermittlung der preussischen und hannöverschen Verwandtschaftsgrade; Concurrenz von Agnation und Cognation	55
X.	Capitel. Bedeutung der braunschweigischen Landesvertretung. In welcher Weise kann dieselbe den preussischen Ansprüchen förderlich sein?	66
XI.	Capitel. Die sächsische Expectanz von 1625; ihre Ungiltigkeit. Umwirklichkeit der alten Erbverträge mit Sachsen aus dem 14. Jahrhundert. Die brandenburgischen Proteste gegen die sächsische Antwortschafft	71
	Schlußgedanken	76

Verzeichniß der Beilagen.

	Seite
I. Belagstellen zu den einzelnen Capiteln der Abhandlung	78
II. Stammbäume, veranschaulichend:	
A. Die Töchtererbsfolge im welfischen Hause bis 1235.	
B. Die verschiedenen Linien der braunschweig-lüneburgischen Herzöge seit 1235.	
C. Die Beziehungen Brandenburgs zu Grubenhagen.	
D. Die Heirathen preussischer Herrscher und Prinzen mit welfischen Töchtern, und umgekehrt	
	} am Schluß.
III. Documentabschriften:	
A. Die Grubenhagensche Expectanz von 1564	87
B. Die General-Expectanz auf die welfischen Lande von 1574	90
C. Erbceß vom 14. December 1635 nach dem Aussterben des mittleren braunschweigischen Hauses (Extract)	95
D. Braunschweigischer Receß vom 17. Mai 1651 über die Harburgische Succession und über Grubenhagen	98
E. Vertrag vom 6. Mai 1671 betreffend den Eintausch von Braunschweig nebst den 3 Stiftern für Hildesher, Dammenberg &c.	103
F. Receß wegen Lauenburgs und des Amts Campen vom 17. Januar 1706	110
G. Magnus' I. Fideicommiß von 1355	112
H. Beispiel eines kaiserlichen Lehnbriefs für das welfische Gesammthaus, von 1651	114

Erstes Capitel.

Genealogie des welfischen Hauses, seine Besitzungen und die Spaltungen in Speciallinien.

Die heutigen welfischen Lande, das Königreich Hannover und das Herzogthum Braunschweig-Wolfenbüttel, sind ihren Hauptbestandtheilen nach die ehemaligen Allodialgüter Heinrichs des Löwen, welche diesem nach seinem Unterliegen im Kampfe mit dem Kaiser Friedrich Barbarossa übrig blieben, als er im Jahre 1180 aller seiner Reichslehne verlustig erklärt worden war¹.

Die regierenden Herrscherhäuser in beiden Ländern sind in grader Linie des Mannsstammes Heinrichs des Löwen Abkömmlinge. Ebenso ist die Königin Victoria von England die Tochter eines solchen Agnaten aus dem welfischen Stamme. Die in Preußen regierenden Hohenzollern dagegen stammen in weiblicher Linie von Heinrich dem Löwen ab. Das Nähere wird weiter unten gezeigt werden.

Wir verfolgen zunächst die genealogische Entwicklung des welfischen Hauses und seine Spaltungen in Speciallinien, wie solche seit dem dreizehnten Jahrhundert stattgefunden haben.

Heinrich der Löwe hinterließ drei Söhne: Heinrich, Pfalzgrafen vom Rhein, Otto, nachmals als Otto IV. deutscher Kaiser, und Wilhelm. — Die Brüder theilten das Erbe im Jahre 1203². — Otto starb hierauf ohne successionsfähige Erben, Heinrich ohne Söhne, nur Wilhelm hinterließ einen Sohn, Otto das Kind.

Von Pfalzgraf Heinrich waren zwar zwei Töchter, Frimengard (Gertrud) — verheirathet an den Markgrafen Hermann IV. von Baden — und Agnes — verheirathet an den Herzog Otto von Baiern — hinterblieben; ihr Vater bestimmte aber mittelst einer vom Jahre 1223 datirten Urkunde³, daß sein Nefse, Otto das Kind, allein Erbe sämtlicher Allodien Heinrichs des Löwen werden sollte. —

Otto versäumte nicht, als Pfalzgraf Heinrich am 28. April 1227 gestorben war⁴, sich in den Besitz des Nachlasses zu setzen. Insbesondere occupirte er die Stadt Braunschweig mit Gebiet, welche die Töchter Heinrichs als ihren Erbtheil beanspruchten. Er berief sich auf eine Bestimmung des sächsischen Rechts, wonach Söhne und Sohnesöhne den Töchtern in der Erbfolge vorgehen⁵, und auf den Umstand, daß die beiden Töchter Heinrichs — die eine Durlach, Hildesheim, Pforzheim und Etlingen, — die andre Stadt und Schloß Heidelberg — zur Mitgift erhalten hatten. Er hielt sie dadurch für abgefunden.

Die beiden Prinzessinnen aber machten geltend, daß Otto weder ihr Bruder, noch ihr Bruderssohn, sondern der Sohn ihres Oheims sei: Otto's des Kindes Vater war ja ein leiblicher Bruder ihres Vaters, und so hielten sie jene Gesetzesbestimmung, welche unter Geschwisterkindern eine solche Vernachtheiligung der Töchter nicht verordnet, nicht für zutreffend⁶.

Die Sache Otto's wurde schwieriger, als der bekannte Hohenstaufe Friedrich II., der seit dem Jahre 1218 (1215) den deutschen Kaiserthron inne hatte, den Töchtern Heinrichs ihre Erbrechte abgekauft und die Herausgabe des bezeichneten Landestheils von Otto verlangt hatte⁷. Anfangs war der Kaiser entschlossen, sein Recht nöthigenfalls mit Waffengewalt durchzusetzen. Doch seine steten Händel mit dem Papst und in Ober- und Unteritalien, ferner seine Bestrebungen, die Nachfolge auf dem Kaiserthron seinem Sohne Conrad zu sichern, machten ihn zu einem Vergleiche wohlgeneigt, und es ist uns noch die Urkunde, datirt vom September 1234 er-

halten⁸, worin er eine Reihe von Potentaten, u. A. einen Markgrafen von Brandenburg, zu Vermittlern zwischen sich und Otto in dem entstandenen Erbschaftsstreite einsetzte.

Otto, der das Beispiel seines Großvaters, Heinrichs des Löwen, wohl vor Augen haben mochte, zeigte sich nicht minder nachgiebig gestimmt⁹, und so kam denn schon im Jahre 1235 ein Vergleich dahin zu Stande: daß Otto sein unbestrittenes Allode Lüneburg mit Gebiet dem Kaiser zu Lehn auftrug und es von diesem sodann als Vasall zurückempfing, und daß der Kaiser andrerseits das Otto's weiblichen Verwandten abgekaufte Braunschweig mit Gebiet an Otto als ein neues Lehn vergab, was letzterer acceptirte¹⁰.

Wir begegnen also hier den beiden Formen eines feudum oblatum und eines feudum datum¹¹, deren erstere, vor dem Lehncontract, Eigenthum auf Seiten des Vasallen, letztere dagegen Eigenthum auf Seiten des Lehnsherrn voraussetzt. Daß sich Otto in Bezug auf das braunschweigische Land die zweite Form gefallen ließ, zeigt deutlich, daß er mit den Ansprüchen des Kaisers aus dem vorbereiteten Erbschafts Kauf zugleich die Miterbenqualität der Töchter Heinrichs des Pfalzgrafen neben sich anerkannte.

Es ist wichtig für unseren Zweck, dieses vor dem Jahre 1235 stattgefundene Rechtsverhältniß hinsichtlich der Frauensuccession in den welfischen Landen fortwährend im Auge zu behalten und es gegen die späteren Modificationen des Frauenerbrechts in der braunschweig-lüneburgischen Familie genau abzugrenzen.

Vermöge des Abkommens von 1235, welches so zu sagen als die Stiftungsurkunde des Herzogthums Braunschweig und Lüneburg bis auf den heutigen Tag angesehen werden muß, sind die ehemaligen Allodiallande Heinrichs des Löwen der Lehnshoheit des deutschen Reichs unterworfen. Das Privilegium sagt ausdrücklich, daß der Kaiser dieselben zu einem einzigen Landescomplex vereinigt habe, und setzt fest, daß dieser

auf Söhne und Töchter Otto's des Kindes zu Lehnrechten vererblich sei. —

So galt denn also von jetzt an nicht mehr die alte allodiale Erbfolge, und mit ihr nicht mehr die oben angeführte Bestimmung über die Concurrenz von Söhnen, Enkeln und Töchtern, sondern das Lehnerbrecht. Für die Lehnverhältnisse in Niedersachsen war aber die auch den Töchtern gegebene Successionsbefugniß eine Singularität¹², die wiederum auf ihr altes Allodialerbrecht zurückweist. Letzteres ist um so erklärlicher, wenn man sich erinnert, daß Heinrichs des Löwen Macht wesentlich darauf beruhte, daß seine Vorfahren Heinrich der Schwarze, Heinrich der Fette, Heinrich der Stolze, und Kaiser Lothar die Wulfsild, die Gertrud, die Richenza und (bezüglich) die jüngere Gertrud, die Erbtöchter der billungischen, brunonischen, nordheimschen und supplinburgischen Güter, geheirathet hatten. —

Stammtafel
II A.

Die Worte „Söhne und Töchter“ in dem Lehnprivileg von 1235 sind jedoch nicht paritätisch aufzufassen; nach den Bestimmungen des deutschen Lehnrechts sind sie vielmehr dahin zu interpretiren, daß Töchter erst in Ermangelung männlicher Nachkommen des ersten Erwerbers zur Regierungsnachfolge gelangen sollten¹³.

So erbten denn Otto's des Kindes Töchter, als 1252 ihr Vater starb, nicht mit; das Land wurde zwischen Otto's beiden Söhnen Albert I. und Johann getheilt, und auf diese Weise die ältere braunschweigische und die ältere lüneburgische Linie gestiftet¹⁴.

Das an Albert I. gekommene Land fiel nach dessen Tode 1279 an seine drei Söhne: Heinrich den Wunderlichen, Albert II. und Wilhelm. Heinrich erhielt bei der Distribution des seinem Vater bei der ersten Theilung zugefallenen Antheils das Fürstenthum Grubenhagen, Albert dagegen Göttingen mit Gebiet, und Wilhelm die Stadt Braunschweig mit den dazu geschlagenen Pertinenzen¹⁵.

Mit dem wunderlichen Heinrich war es schwer, im Ein-

vernehmen zu bleiben. Eine Zeitlang maßte er sich die Regierung auch über Braunschweig als über den Antheil seines Bruders Wilhelm an und provocirte dadurch die übrigen Linien, mehr zusammenzuhalten¹⁶. Seine Stellung zur Gesamtfamilie ist gewissermaßen vorbedeutend für das Verhältniß des ganzen Geschlechts der Grubenhagenschen Fürsten zu den andern welfischen Linien. Dasselbe geht abgeschlossen zumeist seinen eignen Wegen nach und erbt nicht mit, wenn ein agnatischer Zweig ausstirbt. So fiel nach Wilhelms Tode 1292 der braunschweigische Unterantheil an das Haus Göttingen¹⁷; dasselbe Haus beerbt nach dem 1369 erfolgten Tode des letzten Sprossen der älteren lüneburgischen Linie (Wilhelms mit dem großen Beine) und nach beendetem Erbfolgekriege mit andern Prätendenten auch diesen Seitenzweig der welfischen Familie¹⁸.

Die so bereicherte Linie Göttingen zerfiel nach vielen Theilungsversuchen schließlich in zwei Gruppen. Die Söhne Magnus' II. Torquatus, der 1373 starb, Bernhard I. und Heinrich der Milde, wurden die Stammväter, jener einer mittleren lüneburgischen, dieser einer mittleren braunschweigischen Speciallinie¹⁹. Als auch letztere Linie 1634 mit Herzog Friedrich Ulrich im Mannsstamme erlosch, ist das beiderseitige Land an die Nachkommen Bernhards I. gefallen²⁰, welche noch heute, in zwei neuere Linien gespalten, das jetzige Königreich Hannover und das heutige Herzogthum Braunschweig-Wolfenbüttel innehaben.

Letztere beiden Fürstengeschlechter haben ihren gemeinschaftlichen Stammvater in Ernst dem Bekenner, einem Zeitgenossen Luthers, Enkelsenkeln Bernhards I. Von Ernsts Sohne Heinrich (von Dannenberg) stammt die neuere braunschweigische Linie, von dessen Bruder Wilhelm (von Celle) die neuere lüneburgische (hannöverische) Linie ab.

Der letztgenannte hannöverische Zweig erwarb 1692 die neunte Kurwürde²¹, 1714 zugleich die englische Krone und 1814 den Königstitel für seine hannöverischen (lünebur-

gisch-calenbergischen) Besitzungen. Als aus diesem Stamm 1837 die Königin Victoria auf den englischen Thron gelangte, wurde sie hinsichtlich Hannovers durch ihres Vaters Bruder Ernst August, vermöge der innerhalb des hannöverischen Hauses geltenden Successionsordnung, von der Nachfolge ausgeschlossen. Des Letzteren männliche Nachkommen haben noch heute den hannöverischen Thron inne.

Die neuere braunschweigische Linie ist nach der Entthronung Herzogs Carl seit 1830 nur durch einen Fürsten, den Herzog Wilhelm von Braunschweig (Dels), vertreten; der jetzige König von Hannover ist mit diesem durch Ernst den Befenner im siebzehnten Grade des Mannsstammes verwandt.

Wir wenden uns zunächst zu der Grubenhagenschen Fürstenlinie, welche, wie wir sehen werden, für die preussischen Ansprüche an Braunschweig (und dann auch an Hannover) von größter Wichtigkeit ist.

Zweites Capitel.

Das Grubenhagensche Fürstenhaus und seine Besitzungen.

Albert der Erste, der Begründer der älteren braunschweigischen Speciallinie, zog im Jahre 1270 dem Ritter Cuno von Gruben, Burgmann zu Dassel und Grubenhagen, seine durch Felonie verwirkte Burg ein und schlug dort im Jahre 1272 seine Residenz auf. Die Trümmer dieser Burg sind noch heute auf dem in der Nähe der Stadt Dassel gelegenen steilen Berge, dem Grubenhagen, zu sehen. Sie war zum Schutze des Wesergebietes errichtet; verschiedene Adelsgeschlechter hatten Ganerben und Burgmannsgerechtigkeiten an ihr, und sie unterlag der Lehnshoheit der alten Herzöge von Niedersachsen, deren Nachfolger die welfischen Herzöge und als solche die Abkömmlinge Heinrichs des Löwen geworden sind¹. Die übrigen Besitzungen der Ritter von Gruben und der andern Berechtigten standen in Lehnabhängigkeit zu den im 14. Jahrhundert ausgestorbenen Grafen von Dassel, deren Besitzungen später größtentheils an das Stift Hildesheim gefallen sind. Die sonstigen Burgmannslehen und Ganerbenrechte auf dem Grubenhagen erlebigten sich sehr bald zu Gunsten Albrechts und seiner Nachkommen durch das Aussterben der berechtigten Geschlechter².

Die Residenz auf dem Grubenhagen wurde vermöge des schon erwähnten Abkommens unter den Söhnen Alberts des Ersten dem ältesten, Heinrich dem Wunderlichen, zugetheilt;

sein weiteres Erbtheil bestand³ in den Herrschaften Salzderhelden, Einbeck, Amelungsborn, Osterode, Duderstadt, Sieboldhausen, Herzberg, Scharzfeld, Bodenstein, Lindau, Catelnburg und Rittersberg. Hierzu kam die Hälfte der Stadt Hameln, der dritte Theil der Einkünfte vom Rammelsberge bei Goslar und von den drei geistlichen Stiftern St. Blasien, St. Aegidii und St. Cyriaci in Braunschweig, die Anrechte auf die Ebersteinschen Besitzungen und die Bergwerke und Forsten „zur Claus“.

Zwischen dem Grubenhagen nebst den minder bedeutenden Besitzungen in dessen Nähe und dem größeren Theile der eben genannten andern Zubehörungen des Fürstenthums zog sich der Göttingensche Antheil Alberts des Fetten, des Bruders Heinrichs des Wunderlichen, hin, und so war das Fürstenthum Grubenhagen gleich zu Anfang in die kleineren, nahe der Weser gelegenen Besitzungen und in einen größeren, „vor dem Harze“ gelegenen Complex gespalten⁴.

Ein Erbvertrag, der nach geschehener Theilung den Rückfall des Fürstenthums Grubenhagen an die Linien Göttingen und Braunschweig gesichert hätte, ward nicht geschlossen, ebenso wenig eine umgekehrte Stipulation. Die Landesdistribution, wie sie unter Albert des Ersten Söhnen geschehen, war im vollen Sinne eine sogenannte „Todtheilung“, durch welche das gegenseitige Erbrecht der theilenden Linien aufgehoben und die gesammte Hand des Lehnsbandes, soweit solche etwa vorher bestanden, gebrochen wurde⁵.

Schon hierdurch erklärt es sich, daß das Haus Grubenhagen nicht miterbte, als 1292 durch den Tod des einen der drei Brüder (Wilhelms) die ältere braunschweigische Separatlinie erlosch, und als die lüneburgische ältere Hauptlinie mit Wilhelm mit dem großen Beine 1369 ausstarb. Nachdem sich Heinrich durch seine Betheiligung an dem nach dem ersten Falle zu Braunschweig ausgebrochenen Bürgerkriege alle Sympathien verscherzt hatte, wurden seine Versuche, sich von der 1292 eröffneten Erbschaft einen Theil zuzueignen, von

Albert dem Fetten von Göttingen und dessen Söhnen mit Gewalt zurückgewiesen⁶. An dem nach dem zweiterwähnten Aussterben geführten langjährigen lüneburgischen Erbfolgekriege nahm Grubenhagen keinen Antheil.

Es ist während der ganzen Regierungsdauer des letzteren Fürstenhauses dessen Entfremdung von den übrigen welfischen Agnaten vielfach hervortretend. Letztere schließen ihre Erbverträge⁷ (z. B. in den Jahren 1355, 1374, 1388, 1394, 1401, 1407, 1409, 1414, 1442, 1446, 1460, 1514, 1562, 1569, 1592), allein unter sich, Grubenhagen ist stets vernachlässigt und übergangen. Ein um so engeres Band suchten die Grubenhagenschen Fürsten hinsichtlich ihres eignen Hauses festzuhalten; es fanden zwar auch hier mehrfache Abzweigungen, z. B. einer Linie Osterode-Grubenhagen, in Fällern statt, wo mehrere Söhne zur Succession gelangten; — diese Absonderungen waren jedoch ihrer juristischen Natur nach nur sogenannte Nützungstheilungen und Apanage-Verleihungen; das Lehnband der gesammten Hand wurde sorgfältig aufrecht erhalten, und dadurch die Landes- und Familien-Einheit für die Folge gesichert⁸.

So finden wir denn in der Reformationszeit Philipp I., den Erbauer von Rothenkirchen am Fuße des Grubenhagen, als alleinigen Herrscher über das Fürstenthum. Ihm folgten nach einander in der Regierung seine Söhne Ernst V., Wolfgang und Philipp II. Mit Letzterem starb der Grubenhagensche Mannestamm aus am 4. April 1596⁹.

Werfen wir nun einen Blick auf die hauptsächlichsten Gebietsmodificationen, welche das hier besprochene einzelne Fürstenthum vom dreizehnten bis zum sechzehnten Jahrhundert erlitten hat, so ist Folgendes anzumerken:

Heinrichs des Wunderlichen Sohn, genannt Heinrich von Griechenland, hatte zu seinen weiten Reisen in den Süden Europa's und nach dem Orient mehr verbraucht, als die Mittel des kleinen Landes gestatteten. Er verpfändete deshalb die Städte Duderstadt und Gieboldshausen mit Zubehör an

Kur=Mainz, welches übrigens, gestützt auf eine hinsichtlich ihrer Gültigkeit bestrittene Schuldverschreibung vom 20. Februar 1342, auch auf einen Theil von Herzberg, Hameln, Einbeck, Osterode und Lauterberg Ansprüche geltend machte. Diese Pfandschaftsverhältnisse waren seit 1563 Gegenstand eines von den Grubenhagenschen Fürsten beim Reichskammergericht unter Deposition des Pfandschillings erhobenen Processes geworden¹⁰, der erst ein Jahrhundert später, als das klägerische Geschlecht längst ausgestorben war, durch Vergleich mit den andern welfischen Linien erledigt wurde¹¹. —

In Folge der im 14. Jahrhundert von dem Bruderssohne Heinrichs von Griechenland, Albrecht vom Salze, Herzog von Grubenhagen, begangenen Räubereien und der daraus hervorgegangenen Kämpfe mit Kur=Mainz und dem Landgrafen von Thüringen, ging ein Theil der Ebersteinschen Besitzungen von Hameln und von der Einbeckschen Bürde in fremden Pfandbesitz über. Die Stadt Hameln gelangte mit Einwilligung der Grubenhagenschen Fürsten später an die andern welfischen Zweige, welche den Pfandschilling eingelöst hatten, zu deren Eigenthum¹².

Wolfgang, der Vorlehte dieses Fürstengeschlechts, erwarb dagegen nach dem Aussterben der Grafen von Hohnstein die ursprünglich seinem Hause gehörig gewesenen, nach dem Aussterben der zuerst damit belehnten Grafen von Lauterberg heimgefallenen, dann aber an die Grafen von Hohnstein auf's Neue verpfändeten Grafschaften Scharzfeld und Lauterberg wieder; ebenso fiel ihm das Amt Rabolshausen heim¹³.

Die 1442 von dem Stift Gandersheim an die Herzöge von Grubenhagen erteilte Belehnung mit der Herrschaft Elbingerode wurde nach dem Aussterben der Belehnten auf die mittlere braunschweigische Linie übertragen¹⁴.

Nach dem Tode Philipps II., des letzten Sprossen des Grubenhagenschen Geschlechts, (1596) besetzte der Vertreter des eben erwähnten mittleren braunschweigischen Hauses,

Herzog Heinrich Julius, das ganze, nunmehr herrenlose Land. Trotzend auf seine vertraute Stellung zum Wiener Hofe, weigerte er sich, die lüneburgischen Agnaten an der Erbschaft Theil nehmen zu lassen¹⁵. Es entspann sich darüber ein Proceß beim Reichskammergericht, der 1617 zu Gunsten der lüneburgischen Linien entschieden wurde¹⁶. Demgemäß mußte Friedrich Ulrich, der Sohn und Nachfolger von Heinrich Julius, an letztere das widerrechtlich besetzte Fürstenthum mit allen seinen Pertinenzien herausgeben.

Unter den Mitgliedern der obsiegenden Partei brach aber über die Vertheilung des erstrittenen Gebietes von Neuem Streit aus. Damals zerfiel nämlich das lüneburgische Haus in drei Speciallinien: Harburg, Dannenberg und Celle, jene zur entscheidenden Zeit mit einem, Dannenberg mit zwei, Celle mit vier gleich nahe erbberechtigten Vertretern. Harburg hatte seinen Antheil an der Grubenhagenschen Erbschaft schon 1603 gegen eine Geldrente an die Celle'sche Linie abgetreten, und letztere machte den Dannenbergischen Vettern gegenüber geltend, daß ihr Vater, Herzog Heinrich, in einem Vertrage vom 13. September 1569 sich mit einer Apanage begnügt und nur den Anfall der braunschweigischen, nicht aber der Grubenhagenschen Besitzungen sich vorbehalten habe, und daß event. nicht die von Jenen prätendirte Primogenitur, sondern Kopftheilung unter den vorhandenen Agnaten eintreten müsse¹⁷. Auch dieser Streit wurde erledigt durch Vergleich vom 5. Juli 1617, wonach die Celle'sche Separatlinie Grubenhagen im Namen des Gesamthauses behielt und den Dannenbergischen Vettern ein Dritttheil der Einkünfte desselben zusagte¹⁸. Die definitive Theilung erfolgte erst durch spätere Reccessse aus dem Jahre 1629, ferner vom 14. December 1635, 12. Mai 1649, 17. Mai 1651 und vom 6. und 16. Mai 1671¹⁹, deren Uebersicht durch folgende Momente erschwert wird:

Anlage III. D.
(17. Mai 1651.)

Im Jahre 1634 war die mittlere braunschweigische

Linie mit Friedrich Ulrich ausgestorben, und auch deren Lande gelangten unter denselben Prätexten zur Theilung; die Dannenbergische Linie reducirte sich durch den Tod Herzogs Julius Ernst 1636 auf einen Vertreter, August den Jüngern, den Lehnserben seines obengenannten Bruders²⁰; im Jahre 1642 starb drittens mit Wilhelm August der Harburgische Zweig aus, und August von Dannenberg machte nun geltend, daß bei dem vorerwähnten Abkommen von 1603 zwischen Harburg und Celle die Agnaten nicht zugezogen worden, daß folglich Dannenberg noch jetzt in den Harburgischen Antheil an Grubenhagen mitsuccedire²¹. — Letztere Ausführung ist offenbar richtig, und da die obenerwähnten Vergleiche, soweit sie Grubenhagen betrafen, wie aus dem Zusammenhange ihrer Bestimmungen erhellt, im Allgemeinen von dem Princip der Stammtheilung ausgingen, so ist evident, daß, wenn der eine dieser Stämme vor endgültiger Disposition über seinen Antheil mit Tode abging, seine Portion jedem der beiden andern zur Hälfte zufällt.

In das Detail der sehr verwickelten Tausch- und Äquivalentfestsetzungen bei der Distribution der obenerwähnten, sich gegenseitig berührenden und kreuzenden Erbschaften brauchen wir wohl nicht näher einzugehen. Uns interessiren die concreten Werthe an Ländereien, welche Braunschweig-Wolfenbüttel (damals Braunschweig-Dannenberg genannt) für seine Quote an Grubenhagen erhielt, darum nicht mehr, weil wir wissen: ursprünglich hatte das heutige Herzogthum Braunschweig das Recht, für sich ein Dritttheil und dann noch von Harburg ein halbes Dritttheil vom Fürstenthum Grubenhagen, folglich zusammen die Hälfte dieses Landes, als seinen Antheil zu liquidiren. Die andre, gleich beschaffene Quote gehörte der Celle'schen, d. h. der heutigen hannoverschen Linie. Ein Blick auf die Karte lehrt freilich, daß mit sehr geringen Ausnahmen das ganze Fürstenthum Grubenhagen gegenwärtig in Hannover aufgegangen ist. Denn in Folge der oben

angezogenen Vergleiche hat Braunschweig für seinen Erbschaftsantheil zuerst Geldrenten, dann andere Ländereien zum Austausch erhalten. Die im Princip von uns ermittelten Quotenrechte sind jedoch für Preußen, das allen jenen Vergleichen niemals ausdrücklich zugestimmt hat, der natürliche Ausgangspunkt für seine Combinationen.

Drittes Capitel.

Die Brandenburgischen Ansprüche auf das Fürstenthum Grubenhagen.

Nach dem am 4. September 1551 erfolgten Tode Philipps I. von Grubenhagen lebten nur noch drei Vertreter seines Hauses: seine Söhne Ernst V., Wolfgang und Philipp II.¹. Gestützt auf diese geringe Anzahl der männlichen Erbfolgeberechtigten² und auf deren Sonderstellung innerhalb der welfischen Familie, gab Kaiser Maximilian II. ult. August 1564

Anlage III. A. dem Kurbraunschweigischen Fürstenhause ein Privileg, durch welches Kurfürst Joachim II. und seinen männlichen ehelichen Erben die Beleihung mit den Grubenhagenschen Besitzungen nach dem Aussterben des regierenden Mannsstammes zugesichert wurde³. —

Diese Expectanzverleihung beruht, wie der Archivar Zacharias Zwanzig erzählt⁴, zunächst auf einem alten Successionsrechte. In dieser Hinsicht ist vorzugsweise eine Erbverbrüderung zwischen Brandenburg und Grubenhagen gemeint, — es läßt sich hier aber auch noch ein anderes, wenn auch erst durch den Hinzutritt jener kaiserlichen Expectanz wirksames Fundament zu Gunsten Brandenburgs nachweisen.

Unsere Hohenzollernschen Fürsten stammen nämlich in weiblicher Linie von der ältesten Tochter Otto's des Kindes, und folglich auch von Heinrich dem Löwen ab. — Nachdem Burggraf Friedrich III. von Nürnberg seine erste Gemahlin Elisabeth von Meran im Jahre 1272 durch den Tod ver-

loren hatte, heirathete er die Helena, Tochter Herzogs Albrecht von Sachsen aus der Ehe mit Helena, der ältesten Tochter Otto's des Kindes⁵. Aus dieser zweiten Ehe Friedrichs III. stammt in grader Linie des Mannsstammes Burggraf Friedrich VI., der erste Hohenzollernsche Kurfürst von Brandenburg: er ist der Enkel des Friedrichs III. und jener Helena⁶.

Zunächst muß jedoch an dieser Stelle ein aus dem Zusammenhange der bisherigen Darstellung sich ergebendes Bedenken gegen die Wirksamkeit dieser Abstammung näher beleuchtet werden.

Nach den Principien des deutschen Lehnrechts genügt die bloße Abstammung vom ersten Erwerber des Lehns zur Erlangung des Successionsrechtes noch nicht; es mußte bei jedem Wechselfall in der dienenden oder herrschenden Hand eine besondere Beleihung von Neuem nachgesucht werden, und selbst was die männlichen Verwandten betrifft, so war es ihre Sache, durch vom Kaiser bestätigte Erbverträge oder in den Häusern, wo eine sogenannte Sammtbelehnung üblich war, durch Nachsuchung der Aufnahme in die gesammte Hand sich das Nachfolgerecht zu conserviren und zu sichern. — Dieses Verhältniß hängt mit der Reichslehnsverfassung insofern zusammen, als die fürstlichen und kurfürstlichen Würden vermöge althergebrachter Rechtsanschauung mehr als Aemter angesehen wurden, denen die Succession in die Herrschaft über Land und Leute gewissermaßen als Pertinenz angehängt war. Dies und die Beziehung der Fahnlehne und des Lehnswesens überhaupt zu der Kriegsmacht und zur Heeresfolge im Reiche erklärt zugleich die Mißgunst, die in ganz Deutschland gegen alle Successionen des Weiberstammes in Reichslehen bestand. Das Herzogthum Braunschweig-Lüneburg war einmal Lehn geworden und mußte demnach die Consequenzen dieser Veränderung über sich ergehen lassen.

Daß Otto das Kind im Jahre 1235 die eventuelle Vererbung seines Lehns auch auf Töchter erlangt hatte, war eine, wie gesagt, in den Ländern des niedersächsischen

Freies, wie die welfischen Besitzungen es waren, seltene Singularität. Von allen Seiten wurden demgemäß auch der weiblichen Nachfolge Schwierigkeiten in den Weg gelegt; die Landstände schrieben sich das Recht zu, hinsichtlich der Zulässigkeit und Opportunität derselben in jedem einzelnen Falle um ihre Zustimmung befragt zu werden, und speciell begehrt sie die Befugniß, über etwaige Verheirathungen solcher Erb-töchter ihr Votum abzugeben. —

So geschah es, wie vermöge eines stillschweigenden Einverständnisses, daß in allen Lehnbriefen über die braunschweig-lüneburgischen Lande, auch in den Grubenhagenschen Investiturbriefen, über ein etwaiges Erbrecht der Frauen mit Stillschweigen hinweg gegangen wurde; kein Vorbehalt zu ihren Gunsten wurde bei Begründung und Conservirung der gesammten Hand je beantragt oder niedergeschrieben¹; die Sammtbelehnung der Grubenhagener unter sich und der andern welfischen Linien, die wiederum unter sich eine besondere Simultaninvestitur errichtet hatten, erstreckt sich immer nur auf den Mannsstamm². So ist denn im Laufe der Jahrhunderte das Nachfolgerecht der welfischen Töchter hinsichtlich der Lehnsaperturen ihres Hauses untergegangen, und daß dies schon in der Mitte des sechzehnten Jahrhunderts als ein anerkannter Satz galt, verbürgt der Wortlaut der oben erwähnten Brandenburgischen Expectanz von 1564, die ja schon — wie der Inhalt zeigt — nach dem Aussterben des Grubenhagenschen Mannsstammes zur Erfüllung gelangen sollte. —

Mit der abstracten Erbfolgefähigkeit gegenüber dem in concreten Fällen hervortretenden Erbrecht der Töchter hängt die Sache aber etwas anders zusammen. Da nemlich jede neue Verleihung als ein aus kaiserlicher Gnade hervorgegangenes Recht auftritt, so blieb es auch der besonderen Gnade des Kaisers anheimgegeben, bei Ertheilung von Expectanzen, Eventualbelehnungen und bei der Geltendmachung etwa erworbener „unbenannter Gedinge“ auch Töchter oder deren Abkömmlinge zu berücksichtigen. Die Erbfolgefä-

Anlage III. H.
ein Beispiel sol-
cher Lehnbriefe
aus dem Jahre
1651.

higkeit in abstracto diene in solchen Fällen als Substrat und Voraussetzung der Berufung zur Erbfolge durch den Kaiser.

Ein solches Fundament bildet hier die oben gezeigte Abstammung der brandenburgischen Hohenzollern von der ältesten Regredient-Tochter der Herrscher über das braunschweig-lüneburgische Herzogthum, und Kaiser Maximilian II. mag auf diese Verwandtschaft soviel oder sowenig Gewicht gelegt haben, als er wolle, so bietet dieselbe immer eine Grundlage, um die Behauptung zurückzuweisen, die Expectanz von 1564 sei aus bloßer Liberalität des Kaisers gegen Kurbraundenburg hervorgegangen.

Vielleicht hat noch ein anderes Verwandtschaftsverhältniß dazu beigetragen, daß Kaiser Maximilian damals, als es sich um die Bestimmung eines Nachfolgers der Grubenhagenschen Fürsten handelte, grade an das Haus Brandenburg dachte. — Johann von Cüstrin, der damalige zweite Vertreter des Hohenzollernschen Kurhauses, war der Schwager Philipp II., des letzten Grubenhagenschen Fürsten. Beide hatten Töchter des Herzogs Heinrich des Jüngeren aus der mittleren braunschweigischen Linie, Ersterer seit 1537 die Catharina, Letzterer seit 1560 die Clara, Prinzessinnen von Braunschweig-Lüneburg, zu Gemahlinnen⁹; — ein Umstand, der wenigstens eine Annäherung beider Fürstenhäuser von selbst mit sich brachte. —

Wir brauchen aber auf diese Beziehungen nicht einmal so großes Gewicht zu legen, um die Expectanzverleihung von 1564 mit hinreichenden Gründen zu unterstützen. Die Hauptsache war wohl, daß der damals regierende Kurfürst Joachim II. von Brandenburg ein um den Kaiser und das Reich hochverdienter Mann war, und daß Maximilian Gelegenheit suchte, ihm dafür eine Anerkennung zu gewähren. So war Joachim im Jahre 1542 mit Aufopferung vieler eigener und seines Landes Unkosten als Reichsfeldherr gegen die Türken gezogen; er unterstützte den Kaiser wesentlich und mit Erfolg bei der Wahl Rudolfs II., des Sohnes des Kaisers, zum römischen

Könige, und Maximilian bedurfte ferner Joachims, der vermöge seiner Verheirathung mit einer Tochter Königs Sigismund I. (zugleich Schwester Sigismund Augusts II.) mächtige Verbindungen in Polen hatte, um den — freilich vergeblichen — Versuch zu machen, die der Erledigung entgegengehende polnische Königskrone auf sein Haus zu bringen¹⁰.

Alle diese Momente zusammengefaßt, können wir demnach die Behauptung aufstellen, daß bei Erwerbung des Privilegs von 1564 kein bloßes Geschenk, keine reine Gnadenfache vorliegt, sondern daß hier wie bei vielen andern Erwerbungen Preußens der bewährte langjährige Eifer des Hohenzollernschen Hauses für die Wohlfahrt des Kaisers und Reichs die Veranlassung für die solenne Anerkennung eines alten Rechtstitels gewesen ist. Juristisch ausgedrückt, involvirt also die Expectanz auf Grubenhagen eine Erwerbung aus onerosem Titel.

Viertes Capitel.

Die Intervention der übrigen welfischen Linien.

Zu der Rechtsgiltigkeit des Privilegs von 1564 bedurfte es weder der Zustimmung Seitens der noch lebenden Grubenhagenschen Fürsten, noch der der übrigen Abkömmlinge Heinrichs des Löwen und Otto's des Kindes¹. Dasselbe gewährte ein Recht auf Beleihung, das in dem vorgesehenen Aussterbefall gegen den Kaiser geltend zu machen war, und das unter den Begriff eines bloßen jus in personam gegen den Kaiser darum nicht genau paßt, weil dieser qua Vertreter des Reichs jene Urkunde erteilte, und deshalb der rein privatrechtliche und römische Gesichtspunkt für die Beurtheilung des entstandenen Rechtsverhältnisses eine zu eng gezogene Grenze sein würde.

Die welfischen Agnaten der andern Linien erfuhren bald, was vorgegangen war, und sannten auf Mittel, dem Hause Brandenburg in Beziehung auf die Nachfolge in Grubenhagen den Vorrang abzugewinnen. Es galt zunächst, die Geneigtheit der Grubenhagenschen Fürsten zu erlangen, und es ward dies von den braunschweig-lüneburgischen andern Linien auf folgende Weise und — wie man zugeben muß — sehr geschickt angefangen.

Wir haben oben erfahren, daß die Nachkommen Heinrichs des Wunderlichen, von Geldverlegenheit gedrängt, ihre Besitzungen auf dem Eichsfelde, deren Lehnshoheit der Abtiffin

von Quedlinburg zustand, an das reiche Kur-Mainz hatten übertragen müssen, und daß über den Umfang der diesfälligen Verpfändung seit 1563 ein Proceß beim Reichskammergericht schwebte. — Inzwischen aber hatte die Aebtissin von Quedlinburg die Grafen von Stolberg mit einem Theile jener eichsfeldischen Ländereien, nemlich mit den Grafschaften Duderstadt, Siboldhausen und Amt Bernshausen beliehen. Es lag den Fürsten von Grubenhagen an der Wiedererlangung dieser Landestheile sehr viel, und die übrigen welfischen Linien versprachen ihnen, es dahin zu bringen, daß sie die Mitbelehnung mit den genannten Eichsfeldischen Landestheilen von der Aebtissin von Quedlinburg erhalten würden². Durch diese Zusage willfährig gemacht, verstanden sich Ernst, Wolfgang und Philipp von Grubenhagen dazu, sich am 13. März 1566 von ihren Vettern in die gesammte Hand aufnehmen zu lassen. Sie versprachen in der betreffenden Urkunde, daß sie nunmehr einen Titel und ein Wappen mit ihren Agnaten aus der braunschweigischen und lüneburgischen Gesamtfamilie führen würden³.

Es galt zu diesem Abkommen des Kaisers Einwilligung zu beschaffen. Herzog Julius von Braunschweig-Wolfenbüttel (aus der mittleren braunschweigischen Linie), dessen Stiefmutter Sophia die Tochter Sigismunds I. und eine Schwester Sigismund Augusts, Königs von Polen (der letzten Jagellonen) war, benutzte hierin des Kaisers Pläne auf die polnische Königskrone. Er sagte seine Mitwirkung zur Erlangung derselben zu, und so erreichte er es, daß der Kaiser am 14. März 1570 zu Prag eine Urkunde ausstellte, worin zwar das Fürstenthum Grubenhagen nicht speciell benannt ist, andrerseits aber sämmtliche damals lebende Herzöge, einschließlich der Grubenhagenschen, namentlich aufgeführt und als Gesamthänder an den welfischen Landen erklärt werden⁴.

So war es gelungen, den abgetrennten Zweigen des braunschweig-lüneburgischen Hauses einen Rechtsanspruch auf die eventuelle Nachfolge in das Fürstenthum Grubenhagen zu

verschaffen; Brandenburg hatte zwar eine Anwartschaft, aber noch keine Investitur, und deshalb hatten die welfischen Agnaten, deren Gesamthand ihnen eintretendenfalls die sofortige Besitznahme gestattete, in der That die Priorität vor Brandenburg hinsichtlich Grubenhagens erworben.

Doch sind hierbei noch zwei wesentliche Einschränkungen einzuschalten. Im Gegensatz zu dem Wortlaut der früheren und späteren kaiserlichen Lehnbriefe fehlt in der Urkunde vom 14. März 1570 die Erwähnung, daß die constituirte Gesamthand auch auf die Erben übergehen soll^{4b}. Zweitens aber macht der Kaiser den ausdrücklichen Vorbehalt, daß der Inhalt dieser Urkunde weder ihm, noch dem Reich, noch sonst Jemandem an seinen Rechten schädlich sein solle⁵.

Der Nachfolger Kurfürst Joachims II., Johann Georg von Brandenburg, erhielt bald Kunde von dem diplomatischen Kunststück, das seinem Hause zu Prag Seitens der Welfen gespielt worden. Er beauftragte seinen Gesandten Dr. Albrecht Thümen, — welcher schon die Expectanz von 1564 vermittelt hatte, — beim Kaiser darüber Beschwerde zu führen. Der Kaiser erklärte unter Berufung auf den so eben erwähnten Vorbehalt, daß er Niemandes Rechte durch jenen Act verletzt habe, er sei nach wie vor bereit, die Anwartschaft auf Grubenhagen aufrecht zu halten, und er bestätigte sie auch mittelst Confirmationsbriefes d. d. Prag den 19. Mai 1571⁶.

Doch waren dies nicht die einzigen Beschwerden, welche Dr. Thümen damals vorzutragen hatte. Der Kurfürst von Brandenburg hatte die Erfahrung machen müssen, daß die vom Kaiser erteilten Angefälls-Verschreibungen auf einzelne Landestheile im Anhaltischen von einer sächsischen Expectanz, die früheren Datums war, fast völlig illusorisch gemacht wurde und größtentheils Herrschaften und Güter aufführte, die gar nicht mehr als solche existirten. Ebenso hatte der Kaiser trotz der vielen Verdienste des brandenburgischen Hauses dennoch dem Sohne Johann Georgs, Joachim Friedrich, der das Erzbisthum Magdeburg damals verwaltete, die Verleihung

der Regalien abgeschlagen, und Dr. Thümen, sowie die Geheimen Kammerräthe Arnim und Dr. Johann Koppen waren instruirte, als Ausgleichung für dies Alles das Kloster Celle, sowie die Herrschaften Beeskow und Storkow, oder statt derselben eine Expectanz auf das ganze Herzogthum Braunschweig-Lüneburg zu fordern. Die letztere Alternative galt, wie aus dem Zusammenhange der Instructionen hervorgeht, als ein Minimum, und keineswegs nur als Aequivalent für die durch die Urkunde von 1570 an Grubenhagen erlittene Verkürzung⁷.

Erst vier Jahre später fanden diese Vorstellungen bei Maximilian II. Gehör, und er gewährte dem Kurhause Brandenburg unterm 10. Juni 1574 endlich eine Expectanz auf sämtliche braunschweig-lüneburgische Lande⁸ für den Fall, daß der Mannstamm des dortigen Fürstenhauses ganz aussterben sollte. Im Eingange derselben Urkunde ist des Aufsechtingsrechtes Brandenburgs hinsichtlich der welfischen Gesamt-hand von 1570 besonders Erwähnung gethan und bemerkt, daß Kurfürst Johann Georg wegen seiner Verwandtschaft mit dem Hause Braunschweig-Lüneburg schonend in dieser Beziehung auftreten wolle. Der damals regierende Herzog Julius von Wolfenbüttel und der Herzog Franz Otto von Celle hatten nemlich Schwestern von Johann Georg geheirathet; eine Vaterschwester des Letzteren, die Gattin Erichs I. von Braunschweig-Calenberg, war die Mutter des damals regierenden Herzogs Erich des Jüngeren von Braunschweig-Calenberg, endlich war des Letzteren Schwester Anna Marie verheirathet gewesen an den alten Herzog Albert von Preußen aus der Anspachischen brandenburgischen Linie, den Vetter Joachims II.

Vielleicht war es Kaiser Maximilians Absicht, die Expectanz von 1574 als Aequivalent für den verzögerten Anfall Grubenhagens hinzustellen, es mag ferner in der Intention Johann Georgs gelegen haben, dafür die Gesamt-hand von 1570 gewähren zu lassen. Da die letztere aber nicht auch auf die Erben der Gesamtthänder gestellt war, so ist der

im Context der Expectanz von 1574 enthaltene Schluß, daß das brandenburgische Haus auf den Tod der Erben sämmtlicher welfischer Herzöge auch hinsichtlich Grubenhagens warten müsse, ein unrichtiger. Brandenburg hat niemals, am wenigsten unter Zustimmung der Agnaten, einen ausdrücklichen Verzicht auf die 1564 erlangten Rechte ausgesprochen; es hat niemals die eben angeführte kaiserliche Deduction gut geheißten; es hat sich durch die Expectanz von 1574 nur vorläufig beschwichtigen lassen, den im Lehnbriefe von 1570 ausdrücklich genannten Herzögen von Braunschweig und Lüneburg die Nachfolge in Grubenhagen nicht streitig zu machen; nach dem Tode dieser namentlich aufgeführten Belehnten aber hinderte Nichts, das erlangte Vorrecht zur Sprache zu bringen und vorbehaltlich der späteren Geltendmachung der größeren Expectanz von 1574 zunächst die Succession in das Fürstenthum Grubenhagen zu begehren.

Welches sind nun die durch die Belehnung von 1570 eingeschobenen braunschweig-lüneburgischen Berechtigten? Sie sind vorsichtigerweise in der angezogenen Urkunde einzeln aufgeführt; es sind folgende:

Wolfgang von Grubenhagen; dieser starb 1595.

Philipp von Grubenhagen; dieser starb 1596.

Julius von Wolffenbüttel; dieser starb 1589.

Erich von Calenberg; dieser starb 1584.

Wilhelm von Celle; dieser starb 1592.

Heinrich von Dannenberg; dieser starb 1598.

Otto von Harburg; dieser starb 1603.

Beim Aussterben des Hauses Grubenhagen 1596 lebten also nur noch zwei von den Gesamthändern. Heinrich von Dannenberg aber hatte schon mittelst Vertrages vom 13. September 1569 sich mit einer Apanage begnügt und sich nur den braunschweigischen, nicht aber den grubenhagenschen Anfall vorbehalten²⁰, und Otto von Harburg gelangte nie in den Besitz des heimgefallenen Fürstenthums, trat vielmehr seine

Rechte an die Nachkommen Wilhelms von Celle kurz vor seinem Tode ab^{9b}.

Diese Disposition sowohl, als Heinrichs Verzicht, der ebenfalls die von Wilhelm von Celle begründete jetzige hannoversche Linie begünstigte, sind bei der persönlichen Natur der durch den Lehnbrief von 1570 hervorgerufenen Rechte, die nicht ohne Weiteres auf die Erben übergehen konnten, für das brandenburgische Haus ganz irrelevant. Da nun außerdem alle nach 1570 für das welfische Haus ausgefertigten Lehnbriefe die Clausel enthalten, daß die Verleihung nur unbeschadet der Rechte Dritter erfolge, so kann es nicht befremden, daß trotz des Beschwichtigungsmittels (der Expectanz) von 1574 Kurfürst Johann Georg von Brandenburg acht Tage nach dem Tode Philipps II., des letzten Grubenhagen, unter abschriftlicher Mittheilung der Expectanz von 1564 an Herzog Heinrich Julius von Braunschweig einen Brief richtet, in welchem er das Fürstenthum Grubenhagen für sich und sein Haus in Anspruch nimmt und wörtlich Folgendes hinzusetzt⁹:

„er wolle solch habendes Recht nicht je hinten lassen, und er hoffe, Heinrich Julius werde sich mit ihm wohl darüber einigen.“

Herzog Heinrich Julius, der inzwischen Grubenhagen besetzt hatte, wagte es hierauf keineswegs, die von Brandenburg 1574 erlangte größere Expectanz als Aequivalent für die von 1564 hinzustellen, oder den Lehnbrief von 1570 auch für sich, als für den Sohn des mitbelehnten Herzogs Julius in Bezug zu nehmen, sondern er erwiederte nur mittelst Briefes vom 25. Juni 1596¹⁰:

„Kurfürst Joachim II. habe befremdlicher Weise ihn, der von Joachims Tochter im Jahre 1564 geboren worden, in demselben Jahre durch die Expectanz um sein Erbe geschmäleret, und er könne doch wohl erwarten, daß aus dieser verwandtschaftlichen Rücksicht Johann Georg auf seiner Forderung nicht bestehen werde.“

Wirklich ließen es Johann Georg und seine Nachfolger aus Wohlwollen gegen Heinrich Julius bei der Sache bewenden. Als aber Letzterer von seinen eignen Agnaten wegen Grubenhagens beim Reichskammergericht verklagt worden war, als die lüneburgischen Linien durch den Spruch vom 25. Februar 1617 in diesem Proceß obsiegten und des Verklagten Sohn und Nachfolger, Herzog Friedrich Ulrich, die betreffenden Gebiete räumen mußte, lag für das Kurhaus Brandenburg zu jener Nachsicht kein Grund mehr vor. Dasselbe ist weder zu dem beregten Proceß, noch zu den Recessen des lüneburgischen Hauses, die wir im vorigen Capitel erwähnt haben, bei der Theilung Grubenhagens zugezogen worden.

Alle diese Verhandlungen sind daher für Brandenburg völlig unverbindlich; die Erbtheilung der welfischen Linien hinsichtlich Grubenhagens war deshalb unbestreitbar auf einen ansehbaren Titel basirt. Unser heutiges Königshaus hat, wie oben gezeigt, 1596 gebührenden Protest wegen seiner Anrechte an Grubenhagen erhoben, und wenn die Wirren des 30 jährigen Krieges und die Sorge für die Erhaltung der angefallenen preussischen und jülich-cleve'schen Lande die volle Thätigkeit der Brandenburger bald anderweit in Anspruch nahmen, so hat es später an einer Gelegenheit gefehlt, die Expectanz von 1564 in einer entschiedeneren Weise geltend zu machen. So drängt sich denn heute die Frage auf, ob nicht das jetzt zum Aussterben sich neigende Herzogthum Braunschweig-Wolfenbüttel als Ausgleichung für das uns seit mehr als zwei Jahrhunderten entzogene Fürstenthum Grubenhagen seiner Zeit in Anspruch genommen werden könnte?

Das Herzogthum Braunschweig-Wolfenbüttel wird an Flächeninhalt die ehemaligen Grubenhagenschen Besitzungen wenig übertreffen; es besteht zum Theil auch heute noch aus Ländereien, die es für seinen angeblichen Erbtheil an Grubenhagen zum Austausch erhalten hat, und den andern Theil des Herzogthums Wolfenbüttel kann Hannover schon darum missen, weil dieses die andre Halbscheid-Quote an

Grubenhagen geerbt, d. h. durch den 1570 dem Hause Brandenburg gespielten Streich mit einigem Schein des Rechts erworben und bei dieser Gelegenheit das ganze Grubenhagensche Land eingetauscht hat.

Die Streitfrage, ob die Auflösung des deutschen Reichs 1806 die kaiserlichen Expectanzen, wie hier die Grubenhagensche, ungiltig gemacht habe, reicht an das Privilegium von 1564 gar nicht hinan. Der in demselben vorgesehene Fall ist im Jahre 1596, also mehr als zwei Jahrhunderte vor dem Aufhören des Reichsverbandes eingetreten; Preußen würde also, wenn es jetzt mit Ansprüchen aus der Grubenhagenschen Expectanz hervorträte, nur einen Rechtstitel erquiren, hinsichtlich dessen schon 1596 *actio nata* vorlag.

Und wenn Preußen es nicht rathsam, oder trotz der andern Erbfolgefundamente, von denen weiter unten die Rede sein wird, nicht geeignet fände, diesen Anspruch im vollen Umfange zur Contestation zu bringen, so kann es wenigstens soviel von Braunschweig-Wolfenbüttel eintretendenfalls begehren, als dessen einstige Quote an Grubenhagen bei richtiger Vertheilung betragen haben würde. Denn mit richtigem Maas hat das Haus Celle nicht einmal gemessen, wenn es sich um Auseinandersetzungen mit den eignen Agnaten handelte.

Fünftes Capitel.

Die Competenz des Kaisers und die späteren Bestätigungen beider Expectanzen.

Bevor wir in unserer Untersuchung weiter fortschreiten, ist zunächst die Frage zu beseitigen, ob denn Maximilian II. als Kaiser zur Ertheilung der Privilegien von 1564 und 1574 befugt war.

Vor dem Beginn des 16ten Jahrhunderts war die Competenz des Kaisers zur Weiterverleihung heimgefallener Reichsgüter keinem Bedenken unterworfen. Es wird uns schon aus der Zeit Kaiser Heinrichs III. mehrfach der Fall berichtet, wie der Kaiser dem Grafen Berchtold v. Zähringen eine Expectanz gegeben, beim Heimfall aber einen Andern beliehen und deshalb nicht umhin gekonnt habe, den Grafen Berchtold vollständig zu entschädigen¹! — Das schwäbische Landrecht sagt sogar ausdrücklich:

„der König soll kein Fahrenlehen in seiner Gewalt haben Jahr und Tag; er soll es hinleihen.“

Die goldene Bulle gebot hinsichtlich der Kurfürstenthümer Aehnliches mit folgenden Worten²:

„were auch, daß etlich desselben Fürstenthum dem Reich lebig wurde, von dem soll der Kaiser oder römisch König, der zu der Zeit ist, fürsehen, als von den Dingen, das an jene und das Reich mit Rechte angefallen ist.“

Die Habsburgischen und die Luxemburgischen Kaiser erkannten

in der Befugniß zu solchen Beleihungen ein bequemes Mittel, ihre Hausmacht auf Kosten des Reichs zu vergrößern; auf dieselbe Weise gelangte ja auch die Mark Brandenburg geraume Zeit unter bairische und luxemburgische Herrscher. Statt die Lehen zum Besten des Reichs zu verwenden, gaben die Kaiser sie ihren Angehörigen hin, ja es sind Fälle vorgekommen, wo die Kaiser selbst sich damit beliehen und so den Lehnsherrn und den Vasallen in Einer Person repräsentirten.

Bei der Wahl Carls V. nahmen deshalb die Kurfürsten Veranlassung, diesem Unwesen durch eine gesetzliche Bestimmung zu steuern, und Kaiser Carl V. mußte deshalb in seiner Wahlcapitulation den Satz unterschreiben³:

„daß heimfallende Reichslehen, wenn solche etwas Merklisches eintragen, nicht weiter verliehen, sondern als Reichsvermögen eingezogen werden sollen.“

Seit dieser Zeit findet sich derselbe Satz in sämtlichen Wahlcapitulationen der späteren Kaiser wieder⁴. Zwar ist bis zum 17. Jahrhundert die Bezüglichkeit des angegebenen Verbots auf Expectanzverleihungen, d. h. auf Versprechen, künftig leihen zu wollen, nicht mit klaren Worten ausgesprochen; ohne Zwang jedoch läßt sich hieraus ein Vorbehalt der Kaiser zu Gunsten der Expectanzen nicht folgern. Erst seit der Wahlcapitulation Ferdinands II. sind auch die Expectanzen in bestimmtester Fassung als unzulässig erklärt⁵.

Auch Kaiser Maximilian II. hat eine gleiche Einschränkung bei seiner Wahl anerkennen müssen, wie Carl V., und es könnte deshalb der aus den Expectanzen von 1564 und 1574 für Brandenburg erwachsene Rechtsanspruch wegen Incompetenz des Kaisers angefochten werden.

Dieser Annahme steht jedoch eine jahrhundertelange Praxis und ein durch die Reichsobservanz festgestellter Satz entgegen. Es lag im Zweck und im Geist der mehrangeführten Bestimmung, daß dadurch unnützen Verschleuderungen und ungerechtfertigter Freigebigkeit der Kaiser hinsichtlich des

Reichsvermögens vorgebeugt werden sollte. Ein solcher Vor-
sichtsgrund lag nicht vor, wo die Belehnung oder Expectanz
sich auf ein Verwandtschaftsverhältniß zum ersten Erwerber
des Lehns stützte, wo Verdienste um Kaiser und Reich den
Grund des Privilegii abgaben, oder wo sonst die Kurfürsten,
sei es stillschweigend oder durch sogenannte Willebriefe, ihre
Zustimmung erteilten. Beim Vorliegen solcher Gründe wurden
des Kaisers Zusagen respectirt, und seine Regierungsnach-
folger hielt man an dieselben gebunden⁶. —

Daß nun im vorliegenden Falle derartige privilegierte
Verleihungsgründe für beide brandenburgische Expectanzen
vorlagen, ist in den beiden vorangegangenen Capiteln gezeigt
worden; es ist keinem der Kurfürsten je eingefallen, Wider-
spruch gegen dieselben zu erheben, und die Nachfolger Maxi-
milian II. haben dieselben theils ausdrücklich, theils durch
die in jeder Wahlcapitulation wiederkehrende Clausel aner-
kannt, daß die bisher rechtsbeständig erworbenen Privilegien
bestätigt werden⁷. Eine specielle Erwähnung der branden-
burgischen Anrechte auf die braunschweigischen Lande finden
wir ferner in dem bekannten Gerarschen Hausvertrage, der
am 16. Jult 1603 zur vollständigen Perfection gelangte und
mit seinem ganzen Inhalt die kaiserliche Genehmigung erhielt⁸.
Auch in den Lehnbriefen Leopolds I. von 1661⁹ und 1697¹⁰
sind ähnliche kaiserliche Anerkennnisse enthalten, wie Zacharias
Zwanzig, der dieselben eingesehen, berichtet. Der eben citirte,
wenig gekannte und höchst bedeutende Schriftsteller, der für
die preußische Geschichte unendlich wichtige Mittheilungen bringt,
dabei aber — soviel ersichtlich — nur in drei Handschriften
erhalten ist, erwähnt jedoch noch einer, wie er es nennt,
„favorablen Clausel“, welche sich in Leopolds allgemeinem
Lehnbrief für das brandenburgische Haus von 1699 vor-
findet¹¹, und welche dahin lautet:

„das Haus Brandenburg werde mit allen bisher er-
langten Rechten und Anwartschaften beliehen.“

Dieses eine Wort „beliehen“ ist juristisch von höchster Wich-

tigkeit. Während nemlich in früherer Zeit eine Investitur in Folge vorher ertheilter Expectanzen mittelst feierlichen Actes erst dann erfolgte, wenn der Heimfall des betreffenden Lehns schon erfolgt war und nun die traditio zu dem früheren Rechtstitel hinzutreten sollte: hat sich nach und nach hiervon die doppelte Abweichung entwickelt, daß an Stelle der feierlichen Investitur eine Beleihung durch Lehnbriefe erfolgte, und daß dieselbe schon im Voraus, vor erlangtem Anfall, ausgesprochen wurde.

Die juristische Kunstsprache bezeichnet eine solche anticipirte Beleihung als eine *investitura eventualis et abusiva*. Diese gewährt dem Vasallen das Recht, sich in dem vorgesehenen Falle selbst in den Besitz des Lehns zu setzen, und wenn also hier der Einwand erhoben werden sollte, Preußen habe durch die Privilegien von 1564 und 1574 nur ein Recht auf Beleihung, zu dessen Verwirklichung der Oberlehnherr jetzt fehle, so könnte dieser Einrede u. A. durch die anticipirte, wenn auch allgemein gefaßte, Beleihung von 1699 begegnet werden.

Nachdem wir das Rechtsverhältniß bis hieher entwickelt haben, werden uns auch die Worte der Instruction verständlich, welche Kurfürst Johann Georg seinen Unterhändlern am Hofe Maximilians II. mitgab¹², als er die beiden Expectanzen schon erhalten hatte:

„ist es auch die Angefälls-Verschreibung nicht blos allein, daß sie das Gedinge giebet und man in die Versamlung zugleich mit einverleibt wäre, — dadurch noch beständiger und kräftiger zu machen, welches künftig in Acht zu haben.“

Die Rechte der gesammten Hand freilich hat Brandenburg in Beziehung auf jene Anwartschaften nie erlangt, die eben erwähnte Instruction aber zielt, wie man sieht, darauf ab, die aus der Expectanz gewonnenen Rechte immer mehr zu verstärken. Wir haben bereits gesehen, wie dies in spä-

terer Zeit theilweise gelang. Die in den Wahlcapitulationen der Nachfolger Leopolds I. ebenfalls wiederkehrende Confirmationsclausel für die früher erworbenen Privilegien ist selbstredend auch auf die 1699 erfolgte Corroboration der Anwartschaften Preußens, insbesondere der von 1564 und 1574 zu beziehen.

Sechstes Capitel.

Das Verhältniß des heutigen Herzogthums Braunschweig zu dem welfischen Gesammthause, und die älteren und neueren Erbfolgebestimmungen innerhalb des letzteren.

Die beiden Herzöge Julius und Heinrich Julius von Braunschweig-Wolfenbüttel, denen wir im Verlaufe dieser **Anlage II. B.** Abhandlung begegneten, sind nicht Ahnherrn der heutigen Herzöge von Braunschweig. Sie stammen vielmehr aus der mittleren braunschweigischen Linie, die während des größten Theils des 16. Jahrhunderts in die Unterlinien Wolfenbüttel und Calenberg zerfiel, welche Theilung erst mit dem Tode Erichs II. von Calenberg, 1584, zu Gunsten der ersten Unterlinie sich erlebte.

Wir haben schon in der Einleitung angemerkt, daß das heutige Haus Braunschweig-Wolfenbüttel seinen speciellen Ahnherrn in Heinrich, dem Sohne Ernsts des Bekenners hat. Das entscheidende Jahr, welches wir für die Anschaulichkeit der hier zu betrachtenden Verhältnisse festhalten müssen, ist das Jahr 1569. Am 13. September desselben ward nemlich zwischen Heinrich einerseits und Wilhelm, dem Ahnherrn des heutigen Hauses Hannover, andrerseits, mit Hinzuziehung der Landstände und eines Ausschusses gemeiner Stände, ein Vergleich dahin geschlossen: daß Heinrich für sich und seine Erben unwiderruflich den ihm gebührenden Antheil an dem

Fürstenthum Lüneberg seinem Bruder Wilhelm abtrat, jedoch sich den Rückfall vorbehielt, falls letzterer ohne männliche Erben abgehen, oder wenn durch tödtlichen Abgang der Vettern aus der mittleren Linie das Fürstenthum Braunschweig erledigt werden würde¹. Heinrich erhielt dafür als schuldenfreie Apanage Amt und Propstei Dannenberg, sowie Scharneberg und lebenslänglich die Jagd an der Görde. Nach Wilhelms 1592 erfolgtem Tode setzte es Heinrich durch², daß ihm als fernere Abfindung die Ämter Hitzacker, Lüchow, Warpe und das Haus Gumbse überwiesen, ferner ihm das Recht zur Fräuleinsteuer, zur Schatzung und ein (vom Kaiser auszufertigendes) Privilegium de non appellando Seitens der Celle'schen Agnaten zugestanden wurde. Die heutige wolffenbüttelsche Linie benannte sich damals nach dem Amt Dannenberg, auch wohl nach der Herrschaft Hitzacker (seit 1592). Die Ämter Dannenberg, Hitzacker, Lüchow und Scharneberg, sowie das in Folge der Grubenhagenschen Erbschaft erworbene Wustrow vertauschten 1671 die Nachkommen Heinrichs an die Celle'sche Linie gegen die alleinige Herrschaft über die Stadt Braunschweig mit ihren Stiftern St. Cyriaci, Blasii und Aegidii, sowie der Abtei Walkenried³. — Zu diesen Gebietsstücken hatten sich nun zufolge des im Vertrage von 1569 gemachten Vorbehaltes und der Reccessen über Grubenhagen u. zwei andre Elemente gesellt.

Als nemlich das mittlere Haus Braunschweig 1634 ausgestorben war, hinterließ es die beiden Fürstenthümer Wolfenbüttel und Calenberg. Mittelft Reccesses vom 14. December 1635 wurde Wolfenbüttel an die Dannenbergische Linie überwiesen, die von nun an als das neuere wolffenbüttelsche Haus auftritt. Dasselbe erhielt nach dem 1642 erfolgten Absterben der Harburgisch-lüneburgischen Unterlinie auch die Grafschaft Blankenburg zugetheilt, welche aus der Erbschaft von 1634 an Harburg überwiesen worden war. —

Alles dies ist im Wesentlichen heute noch der Grundstamm der Besitzungen der Herzoge von Braunschweig-Wolfenbüttel.

fenbüttel, welche nach bevorstehendem Abgang der dortigen Mannesproffen, von Hannover in Anspruch genommen werden.

Die hannöversische Linie gründet nun ihre Ansprüche auf eine Reihe alter Erbverträge unter den verschiedenen Linien und auf mehrere Successions-Vorbehalte bei stattgefundenen Landestheilungen, principaliter aber auf seine agnatische Verwandtschaft mit der braunschweigischen Herzogslinie.

Untersuchen wir jetzt näher die Natur dieser Argumente, indem wir im Auge behalten, daß die Theilungen unter Albert und Johann, den Söhnen Otto's des Kindes, und die Untertheilung zwischen den Söhnen Alberts, welche im 13. Jahrhundert (1267 und 1279) stattfanden, Theilungen gewesen sind, so daß ein gegenseitiges Erbrecht erst wieder neu stipulirt werden mußte. Die Verträge von 1286⁴ und 1290⁵ zwischen Albert von Göttingen und Wilhelm von Braunschweig sind beziehungslos geworden durch Wilhelms kinderlosen Tod und durch den wirklich erfolgten Anfall seiner Besitzungen an Albert von Göttingen.

Ein eigentliches Hausgesetz in der welfischen Gesamtfamilie existirt überhaupt nicht; man hat dafür das Pactum von 1355 zwischen Wilhelm von Lüneburg und Magnus I. von Braunschweig, insbesondere die bekannte Urkunde:

„Herzogs Magni, Enkel Otten's des Kindes, Dispositio und Fideicommissum, daß das Herzogthum Braunschweig-Lüneburg nicht getheilt werden, und Einer allein regieren solle de anno 1355.“

Anlage III. G. anführen wollen, ihr Inhalt ergibt aber, daß nur ein Erbvertrag zwischen der braunschweigisch-göttingischen älteren Speciallinie und dem älteren lüneburgischen Hause errichtet werden sollte, welcher natürlich mit dem Jahre 1369, in welchem das letztere ausstarb, auf einen pacificirenden Theil reducirt und dadurch nicht weiterhin bestimmend wurde. Dasselbe gilt von dem Vertrage zwischen Otto dem Strengen von Lüneburg und Albert II. von Göttingen vom Jahre 1292. —

Das noch frühere Testament desselben Magnus I. vom Jahre 1351, welches dahin lautete^o:

„dat Junczherr Ludwīg, User Sohn, na Usern Dode de Herschop tho Brunswig und na Users Bettern Dode de Herrschop tho Lüneburg, thosamende hebben schall ungedelet und schall der twier Herschop er rechter Herr bliven, ohne einerley Ansprache siner Bröder User Söhne.“

enthält eine singulare Disposition, die durch den frühen Tod des Prinzen Ludwig sich von selbst erledigte, und welche — allgemein angewandt — vielmehr die Einsetzung eines Seniors als eine Erbverbrüderung unter den abgetheilten Linien enthalten würde. Das Testament von 1351 ist deshalb auch von den welfischen Herzögen selbst niemals als eine maßgebende Norm angesehen worden. —

In den Jahren 1345, 1355 und weiterhin bis zur Constitution der mittleren braunschweigischen und mittleren lüneburgischen Linie, d. h. während und nach beendetem lüneburgischen Erbfolgekriege (1388), wurden unter den Erben Magnus' I., d. h. unter den Nachkommen der älteren braunschweigischen Linie, und zwar 1370, 1374, 1388, 1394, 1401, 1407, 1409, 1414, 1415, eine ganze Reihe Theilungs- und Successionsverträge errichtet¹. Da jedoch die pacificirenden Fürsten auch nach dem Erbfolgekriege mehrfach den Besitz der braunschweigischen und der lüneburgischen Gebiete mit einander tauschten, die vorgenommenen Theilungen auch nur provisorische und kurze Dauer hatten und erst im Jahre 1428 zu einem Abschluß gelangten; so können diese Verträge auf die heutige Successionsfrage nicht mehr bestimmend wirken: sie betrafen einmal andre Objecte, dann aber wurde ihnen durch den definitiven Theilungstractat von 1428 derogirt, der überhaupt mit Rücksicht auf die durch ihn erfolgte Constitution zweier ganz neu bestimmter Landesgebiete und Landesherrschaften gegenüber allen Erbverträgen früheren Datums von absolut novirender Wirkung ist².

Der letztere Vertrag stipulirte allerdings eine gegenseitige Erbfolge der beiden mittleren welfischen Hauptlinien, eine gleiche reciproke Clausel enthielten die späteren Verträge unter denselben Häusern⁹ von 1433, 1442 und 1446, sowie die Pfand- und Ueberlassungs-Verträge über das Herzogthum Göttingen¹⁰ von 1450, 1460, 1468, 1512. — Aber ebenso wohl diese Abkommen¹¹, als die innerhalb der mittleren braunschweigischen Linie wegen der Absonderung von Calenberg in den Jahren 1431, 1432, 1473, 1483, 1487, 1489, 1494, 1495, sowie die behufs Einführung der Primogenitur und Feststellung der inneren Landesgrundgesetze von 1514 bis zum Pactum Henrico-Wilhelmianum vom 16. November 1535 getroffenen Uebereinkünfte¹² haben selbstredend ihre fernere erbrechtliche Wirksamkeit mit der Erreichung ihres Zieles verloren, als 1584 die Linie Calenberg mit Erich dem Jüngern und 1634 die ganze mittlere braunschweigische Linie in dem Herzoge Friedrich Ulrich ausstarb, und die Nachkommen des mittleren lüneburgischen Hauses auf Grund der oben aufgezählten Verträge sich in die hinterlassenen Lande theilten. Gleiches gilt von dem Testament Herzogs Julius von Wolfenbüttel aus dem Jahre 1582 hinsichtlich der in demselben über die Erbfolge getroffenen Bestimmungen.

Bestünde über die Richtigkeit dieser Ausführung irgend ein Zweifel, so wird er widerlegt durch die eigenen Deductionen der Vorfahren des Königs von Hannover. Als nemlich nach dem Aussterben des Grubenhagenschen Hauses die Linien Dannenberg und Celle (letzteres zugleich für Harburg) über die Theilungsprincipien stritten und in den gegenseitigen Streitschriften auch die Rechtsverbindlichkeit der alten Erbverträge discutirten, außerdem sich die Repräsentanten, bezüglich Agnaten des Celle'schen Hauses ihrerseits wörtlich wie folgt¹³:

„Wenn auch der Vertrag von 1374 richtig sei, so habe es doch seine besonderen Ursachen gehabt, warum Herzogs Magni Torquati Söhne ihre damalige ge-

ringe Landesportion nicht haben theilen wollen; sobald sie aber wieder mehr Land erlangt, hätten sie diesen Vertrag wieder aufgehoben, wie sie wohl gekonnt. Ein Gleiches sei von dem anno 1415 eingegangenen, aber durch die Haupttheilung von 1428 wieder cassirten Vertrag zu sagen, zumal beide Verträge de 1374 und 1415 nicht vom Kaiser bestätigt worden seien. Das Pactum von 1535 selbst aber gehe nicht auf die Agnaten, binde sie mithin auch nicht, wie denn die Paciscenten ihre in diesem uralten Reichs- und Stammlehen succedirenden Agnaten nicht haben verbinden können, zumal sie die Sammtbelehnung und Eventualhuldigung für sich haben."

Diese letztere Argumentation führt auch für uns zu einem entscheidenden Gesichtspunkt. Wir haben es hier nach wie vor mit einem Reichslehen zu thun, für dessen Successionsverhältnisse die Kaiserlichen Lehubriefe die erste, die Familienerbverträge erst der zweite Factor sind. Innerhalb der letzteren sind Specialverträge unter einzelnen Familiengliedern und sogenannte Hausgesetze wohl zu sondern. Zwischen beiden stehen die Verträge unter den einzelnen gentes innerhalb der Gesamtfamilie, welche jedesmal mit dem Aussterben der einen contrahirenden gens ihr natürliches Ende finden. — Von der ersteren und von der dritten Art sind alle bisher aufgeführten Pacta; unter die letztere Kategorie gehört namentlich der Vergleich von 1527 zwischen Otto von Harburg und Ernst zu Celle, in welchem Jener unter Stipulation eines Erbückfalles dem Letzteren seine Regierungsrechte überließ.

Das von hannöverscher Seite als Hauptgrundgesetz für die welfische Dynastie mehrfach citirte Testament Friedrichs des Frommen, des Sohnes Bernhards I., vom 15. Februar 1477 hat niemals die Kraft eines Hausgesetzes erlangt, welches für die heutige in allodiale Zeiten fallende Successionsfrage noch bindend sein könnte: dasselbe ist nicht mehr noch

mindest als eine einseitige Verfügung, die übrigens nach der Intention des Testators eine in perpetuum wirkende Successionsordnung zu schaffen gar nicht bestimmt war und von der neueren braunschweigischen Dynastie, soviel bekannt, niemals als noch maßgebende Richtschnur anerkannt worden ist. Die Hausgrundgesetze endlich im Hause Hannover, welche durch die Testamente Herzog Georgs und Kurfürst Ernst Augusts vom 20. März 1641 resp. 23. October 1698 geschaffen worden, haben das Land Braunschweig-Wolfenbüttel niemals mitverbinden können¹⁴. Zu einem förmlichen Hausvertrag hätte die Respectirung aller durch die Lehnsnatur des Herzogthums Braunschweig-Lüneburg gebotenen Curialien und Formalitäten gehört, die solenne Bestätigung durch den Kaiser vor Allen, und dann die Zuziehung sämmtlicher lebender Agnaten der ganzen welfischen Familie. — An diesen Requiriten fehlt es aber hier überall, und so macht denn Havemann, der welfische Historiograph, dessen Geschichtswert hannoverscherseits als Autorität und bündigste Quelle recipirt ist, gelegentlich des Erbschaftsanfalles von 1634 kurzum folgendes Zugeständniß¹⁵:

„In dem wolffenbüttelschen Fürstenthum war freilich das Recht der Erstgeburt und die Untheilbarkeit des Landes längst zur Geltung gelangt (d. h. in der mittleren braunschweigischen Linie); im lüneburgischen dagegen (und die heutigen Welfen stammen Alle aus dieser mittleren lüneburgischen Linie ab), sei den hierauf bezüglichen Verträgen und Verfügungen so vielfach zuwidergehandelt worden, daß sie schwerlich als Grundlage der Entscheidung betrachtet werden könnten.“

Wir sind hiermit bei dem Resultat angelangt, daß auch für die heutigen beiden welfischen Häuser ein älterer Vertrag, der vor Gründung dieser Linien her ein wirksames Successionsrecht jetzt äußern könnte, nicht ersündlich ist. Demnach könnte sich die Nachfolge Hannovers im Herzogthum Braunschweig nur auf Constitutionen oder Erbrechtsvorbehalte seit

Gründung der neuen Linien stützen, oder im Zusammenhange mit dem alten Lehnshande auf die gemeinschaftliche männliche Abstammung von Ernst dem Bekenner und auf die diesfälligen Festsetzungen der heutigen braunschweigischen Verfassung.

Erörtern wir zunächst die erste Alternative. Wir haben oben das Jahr 1569 als Ausgangspunkt für die Abtrennung der heutigen wolffenbüttelschen Linie kennen gelernt und eine Reihe von Vergleichs- und Austausch-Abkommen überblickt nach denen die heutige Gestaltung des Herzogthums Braunschweig allmählich erfolgt ist. Dieselben Verträge müssen wir hier mit der Frage durchgehen, welche Successionsrechte, da mehrere der stattgefundenen neuen Theilungen die gesammte Lehnshand zu brechen im Stande waren, bei denselben zu Gunsten Hannovers vorbehalten geblieben sind?

Der Vergleich vom 13. September 1569 enthält keinen Successionsvorbehalt der Celle'schen Linie hinsichtlich der dannenbergischen Besitzungen; ein solcher war aber auch gar nicht ausdrücklich nöthig, weil auf die von Heinrich gestiftete Linie die Regalien nicht vollständig übergingen, und der Lehnverband dem Herzog Wilhelm von Celle besonders reservirt wurde¹⁶. Es ist merkwürdig, daß dieser das Haus Celle (Hannover) so sehr begünstigende Vertrag vom Kaiser ebenfalls 1570 zu Prag bestätigt wurde, in demselben Jahre, wo die welfische Intrigue wegen Grubenhagens zu Prag fertig gesponnen ward.

Der Vertrag von 1592 ändert Nichts in diesem Rechtsverhältniß, als daß er noch mehrere Herrschaften, insbesondre Hixader zu der Dannenbergischen Apanage hinzulegte, und wenn er auch der letzteren Linie das Recht zur Fräuleinsteuer, eigne Appellation und Schatzung in ihren Besitzungen zugestand, immer blieb der Kern der Regierungsrechte bei der Celle'schen Linie. Bis dahin also unterliegt deren Successionsrecht nach dem Aussterben der dannenbergisch-hixaderschen Mannslinie an sich keinem Bedenken.

Mit der auf eine bloße Parage zurückgezogenen Stellung Heinrichs und seiner nächsten Nachkommen hängt es auch zu-

sammen, daß in den ersten Recessen über die Theilung Grubenhagens für sie nicht Ländereien, sondern zunächst Geldrenten festgesetzt sind, die erst später dem Eintausch liegender Realitäten wichen.

Anlage C. III. Anders aber wird die Sache, als 1634 die mittlere braunschweigische Linie ausstirbt, und durch den Hauptdistri-
butionsvertrag vom 14. December 1635 unter Zuziehung der beiderseitigen Agnaten das Land Wolfenbüttel an das Haus Dannenberg mit voller Landeshoheit überging. Hiermit war wieder mehr als eine bloße Nutzungsabsonderung, d. h. eine wirkliche und totale Theilung gegeben, bei der es galt, durch Successionsvorbehalte die Folgen der Abscheidung wieder aufzuheben. Um der Wichtigkeit dieses Documentes willen ist eine extractweise Abschrift davon dieser Abhandlung beigegeben. Einige Schwierigkeit macht darin die Interpretation des §. 2. — Es heißt dort:

„daß darum die Fürstenthümer nicht zerrüttet und dismembrirret, oder in so viele Theile zerrissen, sondern ein jedes, sowohl das wolffenbüttelsche, als das calenbergische Fürstenthum in seiner Consistenz, jedoch ohne einiges Präjudiz des fürstlichen Hauses und der Successionen, verbleiben und zusammenbehalten, und zwo fürstliche Regierungen, eine ins Fürstenthum Wolfenbüttel, die andre ins Fürstenthum Calenberg angestellet werden sollen“. —

Was heißt die Stelle: „ohne einiges Präjudiz des fürstlichen Hauses und der Successionen?“ Sie steht im Gegensatz nicht zu der Zersplitterung der Fürstenthümer Wolfenbüttel und Calenberg unter die vielen in §. 1 genannten Agnaten, denn dieser soll eben durch den Vertrag vorgebeugt werden; vielmehr ist sie der Gegensatz zu der Bestimmung, daß jedes der beiden Fürstenthümer in seiner Consistenz verbleiben solle. Auch ist nicht von einer Familiensuccessionsordnung, welche beide Fürstenthümer fortan umfassen soll, die Rede, sondern von Successionen im

Plural, d. h. jedes der beiden Fürstenthümer soll ein besonderes Ganzes bilden, deren eines an Dannenberg, das andre an Celle fällt, und in jede dieser beiden Totalitäten soll eine besondere Succession stattfinden, je nach der gentilitischen Specialerbsfolge.

Daß dies, und nicht etwa eine gegenseitige eventuelle Erbesetzung, der Sinn dieser Stipulation ist, kann auch daraus ersehen werden, daß beide Linien für gut finden, sich im §. 3 die Succession in den Harburgschen besonderen Erbschaftsantheil mit ganz anderen klaren Worten ausdrücklich zu reserviren. Hätte ein solcher Vorbehalt auch für die beiden Fürstenthümer Wolfenbüttel und Calenberg errichtet werden sollen, so würde sich dies wohl in dem Document mit deutlichen Worten haben angeben lassen. Die allegirten Worte beziehen sich vielmehr hauptsächlich auf den im Celle'schen Hause im Verein mit den Landständen am 3. December 1610 geschlossenen Vertrag¹⁷, daß das Fürstenthum Lüneburg bei Herzog Ernst und dessen Nachkommen, und also stets und allezeit bei Einem regierenden Fürsten unzertrennt und ungetheilt verbleiben solle.

Eine in die inneren Verhältnisse der Fürstenthümer Calenberg und Wolfenbüttel eingehende Uebereinkunft vom 11. December 1636, ebenso auch der Receß von Peina vom 7. März 1637 über die Antheilsrechte an den geistlichen Stiftern zu Braunschweig, der Hildesheimische Vergleich vom 12. Mai 1649 über den Communionsatz und der hannöversische Receß vom 13. Mai 1653 wegen des von Friedrich Ulrich hinterlassenen Allodialgutes, insbesondre des Salzwerks zu Salzliebenhalle, — enthalten durchweg keine gegenseitigen erbrechtlichen Bestimmungen¹⁸. Der braunschweigische Receß vom 17. Mai 1651 über die Harburgische Succession setzt Anlage III. D. dagegen hinsichtlich der Grafschaften Reinsten und Blankenburg, welche an Wolfenbüttel überlassen werden, den eventuellen Rückfall an die cellische Linie ausdrücklich fest. Es fehlt aber zu diesem Abkommen der Consens der damals lebenden wolfenbüttelschen Agnaten, z. B. des nachmaligen

Herzogs Rudolph August von Braunschweig. Der Vertrag der Gebrüder Christian, August, Friedrich, Magnus, Georg und Hans, Herzöge von Celle, vom Jahre 1611, das Abkommen zwischen Herzog Georg Wilhelm und Christian Ludwig vom Jahre 1646, und der sogenannte Hildesheim'sche Receß vom 2. September 1665 betreffen nur die Celle'sche Linie allein, können also auf das Herzogthum Braunschweig-Wolfenbüttel nicht angewandt werden¹⁹.

Anlage III. E.

Gegenseitige Erbfolge-Reservationen treten aber ferner auf mit dem Tausch- und Auseinandersetzungsvertrage vom 6. Mai 1671, geschlossen zwischen Rudolph August von Braunschweig-Wolfenbüttel und Georg Wilhelm von Celle. Es ist dies derselbe Vertrag, mittelst dessen die Ämter Sitzacker, Dannenberg, Wüstrow, Büchau und Scharnebeck gegen das volle Eigenthum über Braunschweig nebst den drei geistlichen Stiftern und Zubehör vertauscht worden sind, bei welcher Gelegenheit im § 3. Georg Wilhelm für sich und seine Nachfolger den Rückfall der letztgedachten Realitäten für den Aussterbefall des anderseitigen Mannsstammes ausbedungen hat. Spätere Abkommen²⁰ vom 16. Mai 1671, 16. Juli 1671, 29. Juli 1673 und 30. August 1679 betreffen, ohne daß ein Erbfolgeverbehalt in ihnen vorkommt, die geringeren Ausgleichungen, welche der oben erwähnte Tausch zur Folge hatte, z. B. die Abtretung der Dörfer Bornum und Nieseberg an die Celle'sche Linie.

Die umfangreichste und ausdrücklichste gegenseitige Successions-Einsetzung erfolgte bei Gelegenheit der im Jahre 1689 für die braunschweigischen Linien eröffneten Nachfolge in das

Anlage III. F.

Herzogthum Lauenburg im Receß vom 17. Januar 1706, geschlossen zwischen Georg Ludwig von Hannover (nachmaligem König Georg I. von England) und dem Herzoge Anton Ulrich von Braunschweig. Im §. 1 dieses Vertrages wird von beiden Herzögen, während Anton Ulrich das ganze Herzogthum Lauenburg an Hannover überließ, die Stipulation gemacht, daß sie sich jeder an sämtlichen Besitzungen der anderen Linie die gesammte Hand und den Rückfall in eventum vorbehalten. —

Wie sehr sich Anton Ulrich, der von Georg mit Gewalt zu einer Jenem zusagenden Politik gezwungen war, gegen die Unterschrift dieses Abkommens gesträubt hat, wie groß der Widerwille und die Eifersucht war, mit der die ältere, braunschweigische Linie die neuerlangte Kurwürde des jüngeren Hauses betrachtete; wie Anton Ulrich selbst Verbindungen mit Frankreich nicht gescheut hat, um sich der drohenden Ueberflügelung durch das anverwandte hannöversische Haus zu erwehren, — ist allbekannt. Man bedenke, daß das Haus Braunschweig-Wolfenbüttel in allen Erbfällen in der Familie nach dem Aussterben von Grubenhagen, Braunschweig mittlerer Linie und Harburg gerade ebenso nahe verwandt war, als das Haus Celle-Hannover; man vergleiche auf der Karte, wie diese ursprüngliche Gleichberechtigung bei der wirklichen Theilung nichts weniger als respectirt worden, was für Ländercomplexe Hannover im Laufe der Zeit erworben und auf welch unscheinbaren Rest der Antheil Braunschweigs abgeschwächt worden ist, um das noch im ersten Decennium des vorigen Jahrhunderts von dem alten Zacharias Zwanzig in dem bereits angeführten Werk niedergeschriebene Wort erklärlich zu finden ²¹:

„ist nicht mehr ein so großes Vertrauen zwischen Wolfenbüttel und Hannover, als ehemals gewesen, und ist die vis domus antio divisa wegen innerlicher jalousie, und ist Wolfenbüttel wohl mehr brandenburgisch als hannöversisch.“

Da nun der Erbvorbehalt Hannovers von 1671 kein totaler ist, sondern sich auf die Stadt Braunschweig und die 3 Stifter beschränkt, die in jenem Vertrage an die andre Linie hingegeben wurden, und da weder zu diesem Abkommen, geschweige zu dem von 1706, die wolfenbüttelschen Agnaten zugezogen worden sind, so sind alle vorausgeführten Verträge für Preußen nicht präjudicirlich und für die jetzige Successionsfrage um so weniger entscheidend, als dadurch die Wir-

fungen der einmal geschehenen Todtheilungen nicht aufgehoben werden konnten.

Es fragt sich deshalb nur noch, ob nicht wenigstens das dritte der oben angeführten Bindemittel zu Gunsten Hannovers vorhalten sollte: die auf Grund des agnatischen Verwandtschaftsverhältnisses conservirte gesammte Lehnshand und die etwa auf diesem Wege erfolgte Unkräftigmachung der erwähnten Todtheilungen, sowie die Hannover begünstigende Bestimmung des §. 14 der braunschweigischen Verfassung von 1832.

Dies sind die letzten Verfestigungen, mit denen wir uns den hannöverschen Ansprüchen gegenüber auseinanderzusetzen haben, und hierin hat der geschichtliche Verlauf der Dinge in Deutschland und die Auflösung des Reichsverbandes dem preussischen Hause und seinen Rechten erheblich vorgearbeitet. Doch zunächst müssen wir hier eine andre Betrachtung anknüpfen.

Siebentes Capitel.

Die Stellung der welfischen Prinzessinnen hinsichtlich ihres Erbfolgerechtes.

Es sind hinsichtlich der cognatischen Erbfolgerechte in der welfischen Geschichte vier Stufen zu unterscheiden:

1. die Erbberechtigung der Frauen vor 1235 hinsichtlich der allodialen Länder des Stammes Heinrichs des Löwen,
2. die eventuelle Succession der Frauen, wie sie aus dem Privileg von 1235 auch in die Lehnbesitzungen des welfischen Hauses stattfinden sollte,
3. die Ausschließung des Weiberstammes von der Lehnerbfolge durch die jahrhundertlange Praxis und durch seine Omission in den Lehnbriefen,
4. die nach 1806 und 1813 außerhalb des Lehnbandes hervorgerufenen neuen Rechtsverhältnisse.

Die ersteren Punkte anlangend, verweisen wir auf das erste, hinsichtlich des zweiten und dritten auf das dritte Capitel dieser Abhandlung. Dort ist der Beweis geführt worden, daß trotz der Worte im Lehnbrief von 1235 „in filios et filias“ das Lehnerbrecht der welfischen Frauen im Laufe der Zeit fortgefallen ist. Dies aber nicht etwa durch bloßen Nichtgebrauch — hatten doch, weil immer Agnaten da waren, die Frauen niemals Gelegenheit gehabt, die Succession zu beanspruchen, — auch nicht durch eine stillschweigend und allmählich sich kundgebende Observanz, sondern durch die stricte

Fassung der welfischen Lehnbriefe seit dem 15. Jahrhundert und durch den hierin und sonst hervortretenden übereinstimmenden Willen des Kaisers, der belehnten Agnaten und auch der Landstände. — Als Aeußerungen des in diesem Sinne erwachsenen und als wohlbegründet erkannten Rechtsbewußtseins haben sich die beiden brandenburgischen Expectanzen von 1564 und 1574 dargestellt, die den welfischen Weiberstamm völlig übergehen und von der Nachfolge ausschließen^{1b}.

Gleichwohl begegnen wir innerhalb der welfischen Familie einer Reihe von Vorgängen, welche auf ein eventuelles Erbfolgerecht der Töchter schließen lassen könnten. Es ist auch hier wichtig, die betreffenden Momente einzeln durchzugehen:

Als Herzog Bernhard, Heinrich und Friedrich, die Söhne Magnus' II. Torquatus, 1394 die Disposition Magnus' I. von 1355 unter sich erneuerten, fanden sie sich veranlaßt, in dem darüber ausgefertigten Document die Clausel zu machen¹:

„wehren dar oc Erben Jungfrowen, de scholde man erliden unde wol beraden“ (d. h. ehrlich verheirathen und ordentlich ausstatten).

Diese Bestimmung enthält kein Anerkenntniß des Nachfolgerechts der Töchter. Ihr Erbtheil soll in ihrer Ausstattung bestehen, weiter ist aus der Stelle Nichts zu entnehmen.

Nicht ohne Interesse für die Frauensuccession sind die Verwickelungen, die nach dem Aussterben der älteren lüneburgischen Linie im vierzehnten Jahrhundert den langjährigen lüneburgischen Erbfolgekrieg herbeigeführt haben². Wilhelm mit dem großen Beine, der letzte Mannsproß der älteren lüneburgischen Linie, beabsichtigte zuerst, sein Land dem Sohne seiner an Herzog Otto von Sachsen verheiratheten Tochter Elisabeth, dem Herzog Albert von Sachsen, zuzuwenden; Letzterem ertheilte auf Ansuchen Wilhelms Kaiser Carl IV. zu Prag am 3. October 1355 die Belehnung über die lüneburgischen Lande. Nicht lange darauf aber heirathete die jüngere Tochter Wilhelms, Mechthild, den Herzog Ludwig von Braunschweig. Wilhelm verfügte deßhalb anderweit mittelst Testaments, daß vielmehr

Ludwig sein Land erben sollte, und substituirt diesem den Magnus Torquatus, Ludwigs Bruder; — auch nahm Ludwig noch bei Lebzeiten Wilhelms von den Lüneburgischen Landständen die Huldigung an.

Aus diesen entgegengesetzten Dispositionen entspann sich der schon erwähnte langwierige Krieg, und man mag über die Ungiltigkeit der einen oder der andern denken, was man will, — es lag in jeder von beiden das Bestreben, eine Töchtererbsfolge zur Geltung zu bringen. Die äußere Veranlassung der Beendigung dieses Krieges bestand freilich in einer Doppelheirath unter den streitenden Theilen: die Ueberlebenden aus der braunschweigischen Speciallinie, Magnus' II. Söhne, Bernhard und Heinrich, nahmen Prinzessinnen von Sachsen zur Ehe; die Hauptsache war aber, daß die Mannsprössen der braunschweigischen Linie den weiblichen Verwandten gegenüber ihr Recht mit Waffengewalt behauptet hatten. Man bedenke auch hier, daß die bisher stattgefundenen Landesdistributionen Todtheilungen gewesen waren, daß also der Rückfall Lüneburgs an die braunschweigischen Agnaten sich keinesweges von selbst verstand, und der Gedanke an die eventuelle Vererbung des Lehns in filias nahe liegen konnte.

Aber das Lehnerbrecht der Töchter war bereits damals, wie auch der Vertrag von 1394 zeigt, so wenig anerkannt, daß es sich nicht einmal gegenüber den abgetheilten Agnaten halten konnte, welche freilich, vermöge der von Wilhelm für Magnus II. Torquatus getroffenen eventuellen Erbeseinsetzung die Wirkungen der Theilung auch rechtlich von sich abzulehnen suchten.

Innerhalb der von 1428 datirenden mittleren braunschweigischen Speciallinie errichtete nun der seit 1514 regierende Herzog Heinrich der Jüngere gleich bei Uebernahme der Landesverwaltung mit seinen Brüdern einen die Primogeniturordnung im Mannstamme für die Zukunft festsetzenden Vertrag³, zu dem 1535 Wilhelm, der letzte widerstrebende Agnat, seine Einwilligung gab, worauf dann der Kaiser Carl V.

am 12. Juni 1539 zu Toledo die Bestätigung definitiv vollzog⁴. Gleich im Anfange jedoch wurde zu diesem Abkommen — wir haben dasselbe schon einmal als Pactum Henrico-Wilhelmianum citirt — die Wittve Heinrichs des Aelteren, die Mutter Heinrichs des Jüngeren, zugezogen⁵. Aus diesem Umstande läßt sich jedoch auf ein Frauenerbrecht an den welfischen Landen nicht schließen: die Söhne Heinrichs waren eben lange uneinig gewesen, und ihre Mutter trat hinsichtlich des Primogenitur-Vertrages als Vermittlerin zwischen ihnen auf. Nur darum ward sie zugezogen; der Hausvertrag zwischen Heinrich und Wilhelm von 1535 enthält insbesondre von einer Frauensuccession kein Wort, ebensowenig die von den braunschweigischen Landständen in demselben Jahre beurkundete Genehmigung desselben.

Aber in dem Testamente Herzogs Julius aus derselben Linie vom Jahre 1582⁶ wird der Töchter mit folgenden Worten gedacht:

„die Töchter sollen Verzicht thun an aller väterlichen und mütterlichen, auch brüderlichen und schwesterlichen Erbschaft, so lange Manneserben in dieser unsrer Wolfenbüttelschen Linie vorhanden sein werden.“

Die hier gebotenen Erbverzichte der welfischen Töchter kehren bei Verheirathungen derselben mit andern Fürstensöhnen stets wieder, mit ihnen der Rückfallsvorbehalt für den Aussterbefall des Mannsstammes, und zwar in der Regel nicht des ganzen welfischen Mannsstammes, sondern schon für das Erlöschen derjenigen Speciallinie, aus der die betreffende Erbtochter abstammt. Als z. B. Johann von Cüstrin, der durch seine Tochter Catharina der Ahnherr unseres heutigen Königshauses geworden ist, sich mit Heinrichs des Jüngern Tochter Catharina vermählte, stellte diese am 2. Januar 1537 im Beitritt ihres Vaters den üblichen Erbverzicht mit folgendem Vorbehalt aus^{7a}:

„doch wollen wir uns hiermit fürbehalten und nicht verziehen haben, wo vielgedachter unser freundlicher lieber Herr und Vater, Herzog Heinrich zu Braun-

schweig oder seiner lieb und derselbe männliche Lehnserben mit thot versterben.

Alle diese Erbfolgebestimmungen, die man bei der Concurrrenz des römischen mit dem heimischen und dem canonischen Recht als Cautel zu bedürfen glaubte, haben aber wenig zu bedeuten. Wenn der Aussterbefall wirklich eintrat, so stand es immer noch beim Kaiser, ob er eine Erbtöchter ausnahmsweise mit der Investitur versehen oder ihre Nachkommen in Berücksichtigung ziehen wollte, oder nicht. Der Basall kann einmal nicht über die Substanz des Lehns endgiltig verfügen, und so werden denn alle obigen Erbverzichte und Vorbehalte gekreuzt von dem Lehnsbände der gesammten Hand, welches sämtliche welfische Agnaten seit 1570 einschloß, und von der den Anwartschaften von 1564 und 1574 bereits zum Grunde liegenden Thatfache, daß das Lehnerbrecht der Frauen im Laufe der Zeit für die welfischen Lande als untergegangen anerkannt war ^{7b}. Von diesem Gesichtspunkte aus erscheint auch die Streitfrage müßig, ob durch die schon 1641 und wiederholt 1698 nach Erlangung der Kurwürde im Hause Hannover eingeführte männliche Primogeniturordnung und vermöge der Bestimmung der goldenen Bulle, daß nur Männer in Kurfürstenthümer succediren dürfen, das Erbfolgerecht der hannöverschen Frauen definitiv beseitigt ist ⁸. Das Lehnerbfolgerecht derselben ist längst vorher beseitigt gewesen. Ihre etwaige allodiale Erbfolge aber richtet sich innerhalb des Specialhauses Hannover nach dem im Jahre 1641 resp. 1698 eingeführten dortigen Hausgesetz. Diese letztere Successionsordnung ist es gewesen, welche 1837 die Königin Victoria vom Throne Hannovers zu Gunsten der männlichen Agnaten ausschloß, nicht mehr die alte Lehnsuccession, an deren Stelle seit 1806 sehr modificirte Verhältnisse getreten sind. —

Stirbt der hannöversche Mannstamm einmal völlig aus, dann wird aus den oben entwickelten Rechtsgründen die etwa vorhandene Erbtöchter, — wie 1837 vermöge der hannöveri-

ischen Hausgesetze durch die agnatische Nebenlinie, — so nunmehr durch die preußische Expectanz von 1574 ausgeschlossen werden. Existirte diese Anwartschaft Preußens nicht, dann freilich wäre die eventuelle Succession der welfischen Töchter nach dem Abgang des Mannstammes in Hannover ganz unbedenklich. Preußen hatte aber auf Grund derselben Urkunde bei Auflösung des deutschen Reichs bereits ein wohl erworbenes, mehrfach corroborirtes Recht erlangt, welches durch keinerlei Vorgänge im welfischen Hause, die seitdem eingetreten sind, hat gestört werden können, und welches durch die hannöversischen Hausgesetze, zu denen Preußen ja nicht gezogen worden, ganz und gar nicht berührt wird. Hannover fällt also künftig ebenfalls an Preußen, und seine allmählich erworbenen Pertinenzien folgen nach einer alten Rechtsregel der Hauptsache². Den sächsischen Eventualrechten auf Lauenburg die preußischen Ansprüche gegenüberzustellen, behalten wir uns für eine spätere Gelegenheit vor.

Die Rechte aus jener Expectanz sind aber nur ein Fundament der preußischen Ansprüche, und zwar dasjenige, dessen Verwirklichung am weitesten in die Zukunft hinausverlegt ist. Eine nähere Beziehung auf den hier besprochenen Successionsfall haben wir den weiter oben aus der Grubenhagenschen Anwartschaft von 1564 abgeleiteten Rechten beigelegt. Aber jetzt schon am Tage liegt ein drittes Fundament, welches dem preußischen Königs Hause unseres Erachtens die Succession in Braunschweig-Wolfenbüttel hinreichend sichert. Verlieren wir nemlich nicht aus dem Gedächtniß, daß die welfischen Töchter vor 1235 nur mit Brüdern und Brüdersöhnen bei allodialer Erbfolge nicht concurriren durften, und daß die ursprüngliche Lehnsuccession nur mit Rücksicht auf diese allodialerbrechtliche Bestimmung durch das Privilegium Kaiser Friedrichs II. *et in filias* gewährt worden war. Wenn sich beweisen läßt, daß seit 1806 jene alte Allodialerbfolge wieder aufgewacht ist, dann wird es, soweit hier die Rechtsfrage allein entscheidet, keine

Schwierigkeit haben, Hannover vom Herzogthum Braunschweig auszuschließen. Als der Kaiser Friedrich II. das Anrecht der Töchter Pfalzgraf Heinrichs kaufte und von Otto dem Kinde, dem Alnherrn von Braunschweigs und Hannovers Herrschern, die Annahme Braunschweigs als feudum datum erlangte, — damals hat der Hohenstaufe dem Hohenzoller die Wege gebahnt und gesichert, welche einzuschlagen uns jetzt beschieden scheint!

1. The first step is to identify the main idea of the passage. This is usually found in the first sentence.

1. 1961 1962 1963 1964 1965 1966 1967 1968 1969 1970 1971 1972 1973 1974 1975 1976 1977 1978 1979 1980 1981 1982 1983 1984 1985 1986 1987 1988 1989 1990 1991 1992 1993 1994 1995 1996 1997 1998 1999 2000 2001 2002 2003 2004 2005 2006 2007 2008 2009 2010 2011 2012 2013 2014 2015 2016 2017 2018 2019 2020 2021 2022 2023 2024 2025 2026 2027 2028 2029 2030 2031 2032 2033 2034 2035 2036 2037 2038 2039 2040 2041 2042 2043 2044 2045 2046 2047 2048 2049 2050 2051 2052 2053 2054 2055 2056 2057 2058 2059 2060 2061 2062 2063 2064 2065 2066 2067 2068 2069 2070 2071 2072 2073 2074 2075 2076 2077 2078 2079 2080 2081 2082 2083 2084 2085 2086 2087 2088 2089 2090 2091 2092 2093 2094 2095 2096 2097 2098 2099 2100 2101 2102 2103 2104 2105 2106 2107 2108 2109 2110 2111 2112 2113 2114 2115 2116 2117 2118 2119 2120 2121 2122 2123 2124 2125 2126 2127 2128 2129 2130 2131 2132 2133 2134 2135 2136 2137 2138 2139 2140 2141 2142 2143 2144 2145 2146 2147 2148 2149 2150 2151 2152 2153 2154 2155 2156 2157 2158 2159 2160 2161 2162 2163 2164 2165 2166 2167 2168 2169 2170 2171 2172 2173 2174 2175 2176 2177 2178 2179 2180 2181 2182 2183 2184 2185 2186 2187 2188 2189 2190 2191 2192 2193 2194 2195 2196 2197 2198 2199 2200 2201 2202 2203 2204 2205 2206 2207 2208 2209 2210 2211 2212 2213 2214 2215 2216 2217 2218 2219 2220 2221 2222 2223 2224 2225 2226 2227 2228 2229 2230 2231 2232 2233 2234 2235 2236 2237 2238 2239 2240 2241 2242 2243 2244 2245 2246 2247 2248 2249 2250 2251 2252 2253 2254 2255 2256 2257 2258 2259 2260 2261 2262 2263 2264 2265 2266 2267 2268 2269 2270 2271 2272 2273 2274 2275 2276 2277 2278 2279 2280 2281 2282 2283 2284 2285 2286 2287 2288 2289 2290 2291 2292 2293 2294 2295 2296 2297 2298 2299 2300 2301 2302 2303 2304 2305 2306 2307 2308 2309 2310 2311 2312 2313 2314 2315 2316 2317 2318 2319 2320 2321 2322 2323 2324 2325 2326 2327 2328 2329 2330 2331 2332 2333 2334 2335 2336 2337 2338 2339 2340 2341 2342 2343 2344 2345 2346 2347 2348 2349 2350 2351 2352 2353 2354 2355 2356 2357 2358 2359 2360 2361 2362 2363 2364 2365 2366 2367 2368 2369

1. The first step in the process of the investigation is the identification of the problem. This is done by the investigator who is responsible for the study. The investigator must first identify the problem and then determine the scope of the study. The next step is to design the study. This involves determining the methods to be used and the data to be collected. The third step is to collect the data. This is done by the investigator who is responsible for the study. The fourth step is to analyze the data. This is done by the investigator who is responsible for the study. The fifth step is to interpret the results. This is done by the investigator who is responsible for the study. The sixth step is to write the report. This is done by the investigator who is responsible for the study. The seventh step is to present the results. This is done by the investigator who is responsible for the study. The eighth step is to discuss the results. This is done by the investigator who is responsible for the study. The ninth step is to conclude the study. This is done by the investigator who is responsible for the study. The tenth step is to publish the results. This is done by the investigator who is responsible for the study.

Achtes Capitel.

Die Nachwirkungen des alten Lehnbandes seit der Auflösung des deutschen Reichs, und das Wiederaufleben der alten Allodialerbfolge.

Der Reichsdeputationshauptschluß vom 25. Februar 1803 trug dem Herzogthum Braunschweig die Abteien Gandersheim und Helmstaedt gegen Uebernahme von 2000 Gulden Rente zu Gunsten der Dessauischen Amalienstiftung als Pertinenzien ein¹.

Seit der Abdankung des letzten deutschen Kaisers 1806 und den Wiener Verträgen ist sowohl auf den König von Hannover als auf den Herzog von Braunschweig die Souverainetät ihrer Lande übergegangen. Die preussischen Anwartschaften von 1564 und 1574 sind, wie die analoge Anwendung des Art. 34. der Rheinbundacte und der weitere Verlauf dieser Darstellung zeigen, bestehen geblieben; sie schmälern die Souverainetät beider Herrscher insofern nicht, als sie sich erst nach dem Aussterben des berechtigten Mannsstammes wirksam zeigen können. Freilich haben verschiedene neuere Publicisten, z. B. Professor Zachariae in seinem Staats- und Bundesrecht², v. Berg in seinen Erörterungen zur Rheinbundacte³, und Rottet und Welcker im Staatslexicon unter der Rubrik „Anwartschaften“ auszuführen gesucht, daß derartige „benannte Gebinge“ erloschen seien. Sie meinen, daß dieselben ein bloßes jus in personam gegen den Kaiser gewährt haben,

daß eine Investitur ja nicht mehr eintreten könne, und daß folglich, wo kein Kaiser, da auch das Recht verloren sei. Wäre diese Argumentation so unzweifelhaft, so hätte wohl Napoleon I. nicht darauf bestanden, daß Preußen ausdrücklich sich im Tilsiter Frieden aller Anwartschafts- und Successions-Ansprüche auf Länder jenseit der Elbe begeben mußte⁴, und die Aufhebung dieser Bestimmung durch den bekannten Zusatzartikel zum ersten Pariser Frieden brauchte dann nicht erst geltend gemacht zu werden⁵. Die Gegensätze zwischen obligatorischer und dinglicher Befugniß, welche hier auf das Lehnverhältniß angewendet werden sollen, drücken jedoch die historische Substanz des Lehnbandes nicht erschöpfend aus; der Kaiser gab die Expectanzen nicht als Individuum, sondern als Repräsentant des Reichs; ihr Inhalt ist nicht vermögensrechtlicher Natur. Die Feudalisten lehren, daß bei den landesherrlichen Territorien, welche im Reichslehnmexus standen, der eigentliche Gegenstand der Belehnung nicht eine Sache oder eine Leistung, sondern ein ganz anders beschaffenes Recht, die Landeshoheit war, und daß das Territorium nur eine Pertinenz dieses Rechts bildete. Dieses Recht, die Landeshoheit, hatte nun nicht im Entferntesten einen privaten, sondern einen staatsrechtlichen Character.

Ursprünglich waren die deutschen Herzöge und Grafen eben nichts weiter, als kaiserliche Beamte. Ihre Ämter wurden aber bald erblich, und man dachte sich nun — wir sind schon früher einmal auf diesen Punkt gekommen — das Amt mit dem Besiz eines Territoriums, über welches sich die Amtsgewalt erstreckte, untrennbar verbunden; — die kleineren Fürstenthümer, welche sich aus den ehemaligen Immunitäten ihrer Besizer entwickelt hatten, blieben allodial, die größeren wurden reichslehnbar. Noch im 13. Jahrhundert war die Idee lebendig, daß die durch kaiserliche Belehnung übertragene fürstliche Gewalt eine Amtsgewalt sei. Später wurde statt dessen die Landeshoheit fast zur vollständigen Staatsgewalt; ward sie aber nun auch mehr aus eigenem Rechte

ausgeübt, so blieb sie aber immer ihrem Wesen nach eine dem Kaiser untergeordnete obrigkeitliche Macht über das Territorium und als solche ein wesentliches Element der deutschen Reichsverfassung⁶.

Von diesem Standpunkte aus stellt sich ein expectivirter Herrscherstamm ursprünglich als im Voraus Ein für Allemal zum Nachfolger im Amt resp. in der Landeshoheit designirt dar; insofern beruhen Expectanz und vasallitisches Verhältniß auf gleicher Quelle. Später gewinnen aber viele Expectanzen, und so die hier vorliegenden von 1564 und 1574, den Character eines Aequivalents für Verdienste um das Reich, und bei dem über das Reichsvermögen im Anfang dieses Jahrhunderts ausgebrochenen Quasi-Liquidationsverfahren werden unsre Anwartschaftsrechte so zu sagen unter den Passivis des Reiches vorgefunden.

Es entsteht nun die Streitfrage:

1. ob in den heutigen deutschen Staaten ein Thronfolgerecht auf Grund eines solchen vom deutschen Kaiser ertheilten lehnrechtlichen Titels beansprucht werden kann?
2. welchen Einfluß überhaupt die Auflösung des deutschen Reichs auf die Verhältnisse der Reichslehen gehabt hat? Faßt man hierbei lediglich die lehnrechtliche Seite ins Auge, so kommt man zu folgendem Ergebnis:

Der Lehnsherr ist verschwunden; sein Obereigenthum geht bei Staatslehen auf den Vasallen über, der die nunmehr volle Souverainetät über das betreffende Land erhält, durch Vereinigung der kaiserlichen und der vasallitischen Rechte in Einer Person. Bei dieser Appropriation erlöschen die individuellen Verpflichtungen des Oberlehnsherrn, nicht die von Staatswegen eingegangenen; die rechtsbeständig erworbenen Expectanzen gehen also auf den Nachfolger über, analog einer Staatsschuld.

Die deutschen Fürsten mögen ihre Souverainetät sonst begründen, wie sie können, — daß sie sich unter Anderm als

Erben der Oberlehnsherrlichkeit des Kaisers ansehen, dafür spricht folgende Thatsache: die früheren Reichslehen, welche jetzt innerhalb eines bestimmten Territorii liegen, also keinen ganzen Staat umfassen, sind (außer wo der neue Staat den Lehnserus aufhob) nicht ipso jure Allodien geworden; es ist ein alter Satz, daß in allen solchen Fällen das Lehnsobereigenthum auf den Territorialfürsten übergeht⁷. —

Zu der Gültigkeit der beiden brandenburgischen Expectanzen bedurfte es einer beim Wechsel in der dienenden und herrschenden Hand etwa eintretenden Befräftigung und Conservirung nicht, Es bestätigt dies der hannöversische Vicekanzler B. G. Strave, der einst amtlich um ein Rechtsgutachten über diese Frage angegangen worden ist⁸.

Wie aber steht es nach 1806 mit der gesammten Hand der hannöversischen und braunschweigischen Fürsten? — Die kaiserlichen Lehnbriefe, welche mit einer Ausnahme (von 1570) die erbliche Simultaninvestitur der Herzöge von Braunschweig und Lüneburg aussprachen, lassen sich bis in das 15. Jahrhundert zurückverfolgen. Die stete Erneuerung dieses Actes ist essentiell, bei Verlust des Auerchts Derjenigen, die ihre Aufnahme nicht nachsuchten. Die im Jahre 1806 in Sammtbelehnung befindlich gewesenen Agnaten konnten offenbar (und mit demselben, wo nicht stärkerem Recht, als die Anwärter) ihr einmal erworbenes Nachfolgerecht aus dem früheren Lehnverbande herleiten. Aber bei der Erneuerungspflichtigkeit dieses Rechtsinstituts, die bei jedem Wechsel fall eintrat, sind die jüngeren, nicht im letzten Lehnbrief aufgeführten Agnaten keineswegs ohne Weiteres Gesammthänder, für sie ist also auch nicht die Wirkung der stattgefundenen Todtheilungen aufgehoben. Zwar war die Gesammthänder-Eigenschaft ihrer Vorgänger als eine auch auf die Erben übergehende ausgesprochen; von einer solchen kann aber nicht mehr die Rede sein, wo durch die Verschmelzung des vasallitischen und des Obereigenthums die ganze lehnsrechtliche Qualität des Landesbesitzes aufgehört hat⁹.

Anlage H.
als Beispiel
eines solchen
Lehnbriefs.

Seit dem Aufhören des deutschen Reichsverbandes hat demnach innerhalb der welfischen Familie eine Simultaninvestitur nicht mehr Statt; an Stelle der Lehnserbfolge ist die Allodialerbfolge nothwendig eingetreten: die Agnaten in Hannover zwar succediren vor den dortigen Cognaten auf Grund des Hausgesetzes von 1641 resp. 1698, das allgemeine Erbrecht für die Gesamtfamilie ist aber nach Raabgabe desjenigen Successionsrechts wieder erwacht und modificirt, welches bestand, als die welfischen Lande schon vor 1235 und vor dem Lehnverbande zu Allodialrechten besessen wurden, und danach stehen jetzt in Braunschweig die Cognaten mit den Agnaten in Concurrnz. Unbeschadet des über Grubenhagen nach Stammtheilung erfolgten Vergleichs unter den drei dem Grade nach nächstverwandten Linien, war das System der Gradualerbfolge — freilich damals nur innerhalb des Mannsstamms —, soweit dasselbe mit dem alten sächsischen Recht übereinstimmt, in den welfischen Landen selbst während der Dauer der Lehnqualität als gültig festgehalten worden¹⁰, und es wurde nur durch die in einzelnen Linien besonders eingeführte Primogeniturordnung und durch die aus der Natur des Lehns fließenden Folgen modificirt.

Der ganze Lehnverband, und was aus ihm folgt, ist eine bloße Unterbrechung der ordnungsmäßigen Allodialerbfolge gewesen; nur das wirkt noch fort, was Dritte den Staatsschulden analog gegen das frühere Lehen erworben haben: im Uebrigen ist die braunschweigische Successionsfrage, vom Standpunkte des Privatfürstenrechts aus angesehen, eine nach dem angestammten Specialerbrecht zu entscheidende Familiensache des welfischen Gesamthauses geworden; es fragt sich nun, wer zu dieser Familie gehört, und wer jenem uralten Rechte nach der nähere oder der entferntere ist. An die neueren Erbfolgebestimmungen, z. B. an den §. 14 der braunschweigischen Verfassung von 1832, welcher lautet¹¹:

„die Regierung wird vererbt in dem fürstlichen Gesamthause Braunschweig-Lüneburg nach der Lineal-

erbsfolge und dem Recht der Erstgeburt, und zwar zunächst in dem Mannsstamme aus rechtmäßiger, ehelicher und hausgesetzlicher Ehe. Erlischt der Mannsstamm des fürstlichen Gesamthauses, so geht die Regierung auf die weibliche Linie nach gleichen Grundsätzen über“,

an solche Modificationen des alten welfischen Erbrechts sind die weiblichen Abkömmlinge des Gesamthauses nicht gebunden, welche bei Erlaß dieser übrigens der verfassungsmäßigen Abänderung unterliegenden Bestimmung unvertreten gewesen sind. Für und wider alle an jener Festsetzung Unbetheiligten — und hierzu gehört Hannover, das folglich aus derselben noch keine Rechte erworben hat — ist vielmehr die einzige Richtschnur für die Ordnung der heutigen Successionsfrage das Erbrecht der welfischen Agnaten und Cognaten, wie solches vor der Lehnsqualitt der welfischen Lande bestanden hat.

Wollte man aber auch die Gesamthand der Welfen an allen ihren Lehngütern als erbsfolgebestimmend in die jetzigen Zeiten mithinüberziehen, so hält die in den Lehnbriefen stets wiederkehrende Clausel vor: daß diese Gesamthand die Rechte Dritter nicht verletzen soll^{1 2}. Man möge also die Sache ansehen, wie man nur immer wolle: die cognatischen Anrechte und die preussischen Anwartschaften bleiben rechtsbeständig.

Zu demselben Resultate gelangt man, wenn man die staatsrechtliche Seite der vorliegenden Frage von der lehnrechtlichen Beziehung ganz trennt. Es wäre entschieden unrichtig, den Rechtstitel für die Souverniett des Königs von Hannover und des Herzogs von Braunschweig lediglich darin zu finden, daß die übrigen europäischen und deutschen Staaten ihre Anerkennung dazu ertheilt haben. Die Wiener Verträge als völlig neuen Rechtsboden für das Staatenverhltniß zwischen Hannover und Braunschweig aufstellen und sich auf den staatsrechtlichen allgemeinen Vorzug des Mannsstammes vor dem Frauenstamme berufen, und lediglich den §. 14 der

Verfassung von 1832 als Rechtstitel der Succession Hannovers in Braunschweig aufstellen, dies hieße, die historische Continuität verleugnen und die rein restitutorische Wirkung verkennen, welche die Wiener Verträge von 1815, wenige Gebietsmodificationen ausgenommen, für beide obengenannte Staaten nur gehabt haben. Eine constitutive Bedeutung derselben Verträge für Braunschweig und Hannover lag keinesweges in der Intention der auf dem Wiener Congresse versammelten Mächte. Die dort erfolgte Anerkennung beider Staaten stützt sich eben auf die historische Entwicklung der welfischen Lande im Großen und Ganzen, und ob sich die Staatsgewalten dort aus lehnrechtlichen, oder zugleich aus früheren allodialen Elementen gebildet haben, kam auf dem Congreß gar nicht in Frage. Daß ein Zurückgehen auf das Erbrecht vor 1235 für Hannover nichts Befremdliches haben kann, leuchtet übrigens auch aufs Klarste aus dessen eignen diplomatischen Erklärungen hervor, welche es bei Gelegenheit der 1689 eröffneten Lauenburgischen Erbschaft unter gleichzeitiger Berufung auf alte Erbverbrüderungen von 1369, 1389 und 1661 abgegeben hat. Diese Erklärungen lauten nemlich dahin¹³:

das Lauenburgische Land sei ein Allode Heinrichs des Löwen gewesen, folglich sei diese Eigenschaft trotz der gegen letzteren ergangenen Nichtserklärung bestehen geblieben; jetzt nun, wo durch Aussterben der Vasallen das Lehnband aufgehoben sei, müßten die Welfen in das wieder frei gewordene Land nach Allodialrecht succediren.

Einen schlagenderen Präcedenzfall giebt es nicht leicht.

Neuntes Capitel.

Die Verbindungen des brandenburgischen mit dem welfischen, insbesondrer mit dem heutigen braunschweig-wolffenbüttelschen Hause.

Schon unter den askanischen Markgrafen von Brandenburg sind mehrfache Heirathen zwischen den Regentenhäusern der Mark und der braunschweig-lüneburgischen Lande erfolgt. Herzog Otto das Kind, den wir als Gründer der beiden heutigen welfischen Linien, d. h. als ersten Vereinigungspunkt der welfischen Geschlechter nach Heinrich dem Löwen, kennen gelernt haben, heirathete die Prinzessin Mechthild, Tochter Alberts II., Markgrafen von Brandenburg¹). Heinrich von Griechenland, Herzog von Grubenhagen, war der Gatte der Prinzessin Hedwig, Tochter des Markgrafen Waldemar von Brandenburg²; aus der letzteren Ehe ging Otto Herzog von Tarent hervor, der seiner Zeit die Königin Johanna von Neapel heirathete und um das Jahr 1384 nach einem vielbewegten Leben in Unter-Italien gestorben ist. Ebenso ist es bekannt, daß, als Markgraf Waldemar von Brandenburg am 14. August 1319 gestorben war, dessen Wittwe Agnes, die Tochter Hermanns des Langen von Brandenburg, noch im December desselben Jahres Herzog Otto den Milben, den Sohn Alberts des Fetten von Braunschweig-Göttingen, heirathete³.

Alle diese Ehebindnisse können aber zu einem Erbsolgerrecht unserer heutigen Könige von Preußen schon darum

nicht führen, weil mit dem Aussterben des askanischen Stammes von einer Vererbung der Abstammungsverhältnisse auf die späteren Herrscherhäuser von Brandenburg selbstverständlich nicht die Rede sein kann.

Die uralte Abstammung unserer Hohenzollern von der ältesten Tochter Otto's des Kindes haben wir bereits erwähnt. Die weiteren Verheirathungen zwischen dem hohenzollernschen und welfischen Hause beginnen gleich mit Burggraf Friedrich VI. von Nürnberg, dem ersten Hohenzollern in der Mark Brandenburg. Sie hängen zusammen mit der Regelung der auswärtigen Verhältnisse der Mark Brandenburg, welche der Gründer unseres Königshauses seshort bei seinem Regierungsantritt begann ⁴, und die sich u. A. in einer erst auf zwei Jahre geschlossenen, dann prolongirten, endlich auch auf die Erben übergehenden Einigung zu Schutz und Trutz mit den Stiftern der beiden mittleren braunschweigischen und lüneburgischen Linien äußert. Die über diese Alliancen lautenden Verträge ⁵ datiren vom 23. November 1412, 14. März 1414 und 20. Juni 1420; bald darauf heirathete Friedrichs I. Tochter Magdalena Wilhelm den I., den Sohn Heinrichs von Braunschweig, und Friedrichs andre Tochter, Margaretha, Friedrich, den Sohn Bernhards von Lüneburg ⁶. Bald nach dem Regierungsantritt Friedrichs mit den eisernen Zähnen wurde die Erbeinigung mit den welfischen Herzögen unterm 21. Februar 1443 bestätigt ⁷. Gleiches geschah am 7. Juni 1472 ⁸, als Herzog Wilhelms des Ersten Bruder, Heinrich der Friedfertige von Braunschweig, die Prinzessin Margaretha, Tochter Friedrichs II. von Brandenburg, die spätere Gemahlin Bogislaws X. von Pommern, zur Ehe nahm, und hierauf wieder am 12. Mai 1493 ⁹ und am 14. März 1525 ¹⁰, kurz vor der (im Jahre 1527 erfolgten) Verheirathung Erichs des Älteren, des Enkels von Heinrich dem Friedfertigen, mit der Elisabeth, Tochter Kurfürst Joachims I. von Brandenburg.

Die braunschweigische mittlere Linie hat überhaupt mehr, als jede andere, vielfache Verschwägerungen mit Brandenburgs

Herrschern aufzuweisen; so heirathete Herzog Julius, der Enkel des Wilhelm I., im Jahre 1560 die Prinzessin Hedwig, Tochter Joachims II. von Brandenburg, und der Enkel von Julius, Herzog Friedrich Ulrich, der letzte Sproß dieser Speciallinie, im Jahre 1614 die Anna Sophie, Tochter des Kurfürsten Johann Sigismund von Brandenburg.

Der Fall, daß nicht ein Herzog von Braunschweig eine brandenburgische Prinzessin, sondern ein brandenburgischer Prinz eine braunschweigische Prinzessin zur Ehe nimmt, kommt zuerst 1537 vor, in welchem Jahre Johann von Cüstrin die Prinzessin Catharina, Tochter Heinrichs des Jüngeren von Braunschweig, heirathete. Auch dieser Verbindung gingen am 2. Februar 1530 und am 13. September 1535 Erbeinigungen in der bisherigen Form voraus¹¹. In keinen dieser die Erhaltung des Landfriedens und eine Waffengemeinschaft beider Fürstengeschlechter betreffenden Urkunden findet sich jedoch eine erbrechtliche Bestimmung, die eine sogenannte Erbverbrüderung darstellen könnte, so oft dieselben auch wegen ihres Namens: „Erbeinigungen“, mit Erbverbrüderungen verwechselt worden sind.

Eine solche Confusion der oben miterwähnten Erbeinigungen vom 16. Juni 1420 und 12. Mai 1493 mit Confraternitätsverträgen haben u. A. Koch in seiner braunschweig-lüneburgischen Geschichte und Mancke in seinem welfischen Staatsrecht aufgestellt¹².

Im Vorstehenden sind zunächst die Eheverbindungen der beiden mittleren welfischen Linien mit dem Hause Brandenburg aufgezählt worden; diese führen für jetzt zu keinem Successionsanspruch, da die mittlere braunschweigische Familie ausgestorben ist, und aus der Ehe Herzogs Friedrich von Lüneburg (des Sohnes Bernhards I.), die ohnehin eine bloße Schwägerschaft mit Preußen vermittelte, noch heute im Mannsstamme das hannöversische Königshaus originirt. Wir wollen jedoch dahingestellt sein lassen, ob nicht der bereits im VII. Capitel von seiner lehnrechtlichen Seite behandelte Erbvorbehalt

der Gattin Johanna von Cüstrin¹³ für die jetzigen allodialen Zeiten dennoch von einiger Bedeutung werden könnte: alle späteren Erbverträge unter den neueren Linien, die wir im VI. Capitel einzeln verfolgt haben, sind mit völligem Stillschweigen über denselben und über die ebenfalls bereits erwähnte testamentarische Bestimmung von 1582 niedergeschrieben. So lange das Lehnsband die Agnaten ausschließlich berücksichtigte, lag ja auch kein Grund vor, für den Fall einer künftigen Allodialerbsfolge Vorsichtsmaßregeln zu treffen. —

Gehen wir nun zu den Verbindungen Brandenburgs und Braunschweig-Lüneburgs innerhalb der beiden neueren Linien über.

Franz Otto, Herzog von Celle, der Sohn Ernsts des Bekenners, lebte in kinderloser Ehe mit Elisabeth Magdalena, einer Tochter Joachims II. Ebenso unerheblich für die jetzige Successionsfrage ist die Verheirathung des großen Kurfürsten (seine zweite Ehe) mit der Wittve Christian Ludwigs von Lüneburg (Celle), ferner die Verbindung König Friedrichs I. mit der gefeierten Prinzessin Sophie Charlotte, der Tochter Kurfürst Ernst Augusts von Hannover, und König Friedrich Wilhelms I. mit Sophie Dorothea, Tochter Kurfürst Georg Ludwigs, nachmaligen Königs Georg I. von England. Denn alle diese Heirathen bringen Preußen nicht mit der jetzigen wolffenbüttelschen, sondern mit der hannöverschen Linie in Verwandtschaft. —

Als unfruchtbar auszuscheiden sind ferner die Ehen Friedrichs des Großen mit Elisabeth Christine von Braunschweig-Wolffenbüttel und Friedrich Wilhelms des II. mit seiner ersten von ihm geschiedenen Gemahlin Elisabeth Christine Ulrike, Prinzessin von Wolffenbüttel.

Aber zwei andre Ehebündnisse mit dem heutigen herzoglichen Hause von Braunschweig sind für Preußen hier von entscheidender Wichtigkeit:

Die Mutter König Friedrich Wilhelms des II., Louise Amalie, Gemahlin Prinz August Wilhelms, des Bruders

Friedrichs des Großen, war die Schwester der Gemahlin des Letzteren und Tochter Ferdinand Alberts II. von Braunschweig-Bevern, dessen Enkelsenkel in directer Linie des Mannsstammes der heute regierende Herzog von Braunschweig ist. — Ferdinand Albert II. ist demnach, da Friedrich Wilhelm II. der leibliche Großvater unseres jetzigen Königs ist, nur vier Grade aufwärts der gemeinschaftliche Stammvater sowohl des Herzogs Wilhelm von Braunschweig, als des Königs Wilhelm I. von Preußen, für letzteren freilich in weiblicher Linie. Beide sind sonach im achten Grade per cognationem mit einander verwandt.

Und als sollte dieser achte Grad der Verwandtschaft auf einem zweiten Wege noch besonders befestigt werden, — so ist der derzeitige Herzog von Braunschweig durch seinen Vater Friedrich Wilhelm und seinen Großvater Carl Wilhelm Ferdinand ein Urenkel der Mutter des Letzteren, der Prinzessin Charlotte von Preußen, einer Schwester Friedrichs des Großen. Auch auf diesem Wege resultirt eine gemeinsame Abstammung in gleicher Nähe, wie die vorige; der sie vermittelnde gemeinschaftliche Stammvater ist der König Friedrich Wilhelm I. von Preußen.

Gelingt es, das die Cognaten der näheren Grade vor dem entfernteren Mannsstamm bevorzugende alte Allodialerbrecht des welfischen Hauses im bevorstehenden Aussterbefalle zur Geltung zu bringen, so ist die zuerst angegebene Verwandtschaft zu Gunsten Preußens entscheidend. Hannover muß bis ins sechszehnte Jahrhundert auf Ernst den Befenner zurückgehen, um eine zwar agnatische, aber bis aus dem siebzehnten Grade hergeleitete Verwandtschaft mit dem jetzigen Herzoge von Wolfenbüttel nachzuweisen. Die Eheverbindungen zwischen Hannover und Braunschweig in den letzten beiden Jahrhunderten haben zu einer näheren Verwandtschaft mit Wolfenbüttel, als sie Preußen aufweisen kann, nicht geführt. Julius Ernst, Herzog von Dannenberg, Bruder Augusts des Jüngeren, Enkel Ernsts des Befenners, heirathete am 18. De-

cember 1617 die Sibylle, Tochter Wilhelms des Jüngeren, ebenfalls Enkelin Ernsts des Bekenners, und im Jahre 1795 heirathete der nachmalige König Georg IV. von England die Prinzessin Caroline Amalie Elisabeth, Tochter Herzog Carl Wilhelm Ferdinands von Braunschweig; Nachkommen aus diesen beiden Ehen sind theils nicht mehr am Leben, theils in der hannöverschen heutigen Königsfamilie als Ahnen nicht aufzuführen.

Dagegen heirathete im Jahre 1764 Herzog Carl Wilhelm Ferdinand von Braunschweig die Auguste, Enkelin Georgs II., Tochter Friedrich Ludwigs, Prinzen von Wales. Zwar stammt auch Herzog Wilhelm von Braunschweig, als Enkel Beider, in gerader Linie aus dieser Verbindung ab, nicht aber die heutigen Herrscher von Hannover. Es hieße die Schwiegerväter mit Agnaten verwechseln, wenn man auf diese Ehe hier Gewicht legen wollte.

Preußen ist also nach Maassgabe des alten welfischen Erbrechts in cognatischer, aber neun Grade näherer Abstammung erbfolgebefugt in Braunschweig vor Hannover. Freilich sind ebenso, und theilweise noch näher, Dänemark, Weimar und Würtemberg durch Töchter Ferdinand Alberts II., bezüglich Carls I. und Carl Wilhelm Ferdinands mit dem letzten braunschweigischen Herrscher in weiblicher Linie verwandt; durch die kaiserliche Expectanz von 1574 ist aber jede Zwischenschiebung einer nichtbrandenburgischen Cognatenlinie von vornherein ausgeschlossen.

Aber abgesehen von den bisher erörterten beiden Rechtstiteln umfließt den braunschweigischen und den preussischen deutschen Volkstheil noch ein Band von tiefer und inniger Weihe, welches den Verträgen und Verwandtschaften, auf welche wir uns in dieser Abhandlung gestützt, eine ganz besondere Bedeutung gibt. Es ist dies die Fahnengemeinschaft beider Länder und der Heldentod einer Reihe braunschweigischer Fürsten, den diese auf dem Felde der Ehre für Preußen freudig erlitten haben. Seit Preußen ein Königreich ist, hat

es keinen irgend erheblichen Krieg gekämpft, in welchem nicht braunschweigische Herzöge sich in treuer Bundesgenossenschaft als Felsherren an die Spitze preussischer Heere gestellt haben, und wo es einen Entscheidungskampf galt, da ist als Pfand weiterer Einheit beider Lande ein Herzog von Braunschweig zum Opfer gefallen. Heinrich Ferdinand von Braunschweig, der Oheim von Friedrichs des Großen Gemahlin, fiel, an der Seite des (damals noch nicht alten) Dessauers kämpfend, 1706 bei Erstürmung der Linien von Turin. Herzog Ferdinand von Braunschweig, ein Bruder von Friedrichs II. Gattin, commandirte im siebenjährigen Kriege die Verbündeten in Deutschland; dessen Bruder Albrecht fiel 1745 in der Schlacht bei Sorr, sein jüngerer Bruder Friedrich Franz 1758 bei Hochkirch unter den preussischen Fahnen. Carl Wilhelm Ferdinand, Herzog von Braunschweig, zog 1792 als preussischer Generalfeldmarschall in den Krieg gegen Frankreich; im Kampfe von 1806 fand er sein Grab zu Ottersen in Folge der Wunden, die er in der Schlacht bei Jena davongetragen hatte. Seine Begeisterung und sein Opfermuth für Preußen, und der Heldentod seines Sohnes, des Herzogs Friedrich Wilhelm, in der Schlacht bei Quatrebras 1815 ist im Gemüth der Nation unvergessen.

Beim Zusammentreffen so bedeutender Verknüpfungsmomente ist es wohl natürlich, daß man jetzt in Braunschweig fast einstimmig nach einem Anschluß an Preußen für den bevorstehenden Aussterbefall verlangt. Der Unterschied eines solchen Anschlusses von den modernen Annexionen liegt auf der Hand.

Zehntes Capitel.

Die Bedeutung der braunschweigischen Landesvertretung.

In den älteren Zeiten war es ein anerkannter Grundsatz in sämmtlichen welfischen Ländergebieten, daß, wenn über die Rechtmäßigkeit einer Succession in ein erledigtes Specialgebiet unter verschiedenen Prätendenten Streit obwaltete, alsdann die Landstände, und zwar aus eigenem Recht, den Zwist zu entscheiden hatten. So pacificirte¹ 1367 Magnus II. Torquatus mit der Landschaft, daß diese befugt sein sollte, statt des zur Regierung etwa nicht geeigneten ältesten Prinzen eines abgehenden Fürsten einen andern Sohn des letzteren zum Nachfolger zu wählen. Otto Cocles aus der göttingenschen Linie stellte² in den Jahren 1436 und 1440 Reverse aus, denen gemäß im Fürstenthum Göttingen die Landschaft allein die Succession bestimmen sollte; bald darauf trat er seine ganze Regierung den Landständen ab. Es hängt hiermit zusammen, daß letztere auch bei der Nothwendigkeit vormundschaftlicher Verwaltungen sich zeitweise den Regierungsgeschäften unterzogen; und wenn auch ein majorennener Regierungsnachfolger die Zügel der Herrschaft bereits in Händen führte, — das Recht der Steuerbewilligung, der Steuerverwaltung und Steuervertheilung beanspruchten die Stände stets für sich, bis die der neueren Zeit angehörige Entwicklung der Landeshoheit allmählich auch hierin eine größere Machtsfülle für die fürstlichen Familien mit sich brachte³. —

Den einzigen Präcedenzfall einer Concurrency weiblicher und männlicher Erbprätendenten, welcher seit dem Streit Otto's des Kindes mit den Töchtern Pfalzgraf Heinrichs in der welfischen Geschichte hervorgetreten ist, haben wir bereits erwähnt bei Besprechung der Veranlassungen zu dem lüneburgischen Erbfolgekrieg im 14. Jahrhundert. Auch hier recurirten die streitenden Parteien wiederholt auf den Schiedsspruch der Stände⁴, und schließlich gaben diese den Ausschlag, als die Friedensbedingungen zwischen den sächsischen und braunschweigischen Fürsten zum Abschluß gelangten.

Diesem traditionellen Mitspracherecht der Landesvertretung folgte auch die mittlere braunschweigische Linie, als einige Zeit nach dem Tode Heinrichs des Älteren 1535 die Primogenitur-Ordnung in den wolffenbüttelschen Landstrichen unter den nachfolgeberechtigten Prinzen constituiert wurde⁵, und die Landstände desselben Specialherzogthums sind es gewesen, welche 1585 auf dem Landtage zu Gandersheim für die nicht-lehnrechtlichen Angelegenheiten die Aufrechterhaltung der Bestimmungen des alten Sachsenrechtes im Herzogthum mit Entschiedenheit gefordert und vom Fürsten zugesichert erhalten haben. Wo es eine auf Sachsenrecht gegründete sonderliche Ordnung im Lande gebe, da soll diese und nicht das gemeine Kaiserrecht in Anwendung kommen, sagt der betreffende Landtagsabschied⁶. —

Auch in der neueren wolffenbüttelschen Linie, als Herzog Rudolf August 1685 seinen Bruder Anton Ulrich zum Mitregenten annahm, wurde zuvor der Consens der Landesvertretung eingeholt⁷; seit dem Beginn des vorigen Jahrhunderts aber tritt deren Mitwirkung mehr und mehr zurück, und die heutigen Befugnisse der braunschweigischen Landesvertretung, deren definitive Zusammensetzung erst 1851 festgestellt wurde, gründen sich nach längeren, von der Auflösung des deutschen Reichsverbandes an beginnenden Schwankungen wesentlich auf das Gesetz vom 12. October 1832, dessen §. 14, den wir

oben citirt, vorläufig eine Bestimmung über die Landesuccession getroffen hat.

Wir wollen hier hinsichtlich der Mitwirkung der braunschweigischen Landesvertretung beim Zustandekommen von Erbfolgebestimmungen nur zwei Punkte andeuten.

Die während des siebzehnten und im Anfang des achtzehnten Jahrhunderts unter den beiden neueren welfischen Linien errichteten, oben besprochenen Verträge, welche einen Vorbehalt hinsichtlich eines späteren Anfalls des einen oder des andern Gebietes enthalten, sind von der durch das Pactum Henrico-Wilhelmianum vom 16. November 1535 organisirten Landschaft — wenigstens hinsichtlich dieser Erbfolgebestimmungen — niemals ausdrücklich gutgeheißen worden; es steht dahin, ob nicht eventuell auch hieraus ein Anfechtungsrecht herzuleiten sein dürfte, weil nach Artikel 10 jenes mit den Ständen errichteten Grundgesetzes die Landschaft bei Abfassung landesfürstlicher Gesetze und Verordnungen stets zuvor gehört werden mußte und eine Umgehung dieser Instanz bei so wichtigen Festsetzungen, wie alle Thronfolgestipulationen es sind, am wenigsten stattfinden durfte.

Die heutige Verfassung Braunschweigs aber anlangend, so sind für die Lösung der Successionsfrage folgende Bestimmungen hervorzuheben⁸:

Der Landesfürst, als Oberhaupt des Staates, vereinigt in sich die gesammte ungetheilte Staatsgewalt; er schließt Staatsverträge und erwirbt dadurch Rechte für das Herzogthum, sowie er dasselbe zur Erfüllung der vertragsmäßigen Verbindlichkeiten verpflichtet. Sollen hierzu bestehende Landesgesetze abgeändert werden, so ist die verfassungsmäßige ständische Mitwirkung erforderlich. Die Stände vertreten in dem grundgesetzlichen Verhältnisse zur Landesregierung die Gesamtheit der Landeseinwohner und sind daher berechtigt und verpflichtet, deren verfassungsmäßige Rechte und allgemeine Interessen wahrzunehmen und auf die gesetzlich vorgeschriebene Weise geltend zu machen. Die Ständever-

sammlung ist berechtigt, dem Landesfürsten Vorschläge zu Gesetzen, Verordnungen, allgemeinen Verfügungen 2c. zu unterbreiten; diese Vorschläge werden dann genau geprüft, und es sollen stets landesfürstliche Entschlüsse, und zwar im Ablehnungsfalle mit Anführung der Gründe, darauf erfolgen.

Da der 1830 vertriebene Herzog Carl noch lebt, so dürfte zunächst entschieden werden müssen, ob im Falle des Todes des jetzt regierenden Herzogs Wilhelm, bei der fortdauernden Regierungsunfähigkeit des Erstgenannten, eine vormundschaftliche Regierung einzusetzen wäre, und welchem nichtregierenden auswärtigen Prinzen dieselbe verfassungsmäßig zufallen soll. Gleichzeitig erscheint eine Beschlußfassung darüber wünschenswerth, ob die Concurrency des cognatischen Erbrechts Preußens mit dem agnatischen Successionsanspruch Hannovers von der braunschweigischen Landesvertretung unterstützt wird, und ob nicht vielleicht bei der Mangelhaftigkeit der betreffenden hannöverschen Erbfolgeverbehalte das Agnatenrecht Hannovers als durch die stattgefundenen Theilungen gänzlich erloschen betrachtet werden muß? Man war bisher gewohnt, den Nachfolgeanspruch Hannovers als quasi selbstverständlich zu betrachten; wir haben im sechsten Capitel der gegenwärtigen Abhandlung über diese Meinung Kritik geübt und müssen zunächst die wissenschaftliche Widerlegung der letzteren erwarten.

Aber noch eine fernere Aufgabe scheint an die braunschweigische Landesvertretung, wenn dieselbe den Anschluß an Preußen wünscht, heranzutreten. — Sollte das jetzige Nachfolgerecht Preußens verneint werden, und der Fall einer vormundschaftlichen Regierung — sei es für den Herzog Carl, sei es für den jetzt regierenden König von Hannover, sei es für des letzteren etwa noch minorennen Nachfolger — eintreten: so dürfte es sich empfehlen, die Rechte Preußens aus der Expectanz von 1574 durch einen Beschluß der braunschweigischen Stände im Voraus einer concreten Anwendung zuzuführen, namentlich den Zeitpunkt zu bezeichnen, wann mit oder ohne ein Zusammenwirken dieses Erbfolgegrundes mit den

andern aufgestellten Fundamenten nach der Ansicht der braunschweigischen Landesvertretung der dortige Herzogsthron sich zu Gunsten Preußens erledigt. Die Rechtsgiltigkeit der Expectanz an sich ist zwar bereits dargethan, und es bedarf einer förmlichen Anerkennung derselben nicht; wohl aber könnte eine ausdrückliche Acceptation derselben Seitens der Staatsgewalten in Braunschweig manche unnöthige diplomatische Schwierigkeit im Voraus abschneiden.

Elftes Capitel.

Die Anwartschaft des Königreichs Sachsen an Braunschweig.

Die Beendigung des lüneburgischen Erbfolgekrieges nach der Schlacht bei Wilsen an der Aller (28. Mai 1388) hatte eine Erbverbrüderung zwischen den welfischen Herzögen Heinrich, Bernhard und (dem kinderlos verstorbenen) Friedrich einerseits, und den sächsischen Herzögen Rudolf, Wenceslaus und Albrecht, den damaligen Vertretern der durch die erste Erbfolgeeinsetzung Wilhelms mit dem großen Beine bevorzugten sächsischen (wittenbergischen) Linie, im Gefolge¹.

Kaiser Carl IV. hatte den sächsischen Fürsten im März 1370 wiederholt die Belehnung mit den lüneburgischen Landen ertheilt², und so wurde es denn Friedensbedingung, daß nach dem Aussterben des braunschweigischen Mannsstammes das Land um Lüneburg nebst der Stadt Hannover an Jene fallen sollte. Der hierüber lautende Vertrag datirt: Uelzen, Montags nach St. Ulrichs 1388³. Es ist schon erwähnt worden, daß Herzog Bernhard und Heinrich von Braunschweig zu derselben Zeit sächsische Prinzessinnen zur Ehe nahmen, und als sie demgemäß am 21. Januar 1389 zu Wittenberg ihren Gemahlinnen Wittthümer verschrieben⁴, wurde bei dieser Gelegenheit die geschlossene Erbverbrüderung nochmals bekräftigt.

Aus diesem Vertrage bestehen jetzt keine Rechte mehr, da die betreffende sächsisch-wittenbergische Linie, die auch von Albrecht dem Bären, also aus dem askanischen Hause her-

rührt, mit Albert III. im Jahre 1422 ausgestorben ist. — Das jetzige königlich und herzoglich sächsische Geschlecht stammt vielmehr von Heinrich dem Erlauchten (gestorben 1288), dem Vereiniger des alten markgräfllich-meißenschen und landgräfllich-thüringischen Hauses ab; ihr näherer Ahnherr ist Friedrich der Streitbare (gestorben 1428), Heinrichs des Erlauchten Urenkel. Zwar hatte auch der letztgenannte Herzog Friedrich eine Tochter Heinrichs, des Begründers der mittleren braunschweigischen Linie, zur Gemahlin; die diesfällige Abstammung der Könige von Sachsen aus dem welfischen Hause ist jedoch bei der viel näheren preussischen Cognation mit dem wolffenbüttelschen Geschlechte jetzt von keiner Bedeutung; in dieser Beziehung ist sogar Hannover noch viel näher mit Braunschweig verwandt, als die albertinischen und ernestischen neueren sächsischen Herrscher.

Das neuere Kurhaus, jetzige Königshaus Sachsen hat dagegen aus dem Jahre 1625 eine Expectanz auf braunschweigische Länder erhalten, über die sich bei den competenten Schriftstellern die verschiedenartigsten und widersprechendsten Ansichten vorfinden. Ist doch in einem und demselben Buche, in Schweder's *theatrum historicum*, an der einen Stelle⁵ bemerkt, die brandenburgische Expectanz von 1574 könne sich nicht auf alle braunschweig-lüneburgischen Lande beziehen, weil das sächsische Kurhaus ebenfalls im Jahre 1625 eine Anwartschaft auf jene Lande erhalten habe; während an einer andern Stelle⁶ dieses Buches gesagt wird: die sächsische Angefälls-Verschreibung beziehe sich nur auf diejenigen Lande, welche Herzog Friedrich Ulrich, der Letzte aus der mittleren braunschweigischen Linie, außerhalb der Gesammthand mit seinen Agnaten von Kaiser und Reich zu Lehn trage. Auch der sonst so genaue Moser neigt sich zu letzterer Ansicht hin⁷. —

Die Controverse kann nicht anders, als durch den Wortlaut der betreffenden Urkunde selbst gelöst werden, und dieser liegt in Königs deutschem Reichsarchiv tom. V. pag. 411 abgedruckt vor. — Das sächsische Expectanzprivileg datirt

nemlich vom 23. August 1625; es ist ertheilt von Kaiser Ferdinand II. für den Aussterbefall der betreffenden Mannserben und erstreckt sich:

1. auf die Reichslehen der Grafen von Hanau,
2. auf die Grafschaft Schwarzburg,
3. auf die Hälfte von Thüringen,
4. auf alle Lande, welche der Herzog Friedrich Ulrich von Braunschweig und Lüneburg zu Lehnrechten empfangen hat.

Bei dem letzteren Punkte ist wörtlich folgender Zusatz über die Qualität des sächsischen Anrechts gemacht:

„mit ausdrücklichen Worten in der gesammten Hand mit der Herzoge zu Lüneburg Liebden und von Maximilian dem Zweiten dem Churfürsten von Brandenburg gegebenen und auf die jetzt berührte gesammte Hand gerichteten Expectanz begriffen.“

Die drei ersten Gegenstände des Privilegs von 1625 gehen uns hier nichts an. Die Festsetzungen ad punctum 4. entscheiden aber die obige Streitfrage dahin:

- I. daß die sächsische Anwartschaft allerdings braunschweig-lüneburgische Besitzungen betrifft, aber nur die Lande der mittleren braunschweigischen Linie, d. h. die Fürstenthümer Wolfenbüttel, Calenberg und den Göttingischen Landestheil zwischen Deister und Leine;
- II. daß dem Agnatenrechte der welfischen Familie durch die kaiserliche Zusage nicht präjudicirt werden soll; dieser Vorbehalt ist übrigens noch besonders gewahrt durch ein Privileg an die anderen braunschweigischen Linien von demselben Jahre, worin verbrieft ist (7^b):
„daß dem fürstlich braunschweigischen und lüneburgischen Hause in Lehen Nichts zum Nachtheil vorgehen solle;“
- III. daß die brandenburgische Expectanz von 1574 durch das sächsische Privileg von 1625 nicht alterirt werden sollte.

Des Vorbehaltes ad III. hätte es aber streng genommen nicht einmal bedurft. Der Rechtsatz „prior tempore potior jure“ gilt ganz unbedenklich auch für Expectanzen, und die brandenburgische Anwartschaft ist ja ein halbes Jahrhundert älter. Außerdem aber ergeben sich bei genauerer Betrachtung gegen die Giltigkeit dieses Privilegs einige sehr wesentliche Bedenken.

Der Kaiser macht nemlich in dem Context desselben die (in der brandenburgischen Expectanz fehlende) Bemerkung, er zweifle nicht daran, daß er die ausdrückliche Zustimmung der Kurfürsten zu diesem Document erhalten werde. Nach der Reichsverfassung war eine solche Genehmigung der Kurfürsten nöthig, wo die Anwartschaft nicht auf bestimmte ältere Rechtstitel basirt war; wir haben Näheres über diesen Punkt oben im V. Capitel kennen gelernt. Daß der Kaiser auf dieses Erforderniß besonders Bezug nimmt, zeigt deutlich, daß er das Privilegium schon an sich nicht ohne Vorbehalt ertheilt hat. In letzterer Hinsicht ist es nun höchst wichtig, daß uns auch hier wieder der Archivar des großen Kurfürsten, Zacharias Zwanzig, erzählt⁸, daß er auf einer Dienstreise zu Wien im kaiserlichen Archiv nachgeforscht habe, ob denn zu dieser Expectanz die „Willebriefe“ der Kurfürsten ertheilt worden seien; er habe sich jedoch — so fährt er fort — überzeugt, daß namentlich „die kurbrandenburgische Approbation nie erfolgt sei, wie denn auch noch anderer Kurfürsten Consense fehlen.“ Für uns ist die hiermit gegebene Notiz um so wichtiger, weil wir die geheimen Beweggründe kennen, welche den Kaiser Ferdinand den II. zur Ertheilung der sächsischen Expectanz veranlaßt haben: nicht etwa die Abstammung des sächsischen Königshauses von der braunschweigischen Gemahlin Friedrichs des Streitharen, — sondern die Hilfsleistungen, die Sachsen dem Kaiser im böhmischen Kriege hatte angebeihen lassen, sollten zu Verdiensten um das Reich umgestempelt werden⁹. — Wir entnehmen daraus die sehr bedeutsame verschwiegene Ursache, aus welcher die Zustimmung

mung einiger Kurfürsten zu jener Anwartschaftsverleihung ausgeblieben ist, und es beirrt uns also auch nicht, daß Ferdinand III. und einzelne spätere Kaiser die sächsische Expectanz von Neuem bestätigt haben¹⁰. Eine solche incompetente Befräftigung konnte die ursprünglichen und fortbauernben Rechtsmängel nicht heilen. Abgesehen davon aber hat Brandenburg, das stets über derartige Vorgänge sich rasche und genaue Kenntniß zu verschaffen gewußt hat, regelmäßig bei solchen Gelegenheiten am Wiener Hofe feierlichen Protest einlegen lassen. — Auf Befehl des Kaisers sind dann auch jedesmal von der Hofkanzlei dem Hause Brandenburg Reverse des Inhalts ausgestellt worden, daß ihm die sächsische Expectanz nimmermehr in seinen Rechten schädlich werden solle¹¹. — Mehr bedarf es nicht, um von dieser Seite her jede Concurrency mit Preußen auszuschließen. —

Schlußgedanken.

Wenn man die Territorialgeschichte der brandenburgischen Staaten unter den Hohenzollern überblickt, so gleicht der sie gestaltende Geist einem unterirdischen Feuer, das unter der Oberfläche deutschen Gebiets in nachhaltiger Mächtigkeit lodert, bald hier und da heraufblitzt, da und dort wieder zurückzuckt, um dann immer wieder hervorzubrechen, und der Einheit der deutschen Lande zusteuernd, sich weiter und weiter zu verbreiten. Die Lebendigkeit und Fruchtbarkeit dieses in die preussischen Länder gelegten Keimes ist jedoch dadurch bedingt, daß das Preussenthum die berechtigten und lebensfähigen Momente der andern deutschen Gauen sich auch innerlich zu eigen macht, daß sein räumlicher Gebietsfortschritt in Deutschland zugleich eine geistige Durchbringung des specifisch-preussischen Geistes mit dem deutschen Gesamtwesen willig anstrebt, und daß die andern Particulargeister, soweit sie in ihrer Weise berechtigt dem Ganzen dienen, als ebenbürtig neben dem preussischen Hauptfactor zur Geltung kommen dürfen. Wir sind dem verwickelten Faden gefolgt, den diese unsichtbare und, wie wir eben bemerkt, in zwiefacher Hinsicht wirksame Gewalt auch über die welfischen Lande geschlungen hat, und bewahren auch hier hinsichtlich der Form der Geltendmachung der preussischen Ansprüche unsere alte Tradition: das historische Recht, die Verdienste um Kaiser und Reich, verbunden mit der gemeinsamen Abstammung, und der gemeinschaftliche Verus zu Schutz und Trutz bilden ein in nachhaltiger Entwicklung zur Reife strebendes Fundament für die preussische Erwerbung des Her-

zogthums Braunschweig, ein Fundament, das die Vergangenheit und das Gesetz ehrend und die verfassungsmäßige Uebereinstimmung mit den Staatsgewalten des Herzogthums Braunschweig im Auge behaltend, eine dauerndere und sichrere Wirkung verspricht, als alle Rechtstitel, die der souveraine Volkswille allein durch seine Abstimmungen besiegeln soll.

Möge es der vorliegenden Arbeit beschieden sein, in diesem Sinne einen Beitrag zur Lösung der braunschweigischen Successionsfrage zu liefern!

I.

Belagsstellen zu den einzelnen Capiteln der Abhandlung.

Allgemeines.

Die Hauptquellen sind: Mosers deutsches Staatsrecht, besonders Theil XIII. und Theil XXIII. Lunigs deutsches Reichsarchiv, desselben Corpus juris feudalis, die Chronik Alberts von Stade und Arnolds von Lübeck, die Scriptores Rerum Brunsvicensium von Leibniz, Rehtmeiers braunschweig-lüneburgische Chronik, Niedels N. Codex diplomaticus, ferner die Incrementa Prusso-Brandenburgica von Zacharias Zwanzig und die Origines Guelficae. —

Einzelne Anmerkungen.

Zum ersten Capitel.

1. Chron. Luneburgicum bei Leibniz l. c. tom. III. pag. 174. Rehtmeier l. c. tom. III. pag. 1820 sq. Chronik Arnolds von Lübeck Buch II. Cap. 10.
2. Die Urkunde ist abgedruckt bei Lunig, deutsches Reichsarchiv, zweiter specieller Theil in Continuation II. unter der Rubrik „Braunschweig“ pag. 251. — Vermöge derselben erhielt insbesondere Kaiser Otto IV. Braunschweig, Stadt und Gebiet. Nach seinem Tode fiel es an Pfalzgraf Heinrich, seinen Bruder.
3. Eine Copie dieser Urkunde findet sich bei Rehtmeier, tom. III. pag. 1824.
4. Autographum tabula vernacula, bei Leibniz tom. III. pag. 48.
5. Diese Bestimmungen lauten in der alten lex Saxonum (Ausgabe von Johannes Merkel, Berlin 1853) wörtlich wie folgt:

- XLI. Pater autem et mater defuncti filio non filiae hereditatem relinquunt.
- XLIV. Qui defunctus non filios, sed filias reliquerit, ad eas omnis hereditas pertineat.
- XLVI. Qui filiam ac filium habuerit et filius uxore ducta et filium genuerit et mortuus fuerit, hereditas patris ad filium filii id est nepotem non ad filiam pertineat.

Die Streitfrage, ob vor 1235 an Stelle dieser Bestimmungen schon der Sachsenspiegel gegolten habe, ist müßig, weil der Sachsenspiegel über diese Erbverhältnisse ganz ähnliche Bestimmungen enthält; vgl. lib. I. art. 17. Sachsenspiegel, und die Abhandlung in Struve's „rechtlichen Bedenken“ über das Thema: „Töchtererbsfolge in den welfischen Landen“.

6. S. den Stammbaum Anlage II. A.
7. Chronik Alberts von Stade, Jahr 1227 sq.
Orig. Guelficae tom. IV. pag. 82 sq.
Chron. Lüneburgense bei Leibnitz l. c. pag. 175.
8. Die Urkunde ist abgedruckt im N. Codex diplomaticus von Kiedel, pars generalis II. tom. I. pag. 15. Der Kaiser ernennet darin u. A. zum Schiedsrichter: „alterum Marchionem Brandenburgensem.“ Welchen von beiden damals regierenden Markgrafen von Brandenburg, ob Johann I. oder Otto III. (aus dem askanischen Hause), der Kaiser gemeint habe, ist in der Urkunde nicht gesagt; der Ausdruck läßt aber die Deutung zu, daß der „jüngere“ unter „alter“ verstanden wird, ähnlich dem deutschen „der Andere“ für „der Zweite.“

Gleichwohl sind in der demnächst 1235 ausgestellten Vergleichs- und Lehnurkunde beide obengenannte Markgrafen von Brandenburg unterzeichnet.

9. Rehtmeier l. c. pag. 1829 sq.
10. Die Urkunde ist in den Orig. Guelficis tom. IV. pag. 49. mitgetheilt. Die entscheidenden Worte sind (nachdem von der Oblation des Landes Lüneburg die Rede gewesen), folgende:
Civitatem insuper de Brunsvich, cujus medietatem proprietatis domini a Marchione de Baden et reliquam medietatem a Duce Bavariae dilectis Principibus no-

stris emimus, pro parte uxorum suarum, quae fuerunt quondam filiae Henrici de Brunsvich, Comitis Palatini Rheni, patruidicti Ottonis, similiter in eadem curia imperio concessimus, proprietatem nobis debitam in dominium Imperii transferentes. Quapropter civitatem de Brunsvich et castrum Luneburch (quod Ottoni proprium, idiomate Teutonico vocatur „Eygen“) cum omnibus aliis castris et pertinentiis suis univimus et creavimus inde Ducatum et etc. ipsum Ducatum in feudum imperii ei (Ottoni) concessimus, ad heredes filios filiasque hereditarie devolvendum.“

11. Im Eingange der eben citirten Urkunde sind diese Unterschiede ganz deutlich hervorgehoben.
12. Eichhorn, deutsche Staats- und Rechtsgeschichte Theil III. S. 228 ff., und Theil I. S. 374.
13. Diese Interpretation hält auch Leibniz für die allein richtige. Introductio zu tom. III. der Script. Rerum Brunsv. sub No. IV. pag. 6.
14. Chron. Luneburgicum bei Leibniz tom. III. No. IV. pag. 177.
15. Chron. Bothonis Brunsv. picturatum ibid. pag. 369. Rehtmeier l. c. I. pag. 520. Chron. Luneburgicum l. c. pag. 176.
16. Rehtmeier l. c. I. pag. 527 sq.
17. Calvörs „altes Niedersachsen“ pag. 499. Lezners Dasselsche Chronik III. cap. 13 ff.
18. Chron. Luneb. l. c. pag. 179. Chronicon Sti. Aegidii bei Leibniz a. a. O. S. 539.
19. Chron. Luneb. ib. pag. 192 ff.
20. Meinerscher Receß d. d. 5. September 1634. bei Lunig l. c. pag. 1016.
21. Lunig ibid. pag. 356.

Zum zweiten Capitel.

1. Rehtmeier a. a. O. S. 520. 599. Theil I. Calvör l. c. S. 141. Dasselsche Chronik III. Cap. 14., IV. Cap. 8.
2. Rehtmeier ib. S. 520. unten.

3. Bothonis Chron. Brunsv. picturatum bei Leibnitz I. c. tom. III. pag. 349.
Havemann, braunschweig-lüneburgische Geschichte I. S. 409.
4. Die Sprunerische Charte von Deutschland von 1493 bis 1618 giebt ein annäherndes Bild der Territorialgestaltung, jedoch nur unvollständig.
5. Keane, dissertatio de successione in familia Brunsvico-Lunenburgensi usitata pag. 9.
6. Havemanns braunschweig-lüneburgische Geschichte I. S. 414 sq.
7. Eine Aufzählung dieser Erbverträge mit kurzer Inhaltsangabe giebt Moser in seinem Staatsrecht Bd. 13. S. 64 ff. und Bd. 23. S. 30 ff.
8. S. die Geschichte des Hauses Grubenhagen bei Rehtmeier a. a. D. pag. 520 ff. Auch läßt sich die Natur der Erbfolgebestimmungen und die beibehaltene Coinvestitur durch Rückschluß aus der Reihenfolge der Grubenhagenschen Fürsten ermitteln. S. den Stammbaum bei Rehtmeier ebd. S. 590.
9. Havemann, braunschweig-lüneburgische Geschichte Th. II. S. 377.
10. ebenda S. 373.
11. Wolf, politische Geschichte des Eichsfeldes Th. II. S. 24 ff.
12. Havemann I. c. Theil I. S. 428. 429.
13. ebenda Theil II. S. 375. 376.
14. ebenda S. 426.
15. ebenda.
16. Moser I. c. Theil 13. Seite 87.
17. ebenda Seite 87 ff. Havemann Theil II. S. 492 ff.
18. Havemann II. S. 494.
19. Diese Verträge sind abgedruckt in Selchows Magazin für die deutschen Rechte und Geschichte Theil I., von 1635 ab (nicht 1735, wie es irrthümlich auf S. 1. heißt); der von 1629 wird erwähnt bei Moser a. a. D. Theil 23. S. 42.; ausführlicher sind sie angegeben bei Rehtmeier I. c.
20. Havemann I. c. Th. II. S. 719.
21. Selchow a. a. D. S. 79.

Zum dritten Capitel.

1. Havemann, a. a. O. Th. II. S. 370sq.
2. ebenda S. 291. Note 4.
3. Ein wörtlicher Abdruck dieser Urkunde ist sub No. III. A. hier beigelegt.
4. Zwanzig, Incrementa Prusso-Brandenburgica, pars octava, cap. 14. Benutzt ist hier das in der Privatbibliothek des Herrn Geh. Archivrath Dr. Riedel befindliche Exemplar. Nach der Seitenzahl dort: pag. 183sq.
5. Das welfische Chronicon Rhythmicum bei Leibniz l. c. tom. III. pag. 135 sagt über diese Ehe der Tochter Otto's des Kindes:
die Erste, von ihm gewachsen,
nahm Herzog Albrecht von Sachsen.
In Botho's Chronicon picturatum ib. pag. 363 ist zwar die älteste Tochter Otto's Mathilda genannt; jedoch irrthümlich, wie Rehtmeier in seiner Chronik tom. I. pag. 485 überzeugend nachweist.
6. S. über diese Abstammungsverhältnisse: Stillfried, Hohenzollernsche Alterthümer unter der Ueberschrift „Cadolzburg“; Stillfried und Maercker, Hohenzollernsche Forschungen pag. 251., und den dem letzteren Buche beigelegten Stammbaum.
7. Diese Lehnbriefe aus den Jahren 1417, 1497, 1566, 1625, 1638, 1651, 1667, 1692 sind abgedruckt bei Runig l. c. pag. 255. 321. 335. 356. 363. 402. 1014. 1017sq.
8. Eichhorn, deutsche Staats- und Rechtsgeschichte III. S. 263.
9. Havemann, braunschweig-lüneburgische Geschichte Theil II. S. 381. Anmerkung 1.
10. Reichsabschied von Speier de 1542. Art. 24. Reichsabschied von Nürnberg de 1542 §. 5. Pauli, allgemeine preussische Staatsgeschichte tom. III. pag. 233.

Zum vierten Capitel.

1. Schilter, Codex juris alemannici feudalis pag. 181.
Böhmer, electa juris feudalis pars II. §. 31.
2. Havemann l. c. Th. II. S. 373.
3. ebenda Anmerkung 1.
- 4a. Ein Auszug dieser Urkunde befindet sich im Königl. Geh. Archiv. Der Verfasser dieser Schrift verdankt diese Notiz

handschriftlichen Aufzeichnungen des Herrn Prof. Dr. Droysen, welche dieser seiner Geschichte der preussischen Politik zu Grunde gelegt hat.

- 4b. Dieselbe Quelle.
5. 6. 7. Desgleichen.
- 8a. Havemann l. c. Th. II. S. 477.
- 8b. ebenda S. 494. Anm. 1.
9. wie ad 4a. ermittelt.
10. ebenso.

Zum fünften Capitel.

1. Itter, de feudis imperii cap. X. §. 3. pag. 559.
2. Goldne Bulle Cap. 7. Goldastus: imperatorum statuta tom. IV. cl. I. pag. 111. 127.
3. Sendenberg, Corpus juris feudalis alemannici pag. 886 sq.
4. ibidem, Auszüge aus den späteren Capitulationen, diesen Punkt betreffend.
5. Dieselbe Quelle, und Itter pag. 560 sq.
6. Moser, von der deutschen Lehnverfassung S. 190.
Moser, Reichshofrathsproceß Th. III. Cap. II. §. 6 ff.
Itter l. c. Cap. X. §. 2.
Häberlin, deutsches Staatsrecht §. 408.
Mascey, dissertatio de expectativis in feuda imperii §. 28 sq.
7. Kiegger, Josephs II. harmonische Wahlcapitulation Art. 10. 11.
Sendenberg l. c. pag. 882 sq.
8. Dumont, Corps universel diplomatique Suppl. II. 1. 468.
Lunig, l. c. cont. II. unter der Rubrik „Brandenburg“ pag. 45 sq.
9. Zwanzig l. c. pag. 183 sq.
10. 11. Derselbe ibid.
12. die ad 4a. zu cap. IV. citirte Quelle.

Zum sechsten Capitel.

1. Havemann l. c. Th. II. S. 477.
2. ebd. S. 487.
3. Anlage III. E.
4. Orig. Guelficae tom. IV. praef. pag. 20

5. *ibidem*.
6. Moser, Staatsrecht tom. 13. pag. 69.
7. 8. 9. 10. 11. 12. Die Verträge sind im Extract bei Moser angegeben, a. a. O. Th. 13. S. 64 ff. u. Th. 23. S. 39 ff.; der von 1374 steht auch bei Lunig l. c. pag. 1012. cf. Maneke, braunschweig = lüneburgisches Staatsrecht S. 93. u. 94., und hinsichtlich des Vertrages von 1428 Koch, Geschichte des Hauses Braunschweig-Lüneburg S. 289.
13. Moser l. c. Th. 13. S. 87sq.
14. Maneke, braunschweig-lüneburgisches Staatsrecht S. 150. Lunig l. c. pag. 162.
15. Havemann l. c. tom. II. pag. 96.
16. *ib.* pag. 477.
17. *ib.* pag. 489.
18. Diese Verträge sind theils abgedruckt bei Seldow l. c. Th. I. S. 63. und 98.; theils ihrem Inhalte nach angegeben bei Havemann Th. II. S. 707 ff.
19. Der Keceß von 1665 ist abgedruckt bei Seldow *ib.* S. 103, der Vertrag von 1646 bei Rehtmeier l. c. S. 1671. Der von 1611 bei Pfeffinger, braunschweig-lüneburgische Historie, Th. II Seite 1058.
20. *ibidem* pag. 123sq.
21. Zwanzig, in der Schlußübersicht seines Werkes.

Zum siebenten Capitel

1. Lunig l. c. S. 1014.
2. Havemann a. a. O. Th. I. S. 464sq.
3. Moser l. c. Th. 13. S. 75 ff.
4. Derselbe S. 79. Havemann l. c. Th. II. S. 212.
5. Havemann *ebd.* S. 209.
6. Lunig, deutsches Reichsarchiv, Cont. II. pars II. pag. 209.
7. Kiedel, N. Codex diplomaticus tom. VII. pag. 436.
8. Vergleiche goldne Bulle, Cap. 7. §. 1. mit den Deductionen in den Orig. Guelfeis tom. IV. praef. §. 52. und bei Rehtmeier tom. I. pag. 475.
9. Maneke, braunschweig-lüneburgisches Staatsrecht. S. 113. unten.

Zum achten Capitel.

1. Reichsdeputationshauptschluß von 1803 §. 4.
2. l. c. Th. I. S. 93.
3. a. a. D. S. 185. Rotted und Welcker, Staatslexicon Bd. 1. S. 626.
4. Tilsiter Frieden Art. 10. u. 11.
5. Zusatzartikel zum Pariser Frieden, abgedruckt in Rohrscheidts „Preußens Staatsverträge“ pag. 756.
6. Eichhorn, deutsche Staats- und Rechtsgeschichte, Theil II. §. 221. 222. 234 a. 299. 300. 301.
7. Boehmer, principia juris feudalis §. 371.
8. Struve, rechtliche Bedenken Theil I. Seite 163. Anmerkung 1. Theil II. S. 59. §. IV. Cramer, Nebenstunden pars IV. pag. 6. 7. (investitura eventualis et abusiva ist ja in cap. V. erwiesen).
9. Dasselbe Princip verfolgt der in diesen Tagen vorgelegte Gesetzentwurf, betreffend die Aufhebung der Lehen in den österreichischen Landen.
10. Ribbentrops Beiträge S. 139sq. Manefe l. c. S. 97.
11. Zachariae, die deutschen Verfassungs Gesetze Theil II. S. 697.
12. S. die betr. Lehnbriefe, wie sie Cap. III. ad. No. 7. citirt sind.
13. Havemann, braunschweig-lüneburgische Geschichte Theil III. S. 318. giebt die betreffende Erklärung im Auszug wieder; er hat das im Archiv zu Hannover befindliche Original ebenso benutzt, wie alle seine Anführungen von daher mit reichen Belegen unterstützt sind.

Zum neunten Capitel.

1. Ehevertrag bei Riedel l. c. pars gen. II. tom. I. pag. 7. 72. 100.
2. 3. Riedel l. c. tom. I. pag. 443. Rehtmeier l. c. pag. 535.
4. Riedel, zehn Jahre preussischer Geschichte S. 99 ff.
5. Derselbe im Codex Diplomaticus tom. III. pag. 204. 214. 216.
6. Riedel, Codex D. tom. III. pag. 451. 495. 496., Abdruck der Eheverträge.
- 7a. ib. pag. 362.
- 7b. Hiernach ist die von Manefe l. c. S. 114 vertheidigte Ansicht, daß die preussischen Expectanzen erst nach dem Aus-

sterben des welfischen Weiberstammes wirksam werden, entschieden unrichtig.

8. bis 11. Kiedel l. c. tom. IV. pag. 279. tom. V. pag. 182. 493. tom. VI. pag. 339. 370. 413. 415. (überall in der pars generalis II.)
12. Koch, Geschichte des Hauses Braunschweig-Lüneburg S. 284. 330. Manete l. c. §. 79. Anmerkung 14.
13. Kiedel l. c. tom. VII. pag. 436.

Zum zehnten Capitel.

1. Havemann, braunschweig-lüneburgische Geschichte Bd. 3. S. 87.
2. ebenda S. 92.
3. ebenda S. 94.
4. ebenda S. 86. 87.
5. Moser, Staatsrecht Theil 13. S. 77. 78. 79.
6. Havemann l. c. S. 155. Anmerkung, Absatz 2.
7. Derselbe S. 192. ebd.
8. Zachariae, die deutschen Verfassungsgesetze Th. II. S. 693 ff. §§. 3. 7. 57. 98. 105. Gesetz vom 22. November 1851. S. 731. ebd.

Zum elften Capitel.

1. Havemann l. c. Th. I. S. 525.
2. ebenda S. 479. 484.
3. ebenda S. 525. Anmerkung 2.
4. ebd. S. 525. Anmerkung 1. Orig. Guelficae tom. IV., pract., pag. 44.
5. Schweders theatrum historicum, editio de 1725. pars I. pag. 491.
6. ibid. pars II. pag. 460.
- 7a. Moser, Reichshofraths-Proceß Theil III. Cap. II. §. 32. 29. Derselben unrichtigen Ansicht ist Zwanzig l. c.
- 7b. Lunig, deutsches Reichsarchiv tom. V. pag. 1016.
8. Zwanzig ibidem.
9. 10. Derselbe a. a. O.; ad 10. auch Lunig tom. V. pag. 712. im Reichsarchiv.
11. Der Archivar Zwanzig hat diese Urkunden, wie er erzählt, selbst eingesehen.

III. A.

Kaiser Maximilians II. Expectanzverleihung auf Grubenhagen 1564.

Wir Maximilian der Ander von gottes gnaden Erwelter Römischer Kaiser etc. Bekennen für vns vnnnd vnserer nachkommen am Reiche öffentlich mit disem brieff vnnnd thun khundt aller meniglich: Das wir gütlich han gesehen vnnnd betracht die sonndere stete affection lieb vnnnd zunaigung, damit des Hochgebornnen Joachimen Marggrauen zu Brandenburg etc. vnsers lieben Ohaims vnnnd Churfürsten vorfaren vnnnd sein Lieb selbs weilennd vnsern Vorfaren am Reiche Römischen Kaisern vnnnd Königen vns vnnnd dem heilligen Reiche vnnnd vnserm löblichen Hausz Osterreich iederzeit zugethan vnnnd verwandt gewest vnnnd noch, Auch die getrewen angenehmen nutzlichen vnnnd ersprieslichen diennust, so gemelts vnsers lieben Ohaims vnnnd Churfürsten vorfarn vnnnd sein Lieb selbs weilennd vnsern Vorfaren, Auch vns vnnnd dem heilligen Reich vnnnd vnserm löblichen Hausz Osterreich in manigfaltig wege mit sonderm genaigtem vleis vnuerdrossenlich ertzaigt vnnnd bewisen, Sein lieb auch hinfüro nit weniger zu thun gehorsamlich vrpittig ist auch wol thun mag vnnnd solle Vnnnd darumb zu ains thails ergetzlichait gedachts vnsers Oehaims des Churfürsten zu Brandenburg Vorfaren, auch seiner Lieb selbs vnsern Vorfaren am Reich auch vns gelaistet getrewer diennst mit zeitlichem wohlbedachtem mueth, guetem Rath vnnnd rechter wissen gedachtem vnserm lieben Ohaimen vnnnd Churfürsten Marggrauae Joachimen zu Brandenburg etc. vnnnd seiner Lieb mandlichen ehelichen leibs erben diese genedige zu-

sag vnnd vertröstung gethan vnnd Expectantz gegeben haben — Vnnd thun das hiemit von Römischer Kaiserlicher macht wissentlich in crafft ditz brieues, also da sich über kurtz oder lang zutragen, das der mendlich stam der Jetz Regierenden Fürsten von Braunschweig zum Grobenhagen gantz vnnd gar abgeen vnnd aufhören wurde, alsdann solch Fürstenthumb mit allen seinen Regalien, Grafschafften, Herrschafften, Manschafften, Lehenschafften, Herrlichaiten, Wildpannen, Ehren, Wirten, Gerichtszwengen, Schlössern, Stetten, Flecken, Merckten, Dörffern vnnd guetern so vil dessen von vns vnnd dem heilligen Reich zu lehen rüert, auch derselben aller Privilegien, Freihaiten, Rechten, gerechtigkeiten vnnd zugehörungen, wie solches obgemelte Jetz Regierende Fürsten zu Braunschweig zum Grobenhagen Innhaben, auf obgemelten vnsern lieben Oehaim vnnd Churfürsten Marggrauae Joachimern zu Brandenburg vnnd seiner Lieb eheliche mandliche Leibs Erben erblich fallen komen. Vnnd Inen so bald sich obgemelter Fall obgehörter massen zutregt von vns vnnd vnsern Nachkomen am Reiche vor meniglich zu rechten manlehen verliehen vnnd zuegestellt Vnnd darüber nottürftige Lehenbrieff wie sich gebürt verfertigt werden.

Vnnd gemelter vnser lieber Ohaim vnnd Churfürst vnnd seiner Lieb Mandliche eheliche leibs erben obberüert Fürstenthumb Braunschweig zum Grobenhagen sambt desselben zugehörigen Grafschafften etc. alsbaldt nach obangetzognem fall auf erlangte vnser oder vnserer Nachkomen am Reich belehnung einzunemen Vnnd damit als vnserm vnnd des Reichs Aigenthumb vnnd irem Lehen zu thun vnnd zu hanndlen guet fueg vnnd macht haben Inen auch auf obberürten fall zur Possession obberürts Fürstenthumbs vnnd desselben zugehörigen Grafschafften etc. vor meniglich one allen vertzug oder verwaigerung verholffen werden solle — Wir oder vnser Nachkomen am Reiche sollen vnnd wellen auch wider dise vnser Kaiserliche Zusag vnnd Expectantz oder derselben zu nachtail weder aus aigner bewegnus noch auf Jemandts anhalten nichts bewilligen noch ausgeen lassen — Da es aber vielleicht aus vergessenhait oder auf Jemandts anhalten oder in andere wege wie das were beschehe, solle doch dasselb kain crafft

noch macht haben, sonndern nichtig vnnnd von vnwerden vnnnd vilgedachten vnsern lieben Oehaim dem Churfürsten zu Brandenburg vnnnd seiner Lieb mandlichen ehelichen leibs Erben an diser vnserer Zusag vnnnd Expectantz one allen nachtail vnnnd schaden sein — Dann wir solches alles sovil es diser vnser Zusage vnnnd Expectantz zuwider sein angetzogen oder gedeutet werden möchte Jetz alsdan vnnnd dann als Jetz für nichtig, crafftlos vnnnd vnpündig erkennen ercleren — Dasselb auch für vns vnnnd vnser Nachkomen am Reich aus Römischer Kaiserlicher macht, volkomenhait vnd rechter wissen aufheben, cassieren, abthuen vnnnd vernichten. Auch hiemit also aufgehebt, cassiert, abgethan vnnnd vernicht haben wellen etc. — Mit vrkhundt ditz Brieues besiglet mit vnserm Kaiserlichen anhangendem Insigl — Geben in vnser Stat Wien den letzten Augusti Nach Christi vnsern lieben herren vnnnd Seligmachers geburt 1500 vnnnd im 64., Vnserer Reiche des Romischen vnnnd Hungerischen im Andern vnnnd des Behaimischen im Sechzehennnden — Jaren.

Maximilian.

III. B.

Kaiser Maximilians II. Expectanzverleihung auf die Braunschweigischen und Lüneburgischen Lande vom 10. Juni 1574.

Wir Maximilian, der Ander, von Gottes gnaden Erwelter Römischer Kaiser zu allen Zeitten mehrer des Reichs, Inn Germanien, zu Hungern, Behaimb, Dalmatien, Croatien vnnnd Slavonien etc. König, Ertzhertzog zu Oesterreich, Hertzog zu Burgundt, zu Brabant, zu Steier, zu Khärndten, zu Crain, zu Lützburg, zu Wirtemberg, Ober- vnd Nieder-Schlesien, Fürst zu Schwaben, Marggraue des heiligen Römischen Reichs, zu Burgaw, zu Märhern, Ober- vnnnd Nieder-Lausnitz, Gefürster Graue zu Habsburg, zu Tyrol, zu Phierdt, zu Kiburg vnnnd zu Görtz etc., Lanndtgraue zu Elsas, Herr auf der Windischen Markh, zu Portenau vnnnd zu Salins etc. — Bekhennen für vnns vnnnd vnser Nachkhomen am Reich, offenntlich mit diesem Brief. — Nach dem wir hieuor auf vnnderthenig ansuechen weilandt den Hochgebornen vnnserm lieben Oheim Schwavnnnd Churfürsten Marggraf Joachim zu Brandenburg, mit dem Anfall an dem Hertzogthumb Grobenhagen Allergenedigist begnadigt, darüber auch Seiner Lieb gepürlichen Schein mittgethailt — Vnnnd sich aber dar sider verschines der ringern zall. Sibentzigisten Jahrs zugetragen, Das der Hochgeborn Julius Hertzog zu Braunschweig vnnnd Lünenburg, vnser lieber Ohaim, Guatter vnnnd Fürst von sein vnnnd aller annderer Hertzozen zu Braunschweig vnnnd Lünenburg wegen mit den Fürstenthumben Braunschweig vnnnd Lünenburg, wie dieselben Ire vorfordern, Fürsten zu Braunschweig vnnnd Lünenburg vnnnd Sy biszhero

Inngehabt, genossen, gebraucht vnnnd herbracht, nichts aussgeschlossen, so von vnns vnnnd dem Heiligen Reich zu Lehen rüeret, In gemeinschafft vnnnd versamlet empfangen. — Dessen sich aber der auch Hochgeborn Johann Georg Marggraf zu Brandenburg, zu Stettin, Pommern, der Cassuben und Wenneden Hertzog, Burggraf zu Nürnberg vnnnd Fürst zu Rugen, des heiligen Römischen Reichs Ertz-Cammerer, vnnsrer lieber Ohaim vnnnd Churfürst, bey vnns etlicher massen beschweret, mit vermeldung das solche gesampfte Hanndt aller Hertzogen zu Braunschweig, Seiner Lieb an obangeregter anwartung zu dem Hertzogthumb Grobenhagen, etwas praejudicial vnnnd nachthaillig fallen wolte, Vnnnd darauf gehorsambs vleis gepetten, Sintemal Sefn Lieb gleichwol gedachter von Braunschweig gesambte Belehenung, deren zwischen seiner vnnnd Irer Liebden verwandtnus vnnnd Freundschaft halben, vngern widerfechten, Herwider aber auch das unzweifelich vertrauen zu vnns trüegen, das wir Seiner Lieb vnnnd dero Voreltern wolerlangte Privilegien, Freyhaiten vnnnd gerechtighaiten, vilmehr zu mehren, dann zu schmelern genaigt weren, Wir geruechten Seiner Lieb zu genaden vnnnd guetem vnnnd In erwegung das durch vorgemelte aller Hertzogen zu Braunschweig vnnnd Lünenburg versamblung, die Sachen dahin kommen, Das Sein Lieb oder Ire Erben, wann Sy vnnsrer Begnadung an der Hertzogen zu Grobenhagen Landen etwas geniessen solten, nicht allain der Hertzogen zu Grobenhagen, sonnder aller Hertzogen zu Braunschweig vnnnd Lünenburg vnnnd Irer aller Erben, Thötlchen Abgannng erwarten müessten, mehr gemelte anwartschafft, auf der Hertzogen zu Grobenhagen Landt allergenedigist zu erweitem, vnnnd Seiner Lieb vnnnd deren Erben auf den fahl, Wann alle Hertzogen zu Braunschweig vnnnd Lünenburg vnnnd derselben Erben, für vnnnd für, one Manliche Leibs Lehens Erben absturben, die anwartung an aller Irer Liebden Braunschweigischen vnnnd Lünenburgischen Landen, so vil deren von vnns vnnnd dem Heiligen Reich zu Lehen rüeren, zu bewilligen. — Das wir demnach guetlich angesehen solch Seiner Lieb vleissig pitten, Auch die getrewen, angenehmen, nutzlichen vnnnd erspriesslichen dienst, So Sein Lieb vnnnd weilendt dero Vorfordern Marggra-

nen vnnnd Churfürsten zu Brandenburg, weilendt vnnsern vnfahren am Reich, Römischen Kaisern vnnnd Künigen, vnns vnnnd dem heiligen Reich vnnnd vnnserm löblichen Hausz Oesterreich In manigfeltig weeg mit sonnderm genaigten willen vnnnd gehorsamb vnuerdrossenlich erzaiget vnnnd bewisen, Sein Lieb auch hinfüro nit weniger zu thun erpjetig ist, Auch wol thuen mag vnnnd soll. — Vnnnd darumb zu desto mehrer ergetzligkait derselben mit zeitlichem wolbedachtem mueth, guetem Rath vnnnd Rechter wissen, gedachtem vnnserm lieben Ohaim vnnnd Churfürsten Marggraf Johann Georgen zu Brandenburg etc. vnnnd Seiner Lieb Mannlichen Ehelichen leibs Erben Dise genad vnnnd Expectantz gegeben haben — Thuen das hiemit von Römischer Kaiserlicher macht wissenntlich In Chrafft ditz Briefs, Also, da sich vber khurtz oder lanng zu tragen, das der Mänlich Stamm der Fürsten zu Braunschweig vnnnd Lünenburg, gantz vnnnd gar abgehn vnnnd aufhören wurde, das alsdann solch Fürstenthumb mit allen vnnnd Jeden Iren Regalien, Graffschafften, Herrschafften, Manschafften, Lehenschafften, Herrligkhaiten, Wildtpannen, Ehren, Werden, Gerichtzwengen, Schlössern, Stetten, Fleckhen, Märckhten, Dörffern vnnnd güettern, souil deren von vnns vnnnd dem Heiligen Römischen Reich zu Lehen ruert, Auch derselben aller Privilegien, Freyhaiten, Rechten, gerechtighaiten vnnnd Zugehörungen, wie solches obgemelte Jetz Regierende Fürsten zu Braunschweig vnnnd Lünenburg Innhaben, auf obgemelten vnnsern lieben Ohaim vnnnd Churfürsten Marggraf Johan Georgen zu Brandenburg vnnnd Seiner Lieb Ehliche Manliche leibs Erben oder derselben Erbens Erben Erblich fallen, kommen, vnnnd Inen, so baldt sich obgemelter fahl, obgehörter massen, zutregt, von vnns vnnnd vnsern Nachkhomen am Reiche, vor meniglich zu Rechtem Mannlehen verlihen vnnnd zugestellt, vnnnd darüber nottürfftige Lehenbrief, wie sich gepürt, verfertigt werden, vnnnd gemelter vnser Oehaim der Churfürst vnnnd Seiner Lieb Mannliche eheliche Leibs Erben oder dero Erbens Erben obberüerte Fürstenthumb Braunschweig vnnnd Lünenburg mit derselben zugehörigen Grafschafften, Herrschafften, Schlössern, Stetten, Fleckhen, Märckhten, Dörffern, Privilegien, Rechten, gerechtighaiten vnnnd Zugehörungen, wie obsteet,

Alsbaldt nach obangezogenem fall auff erlanngte vnser oder vnserer Nachkhomen am Reich belehenung einzunemen, vnnd damit, als vnserm vnnd des Reichs Aigenthumb vnnd Ihrem Lehen zu thuen, vnnd zu handlen, guet fueg vnnd macht haben, Inen auch auf obberürten fall zu Possession obberüerts Fürstenthumbs vnnd desselben zugehörigen Grafschafften, Herrschafften, Schlössern, Stetten, Fleckhen, Märckhten, Dörffern, Privilegien, Rechten vnnd gerechtigkeiten vor meniglich one allen verzug oder verwaigerung verholffen werden solle — Wir vnnd vnnsere Nachkhomen am Reich sollen vnnd wollen auch wider dise vnnsere Kaiserliche Zuesag vnnd Expectantz oder derselben zu nachtail, weder ausz aigner bewegnus, noch auf Jemants anhalten, nichts bewilligen noch auffgehen lassen, Da es aber vielleicht aus vergessenhait oder auf Jemants anhalten, oder In andere weege, wie das were, beschehe, solle doch dasselbig khain Crafft, noch macht haben, sonndern nichtig vnnd von Unwirden vnnd vilgedachtem vnserm Oehaim dem Churfürsten zu Brandenburg vnnd Seiner Lieb Mannlichen Ehelichen Leibs Erben, an diser vnserer Zusage vnnd Expectantz one allen nachtail vnnd schaden sein. Dann wir solches alles souil es dieser vnserer Zusage vnnd Expectantz zuwider sein, angezogen oder gedeüttet werden möchte, Jetz alszdann, vnnd dann als Jetzt, für nichtig, Crafftlos vnnd vnüpündig erkennen, ercleren dasselb auch für vnns vnnd vnser Nachkhomen am Reich aus Römischer Kaiserlicher macht volkhommenhait vnnd Rechter wissen, aufheben, Cassieren, abthuen vnnd vernichten, auch hiemit also aufgehebt, Cassiert, abgethon vnnd vernicht haben wollen. — Doch Inn annder weeg vnns, vnnd dem heiligen Reiche an vnseren Obrighaiten vnnd Rechten, der Anschleg vnnd anders halben, vnnd sonnst meniglich an seinen gerechtighaiten vnuergriffen vnnd vnschedlich, Auch also, das vilgemelter vnser lieber Ohaim der Churfürst zu Brandenburg vnnd Seiner Lieb Eheliche Mannliche Leibs Erben auf obangezogenen fall obberüerte Fürstenthumb Braunschweig vnnd Lünenburg, sambt derselben zugehörigen Grafschafften, Herrschafften, Mannschafften, Lehenschafften, Stetten, Schlössern, Fleckhen, Märckhten, Dörffern, vnnd andern seinen Rechten vnnd gerechtig-

kaiten, souil deren von vnns vnnd dem Heiligen Reich zu Lehen rueren, Wann vnnd so oft das zu fellen kombt, von vnns vnsern Nachkomen vnnd dem Reich zu Lehen zu erkennen vnnd zu emphahen. Vnnd derwegen gewonlich Phlicht, vnnd alles annders, das sich dauon gepurth, vnnd von alter herkommen ist, zu thun schuldig sein sollen — Mit vrkhundt ditz Brieffs besigelt mit vnserm Kaiserlichen Anhangennden Innsigel. Geben Inn vnnser Statt Wienn, den zehenden Tag des Monats Juny. Nach Christj vnserers lieben Herren gepurdt Fünfftzehenhundert vnnd Im vier vnnd sibentzigisten — Vnnserer Reiche des Römischen Im zweefften, des Hungerischen Im Aindlfften des Beheinischen Im Sechs und Zwaintzigisten Jaren.

Maximilian.

III. C.

Erbvertrag (d. h. Erbceß)

**Nach SSmi Friederichs Ulrichs tödlichen Hintritt, de dato
Braunschweig, den 14. Decembris 1635.**

Zu wissen sey Jedermänniglich, deme es über kurze oder lange Zeit fürkommen möchte, als auf erfolgten tödlichen Hintritt des Weyland Durchlauchtigen Hochgebohrnen Fürsten und Herrn, Herrn Friederich Ulrichen Herzogen zu Braunschweig und Lüneburg etc. zwischen allerseits Fürstl. Agnaten und Lehnsfolgern, über der Succession der erledigten Fürstenthümer, Graf- und Herrschaften beschwerliche Mißfälligkeiten entstanden, darüber diese ganze fünf viertel Jahre an unterschiedlichen Orten, benamtlich zu Meinerßen, Uelzen und allhie in Braunschweig zu zweyen malen kostbare Zusammentünften gehalten, und mühsame Handlung mit Zuziehung der Braunschweigischen hinterlassenen Rätthe und Landschaften, etliche Monat nach einander gepflogen worden: und sich aber ihre allerseits Fürstl. Gnd. als nahe Blutsfreunde, die von einem Fürstl. hohen Stamme entsprossen und posteriren, einen Titul, Schild und Helm führen, auch dafür in- und außerhalb des Reiches rühmlich erkennen, geehret und reputiret werden, wolbedächtlich erinnert, daß die einige und recht Grundfeste dieses uhralten Hochlöbl. Hauses, und dessen Wachsthum auf wahrer Einigkeit, Liebe und Treue bestünden, dagegen aber aus innerlicher Mißverständniß die gänzliche Ruinirung dieser ansehnlichen Fürstenthümer und Lande, Versäumung ihres Fürstlichen Hauses gemeiner Obliegen- und anderer ohnzehelicher Verderblichkeiten, so aus Trennung eines hohen Hauses unaussbleiblich zu entstehen pflegen, herfließen würden, so haben sie demnach Gott zu Ehren, der Röm. Kayserl. Majest. und dem Reiche zu Dienste, diesen

verlassenen Land und Leuten zum Trost und Pflanzung eines wahren, rechten, beständigen und freundschaftlichen Vertrauens, eine freundliche, aufrichtige, redliche und wohlgemeinte Abrede, Vergleich, Vereinbarung und Vertrag wohlervogener Dinge, geschlossen und abgefaßt, wie folgt:

- 1, Erstl. daß die hinterlassene Braunschweigischen Fürstenthümer, Graf- und Herrschaften und Lande unter die Hochwürdigste, Durchlauchtigste, Hochgebohrne Fürstin und Hrn. Hrn. Augustum den ältern, postulirten Bischof des Stiffts Hageburg, Hrn. Wilhelm, Hrn. Julium Ernst, Hrn. Otten, Hrn. Friederichen, Hrn. Augustum den jüngern und Hrn. George, alle Herzogen zu Braunschweig und Lüneburg, als vor hochgedachten in Gott ruhenden Herzog Friederich Ulrichen in gleichem Grad Anverwandten Fürstl. Agnaten getheilet, und einem jeden sein völliger Antheil der Gebühr auf folgende Maaße gut gethan werden soll;
- 2, Nemlich vors andere, daß darum die Fürstenthümer nicht zerrüttet und dismembrirret, oder in so viel Theile zerrissen, sondern ein jedes, sowohl das Wolfenbüttelsche als Calenbergische Fürstenthum, in seiner Consistenz, jedoch ohne einiges Präjudiz des Fürstl. Hauses und der Successionen verbleiben und zusammen behalten, auch zwei Fürstl. Regierungen, eine ins Fürstenthum Wolfenbüttel, die andere ins Fürstenthum Calenberg angestellet werden sollen.
- 3, Zu welchem Ende, vors dritte, die Fürstl. Harzburgische Linie, weil sie nicht beerbet, und zur Erweisung, daß Ihre Fürstl. Fürstl. Gnd. Gnd. die Beruhigung dieser Lande weit lieber als andere Respecten wäre, aus freundschaftlichen zu Fried geneigten Gemüth gewilliget, daß Sie zu ihrer schuldigen Abfindung die Grafschaft Hoya Braunschw. Theils, und Grafschaft Reinsten Blankenburg, ad concurrentem quantitatem mit aller Superiorität, Hoheit, Dignitäten, Rechten und Gerechtigkeiten, Folge, Steuern und andern juribus, wie dieselben immer Namen haben mögen, annehmen, und des residui halber, billig mäßiger und ihrem Fürstl. Stande und Reputation gemessener Satisfaction gewärtig seyn wollten, davon unten mit mehrern. Es wollen sich aber, sowohl die Fürstl. Zellische als Dannenbergische Linie,

die jura agnationis und Rückfall an gedachten beyden Graf-
schaften, und denen der Fürstl. Harzburgischen Linie gebüh-
renden residuo ausdrücklich vorbehalten haben.

4. Wie wol nun zc.
13. Zum drehzehenden, ist an ihm selbst richtig und billig, und
haben die Fürstl. Herrn Agnaten einer dem andern festiglich
versprochen, daß einen Theil von dem andern seine Portion,
es betreffe solches viel oder wenig, aller Gebühr gebühret,
und die Fürstl. Hrn. Agnaten und Successoren aller drehen
Linien, wegen Erhaltung der Fürstenthümer und Grafschaften,
auf gebührende Bezeigung einander freund-vetterlich und
treulich meynen, ehren, lieben und gegen des Hochlöbl. Hauses
Widerwärtige vor einen Mann stehen, absonderlich aber zu
Entfreyung der Festung Wolsenbüttel von der jetzigen Garn-
son Sr. Herzogen Augusten des jüngern F. G. von Dero
Hrn. Vettern fleißig möglichste Assistenz und Handbietung
an allen dienlichen Vertern geschehen solle.
14. Betreffend zc.

So geschehen, in Braunschw. Montags post Luciae virginis,
war der 14. Tag Decembris, nach unsers Erlösers Jesu Christi
Geburt, im Jahr ein tausend sechshundert fünf und dreißig.

Augustus, Herzog zu	Wilhelm, Herzog	Wegen Hrn
Br. und Lüneb.	zu Br. und Lüneb.	Julii Ernst
		August der jüngere
		H. zu Br. u. Lüneb.

Otte, Herzog zu
Br. und Lüneb.

Friederich, Herzog zu
Br. und Lüneb.

Augustus der jüngere
Herzog zu Br. und Lüneburg.

Georg, Herzog zu Br.
und Lüneb.

III. D.

Braunschweigischer Rezeß vom 17. May Anno 1651. Wegen der Haaburgischen Succession und was dem anhängig ist.

Zu wissen sey hieinit, als der Wehland Durchlauchtige, Hochgebohrne Fürst und Herr, Herr Wilhelm, Herzog zu Braunschweig und Lüneburg Hochseel. Andenkens, der letzte der Haaburgischen Linie, den 30. May Anno 1642, nach Gottes gnädigen Willen, diese Welt und Zeitlichkeit gesegnet, und dadurch die Häuser und Aemter Haaburg und Moisburg, die Ober- und Grafschaft Hoya, Blankenburg und Reinsten, zwo Siebentheile an den Ober- und Unterhartzischen Communion Bergwerken, ingleichen die, vermöge des Erbvertrages den 14. Decembr. Anno 1635, der Fürstl. Haaburgischen Linie aus dem Fürstenthum Wolfenbüttel gebührende Adäquationgelder, ferner das Directorium bey der Fürstl. Julius-Universität zu Helmstädt, so der Fürstl. Haaburgischen Linie um das dritte Jahr gebühret, in Dero Fürstl. Munde erlediget, worauf wegen der Succession in die eröffnete Lehnstücke zwischen denen Durchlauchtigen, Hochgebohrnen Fürsten und Herrn, Herrn Friedrichen und Herrn Augusto, Gebettern, Herzogen zu Braunschweig und Lüneburg, respective postulierten Coadjutori des Stifts Hageburg, erwählten Thumproben des Erzstifts Bremen, als agnatis gradu proximioribus Streit entstanden, vornehmlich dahero, daß vor Hochgedacht Herrn Herzogen Augusti Fürstl. Gnaden einen dritten Theil von dem Fürstenthum Grubenhagen, welcher kraft der von der Römischen Kaiserl. Majest. in Anno 1617. zwischen den Fürstl. Braunschweigischen Zellischen und damaligen Fürstl. Braunschw. Wolfenbüttelschen Linien wegen des Fürstenthums Grubenhagen entstandenen Streitigkeiten, aus-

gesprochenen Urtheil, der Fürstl. Harzburgischen Linie zugetheilt, aber von derselben gegen anderweite Satisfaction der Fürstl. Zellischen Linie vor langen Jahren bereit, jedoch ohne expressen Consens der Fürstl. Dannenbergischen Linie cediret und abgetreten worden, und zwar solches an Land und Leuten mit in diese Theilung gebracht haben wollen, dessen aber Hochgebacht Herzogen Friedrichen F. G. nicht allein nicht geständig gewesen, sondern auch die Obergrafschaft Hoya, sodann die Ämter Haaburg und Moissburg, ob wären dieselbe mit dem Fürstenthum Lüneburg hiewider consolidiret und incorporirt, aus der Theilung eximiren wollen; wie dann nichts weniger sich sowohl wegen des quanti, als des Nachstandes von obbemeldeten Wolfenbüttelschen, der Haaburgischen Linie gebührenden Adäquationsgeldern allerhand beschwerliche Irrungen erhoben, zu deren aller grund- und gültlichen Abhelfung zwar ein- und andere Zusammenkunft angestellt; weil aber dieselbe sowohl, auch andere darunter mehrfältig angewendete Bemühungen nicht versangen wollen, unterdessen aber Sr. Herzogen Friedrichen vor Hochseel. gemeldeten F. G. im December Anno 1648 durch einen seeligen Tod aus diesem Jammerthal abgelöst, und deren jura an diesem Haaburgischen Successionsfall auf die auch Durchlauchtigste, Hochgebohrne Fürsten und Herrn, Herrn Christian Ludwig und Herrn Georg Wilhelm, Gebrüdern, Herzoge zu Braunschweig und Lüneburg verstatmet: so haben J. J. J. F. F. G. G. zu end- und schließlicher Hinlegung aller obbemeldeten Streitigkeiten unten benannte Dero Rätthe und Abgesandte in der Stadt Braunschweig Anfangs im Januar, folgendes im May des verflittenen 1650 sten, dann leztlich den 9. May des 1651 sten Jahres zusammen geschicket, und ist nach gepflegener mühseligen langwierigen Handlung endlich durch Gottes gnädige Schick- und Beywohnung, vermöge habenden Instructionen, auch J. J. J. F. F. F. G. G. G. allerseits erfolgten gnädigen Ratification nachfolgender unwiderrüßlicher Vergleich getroffen worden.

1. Erstlich zc.
3. Vors dritte, nachdem sich befunden, daß durch particulare Abhandlung deren beyden übrigen in diese Successionstracten gezogenen Punkten sich erregten Streitigkeiten aus der Sachen nicht zu gelangen, sondern dieselbe vielmehr dadurch

HP

impliciret werden wollen, dannenhero einen Gesamt- oder Bogenhandlung für das beste, kürzeste und sicherste Mittel gehalten worden: so ist einmüthiglich verglichen, daß Sr. Herzogen Augusti F. G. Dero Successoren und Erben, die Graffschaft Blankenburg und Reinsteinschen Stücke welche laut am 28. December in Anno 1644 zu Braunschweig zwischen dem Fürstl. Hause Braunschweig Lüneburg und dem Hrn. Grafen von Tättenbach aufgerichteten Vergleichs, bemeldeten Grafen von Tättenbach abgetreten, und zu Lehn angefetzt worden, befindet, mit allen Dero Hoheit und Präeminenz auf Reichs- und Kreisversammlungen pp. und allen andern Pertinentien, nichts überall davon ausbeseiden, hiemit und kraft dieses abgetreten, auch die Unterthanen und Lehnteute, wie obgedacht, mit ihrer Erbhuldigung, Lehnsgerichtigkeit, Eiden und deren Consequenten, an vor Hochgedacht Sr. Herzogen Augusti F. G. Dero Successoren und Erben hiemit verweisen, jedoch daß Sr. Herzogen Christian Rudewigs und Herzogen Georg Wilhelms F. F. G. G. und Ihre beyderseits Successoren der Rückfall auf alle in Gottes gnädigen Händen beruhende Fälle, wenn nemlich Sr. Herzogen Augusti F. G. Linien nach Gottes Willen ausgehen sollte, nach Inhalt Dero im Fürstl. Hause aufgerichteten Erbvertrage, ausdrücklich vorbehalten seyn solle. Es soll aber unter jetzgemeldeter Ueberlassung der Graffschaft Blankenburg die Superiorität über Derenburg und was sonst das Fürstl. Haus Braunschweig und Lüneburg über Derenburg zu prätendiren, wie auch die Vorwerke und Schäfereyen Deeshausen, Denstedt, Mahndorf, Mülnicke, Redeber, nicht gemeynet noch verstanden, sondern davon kraft dieses vergestalt eximiret seyn, daß, wenn selbige Stücke samt und sonders von Hochermeldeten J. J. J. F. F. G. G. G. entweder in Güte oder zu Recht, oder auch durch andere erlaubte Mittel aus der jetzigen Possessoren Händen an das Fürstl. Haus hiemieder gebracht, dieselbige alsdann unter obgedachten drey Fürstl. Linien Wolfenbüttel, Zelle und Calenberg in drey gleiche Theile getheilet werden sollen.

Wenn auch auf 2c.

- 5, Fürs fünfte, betreffend die dem Grafen von Tättenbach und sei-

nen Mitbeschriebenen, laut obgedachten in anno 1644 zwischen dem Fürstl. Hause Braunschweig und Lüneburg und wohlernannten Grafen aufgerichteten Recessus, verlehente Reinsteinsche Stücke, soll die Belehnung jedesmal auf eräugende Fälle von dem Ältesten des Fürstl. Hauses geschehen.

Wenn aber durch Abgang der Gräflichen Tattenbachischen Belehenten die Lehne eröffnet würden, soll dieselbe vor Hochgedacht J. J. J. F. F. F. G. G. G. und dero Successoren an der Regierung dergestalt anheimfallen, daß Sr. Herzogen Augusti F. G. oder Dero Successoren und Erben davon die Hälfte, die übrige Hälfte aber J. J. Herzogen Christian Ludwig und Herzogen Georg Wilhelm F. F. G. G. oder Dero Successoren und Erben zuständig seyn soll.

6, Fürs sechste zc.

8, Dahingegen verzeihen und begeben sich, fürs 8te, Sr. Herzogen Augusti F. G. für sich und Ihre Successores hiemit und kraft dieses, gegen J. J. Herzogen Christian Ludwigs und Herzogen Georg Wilhelms F. F. G. G., Dero Successores und Nachkommen, aller und jeder Ansprache, welche S. F. G. dieses Haaburgischen Successionsfalls halber gehabt, oder entweder de praeterito oder in futurum wegen der gehobenen Nutzungen oder sonst in einige Wege prätendiren können und mögen, auf den sechsten Theil des Fürstenthums Grubenhagen, die Graffschaft Hoya und die Ämter Haaburg und Moissburg, mit aller Dero respecttive Hoheit und Präeminenz auf Reichs- und Kreisversammlungen, Erbhuldigung, Lehnleuten, Unterthanen, auch allen Land und Leuten, Geist- und Weltlichen, Städten, Schöffern, Häusern, Dörfern, Forsten und Holzungen, Bergen und Thalen, Wildbahnen, Wassern, Fischereyen, Bergwerken, gefundenen und ungefundenen Eisenhütten, Städten, Aedern, Bormerken, Diensten, Zehnten, Wiesen und allen andern Pertinentien, nichts überall davon ausbesccheiden, und stellen S. F. G. vor Hochgedacht Dero Herrn Vettern lebiglich entweder bereits verglichen haben, oder noch verglichen werden. Jedoch behalten Sr. F. G. für Sich und Dero Lehnfolger Ihr den Rückfall an vorgemeldeten Landen und Stücken samt und sonders, auf die in Gottes gnädigen Händen beruhende

Fälle, wenn nemlich Herzog Georg Wilhelm J. G. samt
Dero Hrn. Gebrüdern und andern Successoren und Nach-
kommen, männlicher Linie, nach Gottes Willen ganz aus-
gehen und erlöschen sollte, hiemit per expressum bevor.

9, Fürs neunte zc.

So geschehen in der Stadt Braunschweig, den 17. May 1651.

(L. S.)

(L. S.)

Johann Schwarzkopff, D.

Philipp Möring, D.

(L. S.)

(L. S.)

Heinrich Schrader, D.

Friedrich Schenke von
Winterfeldt.

(L. S.)

(L. S.)

Heinrich Langerbeck, D.

Heinrich Dietrich, D.

(L. S.)

(L. S.)

Paul von Bülow

Johann Bloch.

III. E.

Punctatio dessen, was zwischen denen Durchlauchtigsten Fürsten und Hrn. Georg Wilhelm und Hrn. Rudolph Augusten, Gevettern, Herzogen zu Braunschweig und Lüneburg, wegen Dero Erbunterthänigen Stadt Braunschweig, in und vor derselben belegenen Stiftern S. Blasii und Cyriaci und Kloster S. Aegidii, abgeredet und verglichen worden.

1. Obschon Herr Herzog Georg Wilhelm Fürstl. Durchl. der Meinung gewesen, weil die anscheinende Occasion, die Stadt Braunschweig zum schuldigen Gehorsam zu bringen, nicht erleide, daß man beyder Theile an- und übrigen an der Stadt, auch Stifter S. Blasii und Cyriaci und Kloster S. Aegidii habende jura, und was derer Ertrag sey, zur Genüge untersuchen können; bevorab da von so vielen Jahren her die Stadt sich aller Gebühr gegen das Fürstl. Haus entzogen, und ihr Vermögen und Intraden in höchster Geheim gehalten, daß das nächste und beste Mittel, für diesmal aus den Sachen zu kommen, seyn würde, wenn man sich mit göttlicher Hülfe der Stadt bemächtigte, und daß sie von beyden Hohen pacificirenden Theilen gesamter Hand so lange besetzt und regieret würde, bis man, wie viel jedem von Rechtswegen gebühre, sich gründlich erkundige und vergleiche; nachdem jedoch Hrn. Herzog Rudolph August Durchl. ob solcher Communion allerhand beschwerliche inconvenientia befahren, und lieber sehen wollen, daß man sich sofort mittelst einer Bogenhandlung von einander setzen möchte, auch anbey Höchstgedachten Hrn. Herzogs Georg Wilhelm Fürstl. Durchlauchtigkeit angelegentlich ersuchet, daß Sie in Consi-

deration angeführter verschiedener Umständen, Hrn. Herzogen Rudolph August Fürstl. Durchl. obbesagte Stadt Braunschweig, Stift und Klöster, gegen Annehmung eines aequivalentis, völlig überlassen wollten: so haben Hrn. Herzogen Georg Wilh. Durchl. aus sonderbarer Liebe zu Fried- und Einigkeit, auch Aufnehmen des gesamten Fürstl. Hauses endlich in solch freundvetterliches Begehren gewilliget. Gestalt dann

2. Hrn. Herzog Georg Wilhelm Fürstl. Durchl. für Sich und Dero Fürstl. Successoren in dem Fürstenthum Lüneburg, allen Ihren Ansprüchen und Juribus, welche sie bey besagter Stadt Braunschweig, bey den Stiftern S. Blasii und Chriaci, auch dem Kloster S. Agibii hergebracht, oder mit Fug prätendiren mögen, kräftiglich renunciiren, dieselbe Hrn. Herzogen Rudolph August Fürstl. Durchl. und Dero Fürstl. Successoren in dem Fürstenthum Braunschweig Wolfenbüttelschen Theils abtreten und einräumen, noch derselben wider die Stadt, oder Stifte und das Kloster ihre angehörige Leute und Güter, wo die auch situiret, weiter gebrauchen wollen, jedoch ohnbeschädiget desjenigen Rechtes und Gewalt, welche Hrn. Herzogen Georg Wilhelm Fürstl. Durchl. über bemeldeter Stadt und Stifter, auch Klöster in ihrem Fürstenthum Lüneburg belegene Güter, kraft Landesfürstl. Obrigkeit zustehet und gebühret; alsdann auch
3. Hrn. Herzogen Georg Wilhelm Fürstl. Durchl. Ihr und Ihren Fürstl. Successoren in der Landesregierung den Rückfall, wann, welches Gott verhüte, der jetzige Wolfenbüttelsche Mannsstamm gänzlich erlöschen sollte, vorbehalten, auch zu mehrer Versicherung jetzgedachten Rückfalls und Erhaltung guten Vertrauens, Herrn Herzogen Rudolph August Fürstl. Durchl. für Sich und Dero Fürstl. Successoren im Fürstenthum Braunschweig = Lüneburg Wolfenbüttelschen Theils verwilliget und zugesaget, daß die Huldigung, welche von bemeldter Stadt und Stiften, auch Dero angehörigen Leute aufgenommen wird, jedesmal namentlich auf den Regierenden Herzogen im Fürstenthum Lüneburg, und zwar jezo auf Herrn Herzog Georg Wilhelm Fürstl. Durchl. mit eingerichtet und erfordert werde.

4. Hrn. Herzog zc.

5. Soviel aber das Aequipollent anlangen thut, haben Hrn. Herzogen Rudolph August Fürstl. Durchl. für Sich und Ihre Fürstl. Successoren, und insgemein für Ihre ganze Fürstl. Wolfenbüttelsche Linie, Hrn. Herzogen Georg Wilhelm Fürstl. Durchl. und Dero Fürstl. Successoren, anstatt dessen und zu Compensation der abgetretenen Jurium und Antheils an der Stadt Braunschweig, auch Stiftern S. Blasii und Cyriaci, auch Kloster Aegidii, zugesagt und versprochen, den von Ihro bis dahin besessenen und genossenen Dannenbergischen Antheil, benanntlich die fünf Aemter, Büchau, Hitzacker, Dannenberg, Wüstrau und Scharnebeck, mit all und jeder In- und Zugehörung, Recht und Gerechtigkeiten, die Herzogen Rudolph August Fürstl. Durchl. und Dero Fürstl. Verfahren, in jetzt-erwähnten Aemtern ersehen, und sonst mit Fuge prätendiren mögen, ganz, und zumal nichts ausgenommen, also und dergestalt, daß sobald bemeldete Stadt Braunschweig durch göttliche Hülfe zum schuldigen Gehorsam gebracht, Herrn Herzogen Rudolph August Fürstl. Durchl. selbige Aemter, ohn einigen Aufenthalt oder Einrede, Herrn Herzogen Georg Wilhelms Fürstl. Durchl. cediren, abtreten und überliefern, und Herzogen Rudolph August Durchl. oder Dero Fürstl. Successores weiter keine Ansprache und Forderung, wie dieselbe auch immer bewandt seyn möge, an alle oder einige solcher Aemter und deren Zubehörungen haben, dem auch zufolge, die gewöhnliche Ueberlaß- und Gehorsamsbriefe ausfertigen und extradiren lassen wollen, wobei jedoch dieselbe nicht weniger für Sich und Ihre Fürstl. Successoren, den Rückfall, da die Fürstl. Zellische Linie, so aber Gott verhüten wolle, abgehen sollte, vorbehalten.

6. Es wollen auch zc.

So geschehen und gegeben auf der Fürstl. Residenz Zelle, den 6. May Anno 1671.

Georg Wilhelm, Ernst August.

III. F.

Recess wegen Lauenburg und des Amts Campen.

Von Gottes Gnaden, Wir Georg Ludewig, Herzog zu Braunschweig und Lüneburg, des Heil. Röm. Reichs Churfürst zc. Für Uns, Unsere Erben und Nachkommen an der Chur, urkunden hie- mit und bekennen. Demnach zwischen Uns, und Unseres Hrn. Vettern, Herzogen Anton Ulrich zu Braunschweig und Lüneburg Fürstl. Durchl. wegen Cedir- und Ueberlassung Dero Antheils am Herzogthum Lauenburg und dessen Zubehör eine Aequivalent- handlung angestellet, und deshalb von beyderseits dazu deputirten Ministris, sub dato Braunschweig den 17ten Januar 1706, ein Recess geschlossen und signiret worden, welcher von Worten zu Worten lautet, wie folgt:

Zu wissen zc. Als der Durchlauchtigsten Fürsten, Hrn. Georg Ludewigs, des Heil. Röm. Reichs Churfürsten, wie auch Hrn. Anton Ulrich, beyder Herzogen zu Braunschweig und Lüneburg Durchl. Durchl. zu Verhütung der bey denen Communioneu gemeiniglich sich eräugenden Ungelegenheiten für gut befunden, wegen der Lauenburgischen bisher insgesamt besitzenden Lande, in specie wegen des dem Hause Braunsch. Lüneburg, Wolfenbüttelscher Linie, davon zukommenden Drittels eine Permutation vorzunehmen: so hat man sich darüber verglichen, wie folgt:

1. Es cediren und überlassen Hrn. Herzogen Anton Ulrich Durchl. für Sich, Dero Erben und Successoren, auch ganze Wolfenbüttelsche Linie, Höchstgedachten Ihro Churf. Durchl. Dero Successoren, und also dem Durchlauchtigsten Hause Braunschweig und Lüneburg, Hannöverscher Linie, vorge- dachten Ihren Antheil an dem Herzogthum Sachsen-Lauen- burg, mit allen dessen Zubehörung und Juribus, nichts

überall ausgenommen, wie es die vorige Herzoge zu Sachsen-Lauenburg gehabt, besessen und genossen, oder haben, besitzen oder genießen können und sollen, und thun sich sowohl an solchen Lauenburgischen Länden, und was dazu gehöret, als aller übrigen, von der Hannöverschen Linie igo besitzenden Länden, weiter überall nichts, als die gesamte Hand und den Rückfall in eventum vorbehalten. Gleichwie dann auch andern Theils, die Hannöversche Linie an denen Wolfenbüttelschen igo besitzenden Länden sich nichts als vorgedachte gesamte Hand und den Rückfall vorbehält; jedoch bleibt via Juris, in vorfallenden streitigen Fällen, jedem Theile reservirt. Dahero auch künftig das Haus Braunschweig-Lüneburg, Hannöverscher Linie, an dem Lauenburgischen Lande, und das Haus Braunschweig-Lüneburg, Wolfenbüttelscher Linie, in dem ihm für seinen Antheil cedirten District Landes, oder den dazu gehörigen Juribus von jemand sollte angefochten oder turbiret werden, in solchen Fällen will man sich mit allen Kräften assistiren. In specie etc.

Geschehen Braunschweig, den 17ten Jan. Anno 1706.

(L. S.)

A. Gr. v. Bernstorff,

(L. S.)

P. L. B. v. Wendhausen.

(L. S.)

Fr. A. v. Stein.

(L. S.)

W. L. Fabricius.

(L. S.)

J. v. Steinberg.

III. G.

**Herzogs Magni zu Sangerhausen, Enkel Ottens des
Kindes, Dispositio und Fideicommissum, daß das
Herzogthum Braunschweig-Lüneburg nicht getheilet
werden, und einer allein regieren solle,
de Anno 1355.**

Von Gottes Gnaden, we Herr Magnus Hertog to Brun-
schweig, bekennen openbar, dat unse leue Bedder Herr Wilhelm
Hertog to Brunschweig und Lüneborg, umb rechte Yene und
Freundschoep, de he to us und to der Herrschop to Brunschweig
hefft, wolle Jundern Lodewigt usen Söhne laten sine Herrschop
to Lüneborg, und wat he hefft an de Herrschop to Brunschweig
mit Schlöten, vnde mit Landen, vnde mit Lüden, mit Manschoep oner
Graffen, Fryen, Edellüde, Ridders vnd Knechte, Burgern und
Buer, und mit alle deme dat darto höret, vorlegen und vnverle-
gen, Geistliche unn Weltliche also, als ene ode Herrschop angeeruet
sin, und also also he se to heten hafft, und schall ene jetten an
de Herrschop, so he Bestes mag, also sinen rechten Erven, und
ene darmede belehnen, also dat he de Herrschop hebben schall, und
sine man, Pagen und Leien, Vorgern vnd Buer schollen ene vor-
eren rechten Herre holden und hebben, na vnser Bettern Dode
und eher nicht, all daß beschodelicken. Ist vnse Bedder Herr Wil-
helm steruet ane Kinder, oder Kindern de sine rechten Erven mö-
gen wesen vnde we schollen vnde willen vfen Söhne denselven
Jundern Lodewig, oder setten bi vfen Yenende unde ane Bertoch
an vse Herrschop to Brunschwig unde an alle dat, dat dartho
höret, dat we hebbet vnde use ist, also dat Jungker Ludewig na
vsem Dode de Herrschop to Lüneborg to samende hebben schall
vngedelet, und schal der twyer Herrschop er rechte Her bliuen,
ohne einerlei Ansprake siner Bröder vser Söhne.

Were auer, dat vsem vorbenomendem Beddern rechte Erven worden, en Sohn oder mehr, de schollen de Herschop to Lüneborg also eres rechten Vaders Erbe beholden und hebben, und vse Sohne Jungfer Ludewig nicht, vnde de Ansate vnde Beleninge vnd Latinge siner Herschop, de he deme sülven Jungfern Ludewigen daen hebde, de scholen den doet wesen, vnd nene macht hebben, Störve od vse Sohne Ludewigk eer wann use Bedder, vnnd en hebde use Bedder nene rechte Eruen, so wil he sine Broder einen vser Söhne, weme he dann last, setten in sine versprokene Herschoppe, vnde eme de laten, na sinem Dode, vnd denselven vsen Söhne scholen we vnd willen ofe setten by vsem leuende ane Vortoch an use Herschop to Brunswieg, also dat he beyde Herschop thosamende hebben vnd holden schal, in allerley wise, also vse Sohne Ludewieg se hebben schole, so he leuet hebde, werden auer vnsem Beddern rechte Eruen, de scholen sine Herschop beholden, dese vorbenomede Stud wille we don vnde vest vnuorbroken holden, dat hebbe we gelouet, vnde gelöven in truden vnsem Leuen Beddern, Herr Wilhelm, Hertogen to Brunswieg unde to Lüneborgk, vnde betugen dat mit deseme Brese, var vse Insegel to hangen, Quer desen Gedinge, van user wegen sin gewesen, Hanneß vom Hondohge, Knecht, Tile van dem Damme, Gorb Clerß vse Borgere to Brunswieg, de hebben ere Insegeln mit vsume Insegele to ener betuginge to desene sülven Breve henget, de iß gegeuen to Brunswieg, na Gades borht drutteien hundert Jahr, in dem vff vnnd riffstigsten Jahre in dem Hilligen auende Sanct Johannis Baptista.

(L. S.)

(L. S.)

(L. S.)

(L. S.)

III. H.

**Kaisers Ferdinandi III. Lehen-Brieff vor das Fürstliche
Hans Braunschweig und Lüneburg, über dessen Fürsten-
thümer, auch Graf- und Herrschaften, de Anno 1651.**

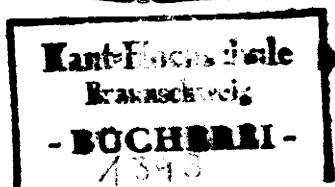
Wir Ferdinand der Dritte von Gottes Gnaden, erwählter Röm. Kayser, zu allen Zeiten Mehrer des Reichs, (tot. tit.) Bekennen öffentlich mit diesem Brieff, und thun kund allermänniglich, wiewohl wir aus Römischer Keyserl. Hoch- und Würdigkeit, darein uns der allmächtige Gott durch seine göttliche Güte gesetzt hat, auch angebohrner Tugend und Milbigkeit, allen und jeden unsern und des heiligen Reichs Unterthanen und Getreuen, Gnade und Gutthat zu erzeigen geneigt; So ist doch unser Keyserliches Gemütthe billig mehr gewogen zu denen, die unser und des Heil. Reichs vornehme Glieder seyn, uns die Bürden und Sorgfältigkeit desselben helfen tragen, auch stete Liebe und Treue beweisen, sie für anderen mit unsrer Keyserl. Gnaden zu versehen. Wann uns nun der Hochgebohrne Augustus, Herzog zu Braunschweig und Lüneburg, unser lieber Oheim und Fürst demüthiglich angeruffen und gebetten hat, daß wir ihm als dieser Zeit dem Ältesten, für sich selbst und an statt seiner Vettern, der auch Hochgebohrnen Christian Ludwigen, Georg Wilhelm, Johann Friederichen, und Ernst Augusten Gebrüdern, aller Herzogen zu Braunschweig und Lüneburg zc. die Fürstenthümer Braunschweig und Lüneburg, die nachberührte Graff- und Herrschaften, mit Nahmen Eberstein, Wunckdorff, Hallermund, Wolpe, Hoya, Diebholz, Homburg und Bruchhausen mit allen Ästter-Lehen, Graffschaften, Herrschaften, und Vogteyen, der geistlichen Clöster in obgemelten Fürstenthumb, Graffschaften, Herrschaften, Lehne und Ästter-Lehne gehörende, und in ihren Fürstlichen Obrigkeiten, Regalien, Gerichten, obersten und

niedersten, Strassen, Zöllen, Geleiten, Nutzen, Bergwerden, allerley Metallen, Eiſſenwerck, Salzwerck, Zehenden, Wildpahnen, Länden und Leuten, mit allen Ehren, Herrlichkeiten und Privilegien, Nutzungen und Gerechtigkeiten, wie die genannt, und allenthalben an den obbemelten Enden ihre Vorfordern Fürſten zu Braunschweig und Lüneburg, und ſie biſhero innengehabt, genossen, gebrauchet und hergebracht haben, nichts ausgeſchloſſen, ſo von uns und dem heiligen Reich zu Lehen zu erkennen und zu empfangen gebühren, in Gemeinſchaft und verſammet zu Lehen zu verleihen, gnädiglich geruheten, inmaſſen, wie jüngſt am dato Praag, den 18. Auguſti Anno 1638. gegen weiland Herzog Friederich vor ſich, und an ſtatt ſeiner Vettern und Gebrüdern Wilhelm Otten beſagtes Auguſti damahls des jüngern, und Georgen, aller Herzogen zu Braunschweig und Lüneburg gleicher Geſtalt gethan hätten; So haben wir demnach angeſehen, ſolche demüthige ziemliche Witt, auch die angenehmen, getreuen, erſprießlichen Dienſte, ſo der gemeldete unſerer Oheimb und Fürſten zu Braunschweig und Lüneburg Voreltern und ſie ſelbſten weiland unſern löblichen Vorfahren, Römischen Keyſern und Königen, uns und dem heiligen Reich oft und dick unterthäniglich erzeiget und bewieſen haben, und ſie hinführo zu künftigen Zeiten wohl thun mögen und ſollen, und darumb mit wohlbedachtem Muth, gutem Rath und rechten Wiſſen, demſelben Herzog Auguſten, als dem älteſten für ſich und von wegen obgenannter ſeiner Vettern, Chriſtian Ludwigen, Georgen Wilhelmen, Johann Friederichen, und Ernſten Auguſten, aller Herzogen zu Braunschweig=Lüneburg, die vorgenannten Fürſtenthumb Braunschweig=Lüneburg, auch Graff- und Herrſchaften Eberſtein, Banſdorf, Hallermundt, Wolpen, Hoya, Diebholz, Homburg und Bruchhauſen, mit allen Aſſter-Lehen, Graff- und Herrſchaften und Vogteyen der geiſtlichen Clöſter, in die obgemelten Fürſtenthumb, Graff- und Herrſchaften, Lehen und Aſſter-Lehen gehörende, und ihren Fürſtlichen Obrigkeiten und Regalien, Gerichten, oberſten und niederſten, Strassen, Zöllen, Geleiten, Nutzen, Bergwerden, allerley Metallen, Eiſſenwerck, Salzwerck, Zehenden, Wildpahnen, Länden und Leuten, mit allen ihren Herrlichkeiten, Würden, Freyheiten, Privilegien, Nutzungen und Gerechtigkeiten, wie die genannt, und allenthalben an den obbemelten Enden ihre Vorfordern, Fürſten

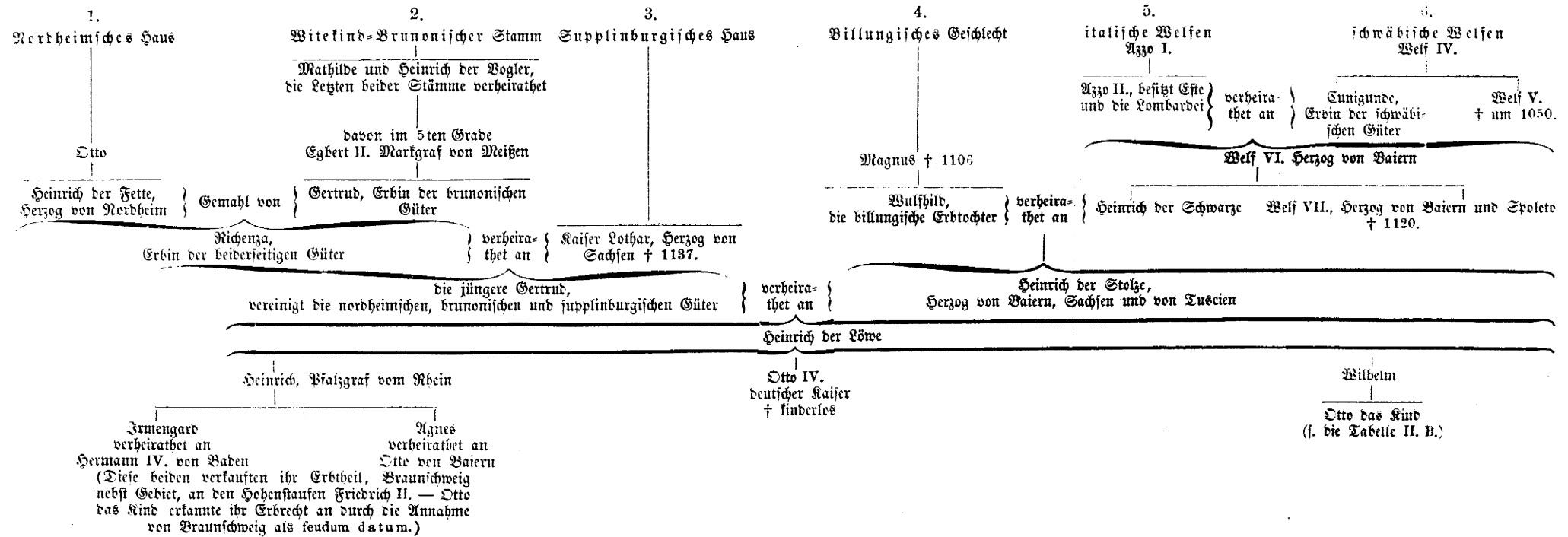


zu Braunschweig und Lüneburg, und sie bishero innengehabt, genossen, gebraucht, und hergebracht haben, nichts ausgeschlossen, so von uns und dem heiligen Reich zu Lehen rühren und alle andere Stüd und Gütter, die ihnen von uns und dem heiligen Reich zu Lehen zu erkennen, und zu empfangen gebühren, in Gemeinschaft und versammet zu Lehen gnädiglich verliehen, leihen ihme die auch also für sich und an statt der obgenannten seiner Vettern von Römischer Keyserlicher Macht wißentlich in Krafft dieses Brieffs, was wir von Billigkeit und Rechtswegen obbesagten Herzogen zu Braunschweig und Lüneburg, Vettern und Gebrüdern und ihren mannlichen Lehens-Erben daran verleihen sollen und mögen, die nun hinführo in Gemeinschaft und versammet von uns und dem heiligen Reich zu Rechten für solchen Lehen zu haben, zu halten und zu besitzen, und es zu gebrauchen und zu genießen, als dann solcher Fürstenthumbs, Graffschafften, Herrschafften und Lehen, Rechten und Herkommen ist, von allermänniglich unverhindert, doch uns und dem Reiche, unsern Mannen, und sonsten männiglich an seinen Rechten und Gerechtigkeiten unschädlich, der vorgenannt unser lieber Dheimb und Fürst, Herzog Augustus zu Braunschweig und Lüneburg ꝛ. hat uns auch darauff vor sich, und im Rahmen obbestimmter seiner Vettern, in Krafft der schriftlichen unterschiedlichen Gewälden, durch Er. Pbd. abgeordnete Gewaltträgern, den Ehrfamen, Gelehrten und unsere und des Reichs liebe Getreue, Hilmar von Obergen, und Chrysostomum Cölern, der Rechten Doctoren Geliebt und Eyde gethan, uns als einem Römischen Keyser, getreu, gehorsamb und gewärtig zu seyn, unser Bestes zu befördern und zu werben, und Arges zu wenden, und alles gegen uns und dem heiligen Reich zu thun, das sie als getreue Fürsten gegen ihren Lehen- und rechten natürlichen ordentlichen Herrn, und dem Reich zu thun pflichtig seyn, ohne Gefährde.

Mit Urkundt dieses Brieffs besiegelt mit unserm Keyserlichen anhangendem Innsiegel, der geben ist in unserer Stadt Wien den 20. Januarii Anno 1651.

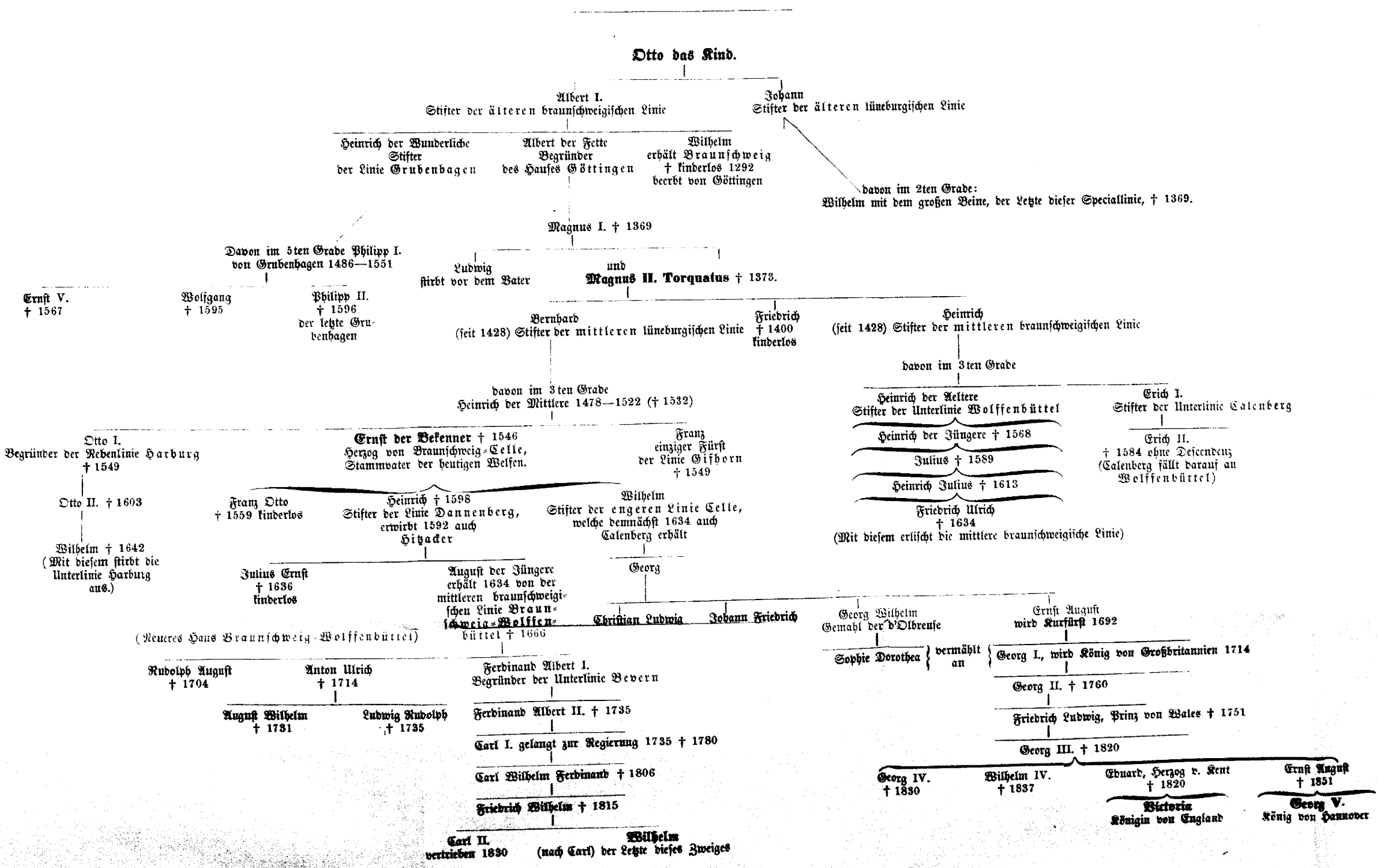


der Ländervererbung durch Töchter unter den Vorfahren der Welfen vor dem Jahre 1235.

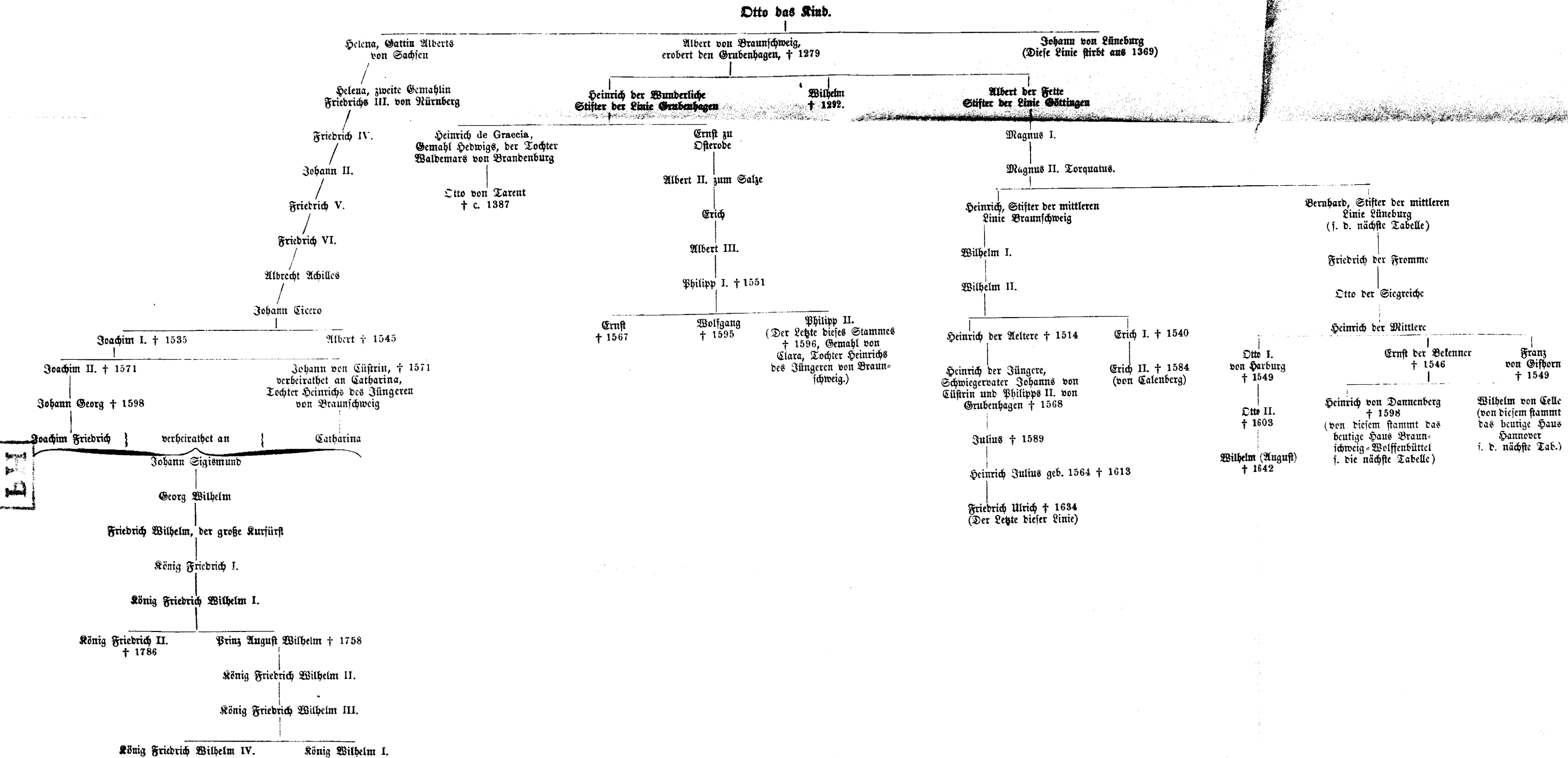


Darstellung

der verschiedenen Linien des braunschweig-lüneburgischen Hauses.



Die Verbindungen Brandenburgs mit dem Fürstenhause Grubenhagen.



Heirathen preussischer Prinzen und Herrscher mit welfischen Töchtern und umgekehrt.

